

Gerhard Hirscher (Hrsg.)

WANDEL UND KONTINUITÄT

Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?

AMZ

104

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Gerhard Hirscher (Hrsg.)

WANDEL UND KONTINUITÄT

Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?

Impressum

ISBN	978-3-88795-500-7
Herausgeber	Copyright 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 5 EINFÜHRUNG**
Gerhard Hirscher
- 7 DER HERRSCHAFTSAPPARAT DER DDR AUS HEUTIGER SICHT**
Steffen Alisch
- 15 NACH DEM ZUSAMMENBRUCH DES KOMMUNISMUS:
25 JAHRE TOTALITARISMUSFORSCHUNG**
Uwe Backes
- 25 DIE DDR IM SPIEGEL DES LINKSEXTREMISMUS**
Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten
Udo Baron
- 33 OST UND WEST 25 JAHRE NACH DER WIEDERVEREINIGUNG**
Eckhard Jesse
- 43 WIE VIEL „PUTINISMUS“ IST IN DER LINKEN?**
Ursachen und Hintergründe
Rudolf van Hüllen
- 51 PUTIN IN DEN FUSSTAPFEN BRESCHNJEWS?**
Ein Vergleich zwischen dem Sowjetsystem und dem System Putin
Hannes Adomeit

EINFÜHRUNG

GERHARD HIRSCHER || Im Jahr 2015 jährte sich zum 25. Mal die staatsrechtliche Wiedervereinigung, der Beitritt der ehemaligen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Das Ende der Sowjetunion und des kommunistischen Blocks läuteten eine neue Ära europäischer Geschichte und Weltgeschichte ein. Die Jahre danach haben Europa eine Zeit des Friedens und des Wohlstandes gebracht, aber das „Ende der Geschichte“ ist nicht eingetreten. Die europäische und internationale Politik muss vielfältige neue Herausforderungen bewältigen, die diese Friedensordnung gefährden können. Ergeben sich manche dieser neuen Herausforderungen aus alten Problemstrukturen, die in unsere Gegenwart hinein weiter wirken?

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der Zerfall des Sowjetimperiums sind mittlerweile ein Teil der jüngeren Geschichte. Alle heutigen Jugendlichen, ja sogar alle neuen Universitäts- und Hochschulabsolventen haben das geteilte Deutschland nicht mehr erlebt. Ende 2014 wurde der Fall der Mauer, 2015 die Wiedervereinigung Deutschlands in zahlreichen Jubiläumsveranstaltungen gefeiert. Ein Vierteljahrhundert ist historisch eine kurze, in menschlichen Dimensionen aber lange Zeit. Zu Beginn des Jahres 2016 inmitten einer europäischen Flüchtlingskrise ungeahnten Ausmaßes und ungewissen Ausgangs erscheinen diese Jubiläen noch weiter weg zu sein. Die alten Akteure sind verschwunden, aber sind auch die alten Denkmuster und Strukturen endgültig passé? Es scheint durchaus eine Überlegung wert zu sein, beim Rückblick zu fragen, ob etwas geblieben ist.

In diesem Band soll genau dies anhand ausgewählter Beispiele versucht werden. Natürlich spielen die Herrschaftsmethoden der DDR-Diktatur heute in unserem Land keine Rolle mehr, wie Steffen Alisch erläutert. Aber vom Herrschaftsapparat der DDR hat sich nicht wenig erhalten – vor allem in Gestalt von Personal (aktiv oder verrentet) im öffentlichen Dienst der neuen Länder. Auch die Struktur im Medienbereich oder im Agrarsektor lässt die eine oder andere Wurzel in der DDR erkennen. Gewiss ist

die Gefahr der Wiederrichtung einer kommunistischen Diktatur in Deutschland praktisch nicht vorhanden, aber die Unterschiede in den Mentalitäten und in der Haltung zur parlamentarischen Demokratie sind zwischen Ost und West immer noch klar erkennbar. Dort lauern zumindest potenziell Gefahren, die durch alte wie neue antidemokratische Kräfte mobilisiert werden könnten.

In den Jahren nach 1989/90 bot sich die einmalige Chance, die Herrschaft des Kommunismus nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dies ist in Deutschland, wie Uwe Backes darlegt, im Gegensatz zu einigen anderen Ländern auch insgesamt gut gelungen. Besonders ergiebig scheinen dabei Ansätze der Totalitarismusforschung zu sein, die die Analyse kommunistischer Herrschaft in einen Kontext totalitärer Herrschaft stellt, die auch andere Diktaturformen mit einbezieht. Dabei kommt dem Vergleich zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus ein besonderer Stellenwert zu. Es gibt dabei viel zu lernen: auf der einen Seite die Relevanz von Detailstudien, die die Reichweite (und auch die Grenzen) totalitärer Herrschaft beschreiben, auf der anderen Seite die Notwendigkeit komparativer Analysen, die allgemeine Strukturen von Diktaturen aufzeigen. Der Kommunismus als Herrschaftsform des sowjetischen Imperiums ist verschwunden, die Diktatur an sich aber nicht.

Selbst das Bild der Diktatur kann schillernd sein, wie Udo Baron anhand des DDR-Bilds bei Linksextremisten aufzeigt. Das Spektrum reicht dabei von DDR-Nostalgie, die insbesondere für die Klientel der PDS und später der Linken wichtig war, bis hin zu offenem Geschichtsrevisionismus bei linksextremistischen Gruppierungen. Dies könnte man als Spinnerei kleiner Minderheiten abtun, wenn nicht darin eine latente Gefahr läge: Darin kann immer ein Ansatz zur Verharmlosung der Diktatur und der Verhöhnung der Opfer sein. Zusätzlich kann hier die Wurzel für eine Neu-Legitimierung sozialistischer und kommunistischer Diktaturmodelle liegen. Dies muss jeden Demokraten zur Vorsicht mahnen.

Die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte. Dies betont auch Eckhard Jesse in seinem Artikel. Aber man darf die Augen nicht davor verschließen, dass es weiterhin Unterschiede zwischen Ost und West gibt. In vielen ökonomischen Daten zeigt sich der Fortschritt. Aber die SED-Diktatur wirkte nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich nach. Zwar ist die Abwanderung gestoppt und die Einkommen weisen nur noch eine geringe Differenz auf, aber die Arbeitslosigkeit ist höher und die Produktivität im Osten erreicht nach wie vor nur zwei Drittel der des Westens. Angesichts der immensen Transferzahlungen werden die Grenzen von Integration und Anpassung selbst innerhalb eines Nationalstaates deutlich. Die Flüchtlingsströme treffen in diesen Monaten auf ein in manchen Bereichen noch unvollständig vereinigtes Deutschland – was gerade die Reaktion auf die Zuwanderung im Osten zeigt.

Eine weitere Bruchlinie zeigt sich im Verhältnis zu Russland. Rudolf van Hüllen argumentiert, dass es insbesondere bei den Linken – aber wohl nicht nur dort – heute wieder die Tendenz gibt, die aggressive Politik Russlands zu verharmlosen und Verständnis für die „Realitäten“ in Europa zu wecken. Der „Putinismus“ ist für eine linke Partei auf den ersten Blick überraschend, da es sich bei dessen Regierung ja kaum um eine linke Regierung handelt. Aber auf der anderen Seite dient die Unterstützung für ihn gerade bei dieser Partei und wohl vorwiegend in Ostdeutschland dazu, klassische antiwestliche Ressentiments zu bedienen und

neu zu beleben. Offenbar ist diese Strömung in Teilen der deutschen Identität – allerdings im Osten wie im Westen – nach wie vor verankert. Dass dazu Russland als Identifikationsobjekt dient, ist erstaunlich, wurden doch – so Hannes Adomeit – klassische Strukturelemente der Sowjetunion in das „System Putin“ wieder eingeführt. Die Diagnose ist bedrückend, wenn man etwa an die Entwicklung der Marktwirtschaft und der Zivilgesellschaft oder das Anwachsen anti-westlicher Ressentiments denkt. Die Sowjetunion ist tot und wird nicht zurückkehren, aber eine westliche Demokratie ist aus Russland bislang auch nicht geworden. Unklar ist, ob der Putinismus sich noch verändert und wohin sich Russland mittelfristig entwickelt. Noch spannender ist die Frage, inwieweit es Deutschland beeinflusst – ein vereintes Deutschland, das angesichts drohender Integrationsprobleme durch anhaltenden Flüchtlingszustrom in Teilen sich wieder stärker an Russland orientiert. Eine stärkere Westorientierung Russlands ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

DR. GERHARD HIRSCHER

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

DER HERRSCHAFTSAPPARAT DER DDR AUS HEUTIGER SICHT

STEFFEN ALISCH || Die DDR war zuallererst ein Produkt sowjetischer Machtpolitik. Auch ihr Herrschaftsapparat orientierte sich am Moskauer Vorbild. Die SED-Diktatur beruhte auf einer stringenten Personalpolitik. (Stalin: „Die Kader entscheiden alles.“) Partei- und Staatsapparat waren auf allen Ebenen eng verflochten. Die herrschende Partei konnte sich bei der Überwachung der Bevölkerung auf ein Netz von „Sicherheitsorganen“ sowie Blockparteien und Massenorganisationen stützen.

Gregor Gysi, damals noch Fraktionschef Der Linken im Bundestag, erklärte nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze am 13. September 2015: „Grenzen kann man schließen, aber die Probleme löst man damit nicht. Es wird höchste Zeit, so schnell und wirksam wie möglich die Fluchtursachen zu bekämpfen.“¹ Der Jurist Gysi, SED-Mitglied seit 1967, erweckt den Eindruck, nicht zwischen temporären Grenzkontrollen und einer totalen Abriegelung der Grenze unterscheiden zu können. Abgesehen davon ist er offensichtlich überzeugt, dass der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht mehr bekannt ist, welche deutsche Partei im 20. Jahrhundert versuchte, alle ihre Probleme mit einer radikalen Grenzschießung zu lösen.

Doch Gysis Kalkül ist nicht grundsätzlich falsch. Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung, aber auch nicht wenige Westdeutsche verdrängen das frühere Grenzregime zwischen Ost- und Westdeutschland, Mauer und Stacheldraht ebenso wie den Gewaltapparat des SED-Staates. Gerade in den „neuen“ Ländern lernen Schüler nur wenig über die Schattenseiten des „ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern“, wie einschlägige Studien überdeutlich zeigen.² Auf kritische Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte folgen regelmäßig wütende Kommentare und Leserbriefe.³

Insbesondere von Vertretern der Partei „Die Linke“ wird immer wieder versucht, gegen deutliche Beschreibungen des Diktaturcharakters der DDR und die von deren Staatspartei begangenen Verbrechen mit Erzählungen aus dem angeblich kommoden Alltag im SED-Staat (ohne Arbeitslosigkeit, soziale Kälte und „arrogante Wessis“) anzugehen. Mit dem Zauberwort „differenzierte Geschichtsbetrachtung“ soll „gelebtes Leben“ in der DDR gegen Kritik „von außen“ immunisiert werden.

Der Autor des vorliegenden Beitrags erstellte im Jahre 2011 ein Gutachten für die Enquete-Kommission des Brandenburger Landtags, die sich (halbherzig) mit der Aufarbeitung der Geschichte und der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur befasste. Das Gutachten, in dem das DDR-Bild der Brandenburger Parteien nach 1990 analysiert wurde, stieß auf großes Interesse, aber auch auf zum Teil heftige Kritik. Ein besonders „brisanter“ Vorwurf kam aus der Fraktion Der Linken, die mir „die rückwärts-gewandte Position eines monotheistischen Geschichtsbildes“ attestierte.⁴ Bis heute konnte ich nicht herausfinden, warum Die Linke ein polytheistisches DDR-Bild bevorzugt und wie sie eigentlich das Propagieren von Vielgötterei ideologisch begründet.

Doch ungeachtet solcher geschichtspolitischer Kapriolen gelingt es Der Linken nach wie

vor, (zu) viele Ostdeutsche davon zu überzeugen, dass Kritik am Herrschaftssystem der DDR mit Kritik an der ostdeutschen „Normalbevölkerung“ gleichzusetzen sei.⁵ Damit reißt sie immer wieder neue Gräben zwischen Ost und West auf. Dem muss mit Fakten entgegengetreten werden. Dazu soll auch dieser Beitrag dienen.

DIE DDR ALS PRODUKT SOWJETISCHER POLITIK

Die DDR war zuallererst ein Produkt sowjetischer Machtpolitik, ein „Homunculus“ der Sowjetunion, wie es der langjährige Botschafter Moskaus Pjotr Abrassimow einmal formulierte. Anfang 1944 begann die im Moskauer Exil lebende KPD-Führung auf sowjetische Anweisung mit der Ausarbeitung von Konzeptionen für die politische Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. Die westlichen Alliierten ließen eine direkte Integration ganz Deutschlands in den sowjetischen Machtbereich natürlich nicht zu. Deshalb verfolgte Moskau in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Doppelstrategie: Zum einen waren die Sowjets bestrebt, möglichst die Vorherrschaft auch über Westdeutschland zu gewinnen bzw. die Westzonen wenigstens zu neutralisieren: Man wollte sich die Option auf einen neutralen, aber von Kommunisten dominierten gesamtdeutschen Staat offen halten. In der eigenen Besatzungszone wurden die Weichen dagegen sehr schnell auf eine „sowjetisierte“ politische und gesellschaftliche Ordnung gestellt.

Damit verbunden war der Aufbau eines am sowjetischen Vorbild orientierten Herrschaftsapparates. Die Schaltstellen wurden überwiegend mit Personal aus dem Moskauer Exil besetzt. Die angestrebte sozialistische Diktatur bemäntelte man zunächst noch mit Begriffen wie „antifaschistisch-demokratische Neuordnung“. Formell etablierten die Sowjets sogar ein Mehrparteiensystem. Neben KPD und SPD (die mit dem deutlich linken Programm antrat) erhielten mit der CDU und der Liberaldemokratischen Partei (LDP) auch zwei bürgerliche Parteien die Lizenz, später kamen noch die als Sammelbecken geläuterter früherer Nazis gedachte Nationaldemokratische Partei (NDP) sowie die Demokratische Bauernpartei (DBP) hinzu. Voraussetzung zur Zulassung war die Bereitschaft zur „Zusammenarbeit“ mit den anderen Parteien in

dem von sowjetischen und deutschen Kommunisten kontrollierten sogenannten „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, was auf die Unterwerfung unter den Willen der Kommunisten hinauslief.⁶

DIE SED ALS ALLES DOMINIERENDE STAATSPARTEI

Im Juni 1946 entstand unter massivem Einsatz von Zwang und Gewalt aus den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD eine „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“. Diese wurde von ihrer Führung zielstrebig in eine marxistisch-leninistische Massen- und Kaderpartei „neuen Typs“ nach Lenin umgestaltet.

Die SED erhob einen umfassenden Führungsanspruch über alle Bereiche der DDR-Gesellschaft, der ab 1968 auch in Artikel 1 der DDR-Verfassung abgesichert war. Wichtigstes Herrschaftsinstrument über die Parteigliederungen war das Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus. Nachgeordnete Instanzen hatten den Beschlüssen der Zentrale und der übergeordneten Gliederungen in ihrem Bereich Folge zu leisten. Die Basis blieb einem strengen Kontroll- und Disziplinierungsregiment unterworfen, so dass innerparteiliche Kritik nahezu unmöglich gemacht wurde.⁷

Alle wichtigen Leitungsfunktionen in den Parteien, in Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen (mit Ausnahme der Kirchen) wurden nach einem sogenannten Nomenklatursystem besetzt, in dem die jeweilige zuständige Parteiinstanz immer die letzte Entscheidung traf. Die höchsten Funktionäre nannte man Nomenklaturkader. SED- und Staatsapparat waren personell und funktionell aufs engste miteinander verflochten – die Parteiführung behielt immer die Entscheidungskompetenz über Zuständigkeiten.

Exekutive, Legislative und Jurisdiktion lagen in den Händen der SED. Die für die verhasste bürgerliche Demokratie charakteristische Gewaltenteilung wurde also durch eine „Gewalteneinheit“ ersetzt. Allein im Apparat des Zentralkomitees waren Ende der achtziger Jahre etwa 2.000 Mitarbeiter tätig.⁸

Zwei SED-Generalsekretäre bestimmten als „starke Männer“ für jeweils zwei Jahrzehnte die Geschichte der DDR. Der langgediente kommu-

nistische „Apparatschik“ Walter Ulbricht hatte schon kurz nach der Gründung der SED faktisch die gesamte administrative Parteiarbeit in der Hand. Wie schon Stalin, so stützte sich auch sein Protegé Ulbricht vorwiegend auf den Parteiapparat, dessen Leitung er offiziell 1949 übernahm. Der III. Parteitag im Juli 1950 akklamierte Ulbricht schließlich zum Generalsekretär. Nachdem es ihm 1953 und 1956 zweimal gelungen war, bedrohliche innenpolitische Gegner auszuschalten, herrschte er unangefochten. 1960 übernahm er auch das höchste Staatsamt (Vorsitzender des Staatsrats). Bezeichnenderweise gelang es erst seinem Kronprinzen Erich Honecker mit Unterstützung aus Moskau, den im Alter zusehends starrsinnigen und zuweilen gegen den sowjetischen Stachel lockenden Diktator 1971 abzulösen.

Honecker, der das Politbüro zügig nach eigenem Gusto umgestaltete, verfügte ab 1976 – als er ebenfalls in Personalunion Staatsratsvorsitzender wurde – über die gleiche Machtfülle wie sein Vorgänger in den sechziger Jahren. Alle Vorlagen, die in die wichtigsten Parteigremien Politbüro und ZK-Sekretariat eingebracht werden sollten, liefen über Honeckers Schreibtisch. Seine schriftlichen und mündlichen Kommentare waren praktisch verbindlich, die formale Absegnung der entsprechenden Beschlüsse durch die eigentlich zuständigen Instanzen bildete in der Regel nur noch das schmückende Beiwerk.

Mit diesen höchst voluntaristischen Entscheidungswegen verletzte die SED auch das eigene Statut, das den Parteitag als höchstes Parteiorgan vorgesehen hatte. Tatsächlich konnte der XII. Parteitag im Dezember 1989 nach dem Zerfall der eigentlichen Machtzentren erstmals die vorgesehene Funktion ausfüllen. Die elf Parteitage vorher dienten der SED-Führung ausschließlich als vollkommen manipulierte Propagandavorstellungen. Auch das Zentralkomitee als formell höchstes Gremium zwischen den Parteitagen war unter Honecker ein reines Akklamationsorgan. ZK-Mitglied zu werden, galt im SED-Staat dennoch als ein erheblicher Prestigegewinn.

Für eine Opposition war in diesem System kein Platz, Oppositionelle wurden folgerichtig als Feinde des Friedens und des Sozialismus bezeichnet und behandelt.⁹

DIE STÜTZEN DER PARTEI: JUSTIZ, POLIZEI / MFS, STRAFVOLLZUG

Die DDR war eine SED-Diktatur, kein Stasi-Staat. Die Partei unterhielt ein ganzes Netzwerk von Sicherheitsorganen. Eine zentrale Rolle bei der Absicherung der SED-Herrschaft spielte die politische Justiz. Das Recht galt als „Waffe im Klassenkampf“, Rechtsfragen als Machtfragen. Eine unabhängige Justiz wäre somit systemfremd gewesen. Die politische Steuerung der Justiz lag vor allem in den Händen der (SED-) ZK-Abteilung für Staat und Recht. Diese arbeitete im Bereich des politischen Strafrechts schwerpunktmäßig mit der Abteilung IX des Ministeriums für Staatssicherheit zusammen, die als Untersuchungsorgan fungierte, während die Abteilung XIV Untersuchungshaftanstalten betrieb. Die für politische Strafsachen zuständigen Staatsanwälte, die vor ihrem Einsatz von SED und MfS überprüft wurden, übernahmen die von der Stasi vorformulierten Anklageschriften häufig unverändert.¹⁰

Vermeintlich bzw. tatsächlich Oppositionelle oder „Antragsteller auf ständige Ausreise“ wurden seitens der SED nicht nur mit Gesinnungsstrafrecht, sondern zum Teil auch mit arbeits- bzw. familienrechtlichen Maßnahmen bekämpft. Obwohl es etwa im Zivilrecht durchaus auch korrekt ablaufende Verfahren gab, konnten SED und MfS jederzeit in laufende Prozesse eingreifen und das Recht nach Belieben beugen. So galt das „Recht auf Arbeit“ für einen „Ausreisekandidaten“ nicht mehr, zum Teil wurde ihm sogar mit fadenscheinigen Begründungen das Sorgerecht für seine Kinder entzogen.

Ein Legalitätsprinzip existierte im SED-Staat ebenso wenig wie eine Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Überprüfung staatlicher Entscheidungen. Anstelle Letzterer traten die sogenannten Eingaben, die die sozialistischen Untertanen an ihre Herrscher richten konnten und die diese dann nach Gutdünken beantworteten – eine quasi feudalistische Praxis.

Das Ministerium für Staatssicherheit wurde über Jahrzehnte zu einem flächendeckenden Überwachungs-, Manipulations- und Unterdrückungsapparat ausgebaut. Dieser sollte den totalen Herrschaftsanspruch der SED-Führung gegenüber der eigenen Bevölkerung um jeden Preis sichern. Darüber hinaus befasste sich das

MfS mit Aufklärung und Diversion gegen den Westen, vor allem natürlich gegen die Bundesrepublik. Die Stasi war politische Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde bei „politischen Straftaten“ und Nachrichtendienst in einem. Die besondere Gefährlichkeit des MfS bestand in der Bündelung umfassender Aufgaben und Kompetenzen, die keinerlei administrativer und parlamentarischer Kontrolle, sondern nur der der SED-Führung unterlagen. Die Stasi selbst verstand sich als „Schild und Schwert“ der SED.

Das MfS verfolgte nicht nur tatsächlich begangene „Taten“, sondern war auch „Ideologepolizei“ (Siegfried Mampel). Insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren bemühte sich der Staatssicherheitsdienst immer stärker um flächendeckende Überwachung aller auch nur potenziellen Gegner und versuchte, oppositionelle Aktionen schon im Vorfeld zu verhindern. Die Stasi beschränkte sich nicht auf die bloße Beobachtung sogenannter „feindlich-negativer“ Kräfte, sondern nutzte auch „unkonventionelle“ Methoden. MfS-Mitarbeiter fertigten zum Beispiel für die operative Arbeit „Geruchskonserven“ mit dem Schweiß wichtiger „Feinde“ an. Maßnahmepläne zur „Zersetzung“ bestimmter „Feinde“ wurden entwickelt – darunter verstand das MfS die „Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Isolierung feindlich-negativer Kräfte“ auf konspirativer Basis.¹¹ Der Betroffene sollte am Arbeitsplatz und in seinen persönlichen Beziehungen isoliert und diskreditiert, persönlich verunsichert oder sogar kriminalisiert werden. Das Mielke-Ministerium stütze sich dabei auf Erkenntnisse der sogenannten „operativen Psychologie“. Ziel war etwa, oppositionelle Gruppen mit künstlich ausgelösten internen Streitigkeiten zu beschäftigen, um sie von politischen Aktivitäten abzulenken.

Insbesondere bei in die Bundesrepublik geflohenen „Überläufern“ aus den eigenen Reihen, aber auch bei Fluchthelfern schreckte die Stasi selbst vor Mord nicht zurück. Über den Umgang mit potenziellen bzw. tatsächlichen „Verrätern“ aus dem MfS äußerte sich MfS-Chef Erich Mielke intern am 19. Februar 1982 sehr deutlich: „Wir sind nicht gefeit, leider ... dass auch mal ein Schuft unter uns sein kann. ... Wenn ich einen jetzt wüsste, der würde ab morgen schon nicht mehr leben, ganz kurzen

Prozess. Aber weil ich Humanist bin, deshalb habe ich solche Auffassung. Lieber Millionen Menschen vorm Tode retten, als wie einen Banditen leben lassen, der uns also die Toten bringt. Muss ich mal richtig erklären, warum man so hart sein muss? Weil wir sprachen von wegen und so weiter, nicht hinrichten und nicht Todesurteil. Alles Käse, Genossen. Hinrichten die Menschen, ohne Gesetze, ohne Gerichtsbarkeit usw.“¹²

Im Oktober 1989 standen etwa 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter beim MfS in Lohn und Brot, davon gehörten mehr als 11.000 dem sogenannten Wachregiment an. Dessen Mitglieder schützten Regierungs- und Parteigebäude und waren für einen eventuellen Bürgerkrieg geschult und ausgerüstet. Das MfS war militärisch organisiert und beschäftigte die meisten seiner Mitarbeiter (ca. 85 Prozent) als Berufssoldaten. Nur Personen- und Objektschützer dienten zum Teil auf Zeit, außerdem gab es (wenige) Zivilbeschäftigte.

Zuletzt waren 2.232 „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) – ausgestattet mit einem Tarnbeschäftigungsverhältnis – verdeckt in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen inner- und außerhalb der DDR tätig. OibE besetzten zum Beispiel zentrale Positionen in anderen „bewaffneten Organen“, entschieden in Betrieben über den Einsatz von „Reisekadern“ im westlichen Ausland oder agierten als MfS-Vertreter (Residenten) und Wachkräfte in DDR-Auslandsvertretungen.

Neben den hauptamtlichen agierten 1989 noch einmal 174.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM). Wichtige Einsatzfelder bildeten neben potenziell oppositionellen Milieus vor allem die anderen Sicherheitsorgane (zum Beispiel waren je nach Region 10 bis 20 Prozent der Volkspolizisten neben der dienstlichen Kooperationspflicht auch als inoffizielle Mitarbeiter an das MfS gebunden) und die Wirtschaft.

Abgesehen von der direkten Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen ging es um die präventive Sicherung zentraler gesellschaftlicher Schaltstellen. Der SED-Parteiparat sowie die Führungsgremien durften allerdings nicht mit IM durchdrungen werden, auch die Überwachung bestimmter Parteifunktionäre war nur mit Genehmigung höchster Parteistellen mög-

lich. Zusätzlich zu den DDR-IM agierten bis 1989 schätzungsweise 20.000 „Inoffizielle“ in der Bundesrepublik.¹³

Zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung standen der SED neben dem MfS u. a. die „Deutsche Volkspolizei“, die ebenfalls über 175.000 „freiwillige Helfer“ verfügte, sowie die freiwilligen Helfer der Grenztruppen zur Verfügung. Auch die Nationale Volksarmee konnte im Spannungsfall im Innern eingesetzt werden, hinzu kamen die ebenfalls mit schweren Waffen ausgerüsteten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Letztere waren bewaffnet (zur Absicherung des Mauerbaus) oder unbewaffnet (bei den Demonstrationen im Herbst 1989) auch gegen den „inneren Feind“ im Einsatz.

Alle Sicherheitskräfte wurden auf regionaler Ebene durch sogenannte Bezirks- bzw. Kreiseinsatzleitungen koordiniert, an deren Spitze die ersten Sekretäre der jeweiligen Bezirks- bzw. Kreisleitungen der SED standen.

Blockparteien und Massenorganisationen sollten als Transmissionsriemen der SED-Politik die Interessen derjenigen Bevölkerungsschichten, die auf anderen Wegen nicht erreichbar waren, aufnehmen und systemimmanent kanalisieren. Die Blockparteien konnten aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl (etwa 500.000) und ihres schlechten Rufs in der Bevölkerung („Blockflöten“) diese Funktion nur begrenzt erfüllen. Dagegen erreichten die Massenorganisationen (z.B. der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund – FDGB – und die Freie Deutsche Jugend – FDJ) sehr viel mehr Menschen und erlangten für die SED deshalb eine deutlich größere Bedeutung.

Der Strafvollzug war eine tragende Säule der Parteidiktatur, da er die Inhaftierung und Isolierung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner der SED ermöglichte. Die Partei legte die Strafvollzugspolitik und die Haftbedingungen bis ins Detail fest, insbesondere gegenüber „Staatsfeinden“ mahnte sie zur Unnachgiebigkeit. Doch auch diejenigen Gefangenen, denen die DDR-Justiz kriminelle Handlungen vorwarf, mussten ihre Haft unter menschenunwürdigen Bedingungen verbringen. Im Zentrum aller Anstrengungen der Verantwortlichen des Strafvollzugs stand die Sicherheit, deren Primat auch die Möglichkeiten der angestrebten ökonomischen

Verwertung der Arbeitskraft der Häftlinge einschränkte. Offiziell sollten die Gefangenen „erzogen“ werden, tatsächlich war der Haftalltag aber aus Sicht der meisten Insassen durch Willkür und Ohnmacht geprägt.¹⁴

Der Freikauf politischer Gefangener durch die Bundesregierung bildete eine sprudelnde Einnahmequelle für die SED. Bis 1989 entließ die DDR 33.755 Häftlinge gegen Zahlungen und Warenlieferungen im Wert von ca. drei Milliarden DM vor Ablauf ihrer Haftzeit. Zunächst hing die je freizukaufendem Häftling zu zahlende Summe von Strafhöhe, Reststrafe und Bildungsgrad des Gefangenen ab. Ab 1977 wurde ein Pauschalpreis bezahlt, der zuletzt ca. 96.000 DM betrug. Nicht wenige der DDR-seitig zum Freikauf vorgeschlagenen Häftlinge hatten tatsächlich einen überwiegend kriminellen Hintergrund. Diese betrügerische Praxis konnte die westliche Seite nur begrenzen, aber ebenso wenig verhindern wie die vor allem in den sechziger Jahren häufig praktizierte Entlassung der Freigekauften in die DDR.¹⁵

Ein effektives Grenzregime machte die Flucht aus dem „sozialistischen Paradies der Arbeiter und Bauern“ nahezu unmöglich. Mehrere hundert Menschen starben bei Fluchtversuchen.¹⁶

DIE DDR DER ACHTZIGER JAHRE – EIN „SPÄTTOTALITÄRER VERSORGUNGS- UND ÜBERWACHUNGSSTAAT“

Dieser von Klaus Schroeder geprägte Begriff verdeutlicht, dass zur Herrschaftssicherung unter Honecker neben der Peitsche verstärkt auch das Zuckerbrot zum Einsatz kam. Dazu gehörte vor allem eine bekanntlich mit massiver internationaler Verschuldung erkaufte Verbesserung der Versorgung und der Ausbau des Sozialstaates, der allerdings vorwiegend „produktiven“ Schichten wie jungen Familien zugute kam. Rentner, Behinderte und chronisch Kranke hatten das Nachsehen.¹⁷ Ein zynischer Witz aus der Endzeit der DDR kolportierte ein Gerücht, der XII. Parteitag der SED werde beschließen, dass Rentner von nun an auch bei Rot über die Straße gehen dürfen.¹⁸

Die Diktatur der SED war eine totalitäre, sie zielte auf die ganze Persönlichkeit (Ziel: der „neue Mensch“) und wollte alle Bereiche der Gesellschaft unter Kuratel stellen. Doch der

totalitäre Anspruch zerbröselte im Zeitverlauf immer mehr, insbesondere im Medienbereich.¹⁹ Beispielhaft dafür steht der Umgang mit dem Westfernsehen. Während kurz nach dem Mauerbau FDJ-Ordnungsgruppen den Leuten aufs Dach stiegen, um gen Westen ausgerichtete Antennen abzubringen oder umzudrehen, wurde der Empfang westlicher Sendungen in der Endzeit der DDR nur noch bei Angehörigen der Sicherheitsorgane sanktioniert.

Das Verhalten gegenüber der „Obrigkeit“ blieb bis zuletzt bei nahezu allen DDR-Bewohnern von einer tief verwurzelten Furcht geprägt. Das ständige Pendeln zwischen Zivilcourage und Anpassung, das selbst den Alltag oppositioneller Kreise bestimmte, konnte selten durchbrochen werden. Auch „Normalbürger“ befürchteten, als Staatsfeind abgestempelt zu werden. Das hielt viele davon ab, der Diktatur entgegenzutreten. An eine grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse glaubte bis zum Herbst 1989 kaum jemand, eine DDR ohne das Machtmonopol der SED schien spätestens nach dem Scheitern des Aufstands vom 17. Juni 1953 nicht mehr denkbar. Stefan Berg, in der DDR Bausoldat und später Redakteur einer Kirchenzeitung, beschreibt die „Geschichte der eigenen Angst“, die den Alltag mitprägte: „Die allmächtige Partei brauchte nur noch in Ausnahmefällen – an der Grenze zum Beispiel – die brutalen Herrschaftsinstrumente. Für den Alltag hatte sie ausgesorgt. Denn die Angst hatte sie in den Jahren zuvor tief in der Bevölkerung eingepflanzt. Nun konnte sie Anpassung ernten. Wie eine Erbkrankheit wurde sie von den Eltern an die Kinder weitergegeben. So verinnerlicht waren bestimmte Erfahrungen, dass viele sie gar nicht machen mussten, um sich doch so zu verhalten, als hätten sie sie gemacht. Heute werden, auch aus Verärgerung über das eigene angepasste Verhalten, vielfach die Verhältnisse umgedeutet: Es sei alles gar nicht so schlimm gewesen. So steht jeder besser da, vor allem vor sich selbst.“²⁰

WAS BLEIBT VOM HERRSCHAFTSAPPARAT DER DDR?

Ein beträchtlicher Teil des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern besteht nach wie vor aus ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Staats-

apparates, von denen einige ihre alten Überzeugungen bis heute nicht ablegten. Nur frühere MfS-Angehörige wurden in größerer Zahl entlassen. Aber auch diese findet man an überraschenden Stellen – so arbeiteten 2007 noch etwa 50 frühere hauptamtliche Mitarbeiter des MfS bei der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Die meisten von ihnen waren im Wachschutz tätig, einige führten aber auch sensible Personenrecherchen durch.²¹ Roland Jahn kündigte bei seinem Amtsantritt als Nachfolger Marianne Birthlers an, diese Personen vollständig in andere Behörden umzusetzen, scheiterte mit diesem Vorhaben aber an den Tücken des Arbeitsrechts.

Anders als eine Tätigkeit für das MfS galt absurderweise selbst eine höhere Funktion in der SED nicht als Entlassungsgrund für den öffentlichen Dienst. Noch heute haben viele ehemalige SED-Funktionäre hier ihren sicheren Arbeitsplatz. Mit Hilfe alter Seilschaften und neuer westdeutscher Geschäftspartner gelang es anderen Nomenklaturkadern, sich „volkseigene“ oder in genossenschaftlichem Eigentum befindliche Grundstücke und Betriebe anzueignen.²² Besonders eklatante Fehlentwicklungen gab es in der Landwirtschaft, wo die massive Bereicherung früherer SED-Funktionäre bis heute nicht gestoppt werden konnte.²³

Die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen sind allesamt Marktführer in ihrem Bereich, nicht wenige Journalisten verbreiten ebenso wie manche Lehrer alte antidemokratische und antiwestliche Überzeugungen im neuen Gewand.

Überhaupt scheint das mentale Erbe der SED-Herrschaft bedeutsamer zu sein als die Reste des Herrschaftsapparats. Auch 26 Jahre nach Wiederherstellung der deutschen Einheit sind bezüglich der Einstellungen etwa zur parlamentarischen Demokratie oder zur Freiheit noch prägnante Unterschiede zwischen Ost und West vorhanden, wie sich bei Umfragen immer wieder zeigt.

SIND HERRSCHAFTSMETHODEN DER SED FÜR HEUTIGE DIKTATUREN NOCH PRAKTIKABEL?

Natürlich lebt die Einpersonenherrschaft weiter, der „starke Mann“ ist weltweit immer noch gefragt. Eine solche Herrschaftsform erweist sich auch für „gelenkte Demokratien“ als attraktiv,

ist aber ebenso wenig spezifisch wie ein überbordender vielfältiger Sicherheitsapparat.

Ob dagegen das Modell Einheitspartei mit einem großen Parteiapparat und die damit verbundene Folklore von Massenparteitagen etc. mittel- und langfristig noch trägt, wird sich in China zeigen. Die Frage ist, wie lange die sich aufgrund der Wirtschaftsreformen rapide vergrößende Mittelschicht noch vom wachsenden Konsum sich ruhig stellen lässt. Das Problem stellt sich erst recht, wenn sich die gegenwärtig zeigenden Tendenzen der Abschwächung des ökonomischen Wachstums fortsetzen oder es gar zu einer Rezession käme. Möglicherweise steht China mittelfristig vor einer kaum zu bewältigenden politischen Krise.

Zwar ist die Beherrschung des Fernsehens weiterhin bedeutsam (für große Teile der russischen Landbevölkerung bildet das Staatsfernsehen noch immer die wichtigste Informationsquelle), eine totale Kontrolle der Medien erscheint aber kaum noch möglich. Heute werden eher subtilere Methoden der Massenmanipulation verwendet, z. B. durch sogenannte Trolle, die das Internet mit regierungsfreundlichen Kommentaren überschwemmen.

Ein totalitärer Anspruch auf die ganze Gesellschaft ist heute höchstens noch in Nordkorea oder im Herrschaftsgebiet des Islamischen Staates ansatzweise durchsetzbar.

Von Bedeutung ist immer noch die versuchte „Zersetzung“ des Gegners, auch dessen Diffamierung als „faschistisch“ erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Diese wurde früher von der SED gegenüber der Opposition praktiziert, heute versucht etwa Putin mit solchen Mitteln innen- wie außenpolitische Gegner (beispielsweise die ukrainische Regierung) zu bekämpfen.

Bei der Auflistung der heute noch praktizierten Herrschaftsmethoden der SED kommt nicht allzu viel Zählbares heraus. Das liegt in der Natur der Sache: Die SED-Diktatur scheiterte – wie der Kommunismus insgesamt – an ihrer politischen und ökonomischen Inkompetenz und dem Freiheitsstreben der Menschen. Das DDR-Herrschaftssystem hat sich als unzulänglich erwiesen, der klägliche Zusammenbruch der Diktatur sollte potenzielle Nachahmer abschrecken.

DR. STEFFEN ALISCH

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Forschungsverbund SED-Staat der Freien
Universität Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ ntv-online 15.9.2015.
- ² Vgl. Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München 2008.
- ³ Die Autoren der zuletzt erwähnten Studie haben diese Reaktionen einmal sehr instruktiv zusammengefasst: Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Oh wie schön ist die DDR. Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie, Schwalbach / Ts. 2009.
- ⁴ Vgl. ausführlich Alisch, Steffen: „Rückwärtsgewandte Position eines monotheistischen Geschichtsbildes“. Die DDR und ihre Folgen im Brandenburger Landtag – Ein Erfahrungsbericht, in: Zdf / Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 31/2012, S. 148-158.
- ⁵ Vgl. z. B. Knabe, Hubertus: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007, S. 41 ff.
- ⁶ Vgl. Erler, Peter / Laude, Horst / Wilke, Manfred: „Nach Hitler kommen wir!“, Berlin 1994.
- ⁷ Zum Aufbau des Parteiapparates vgl. Wilke, Manfred (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD / SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998.
- ⁸ Vgl. ausführlich Schroeder, Klaus unter Mitarbeit von Steffen Alisch: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 387 ff.
- ⁹ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997.
- ¹⁰ Zu den Strukturen und Methoden der politischen Justiz in der DDR vgl. vor allem Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995.
- ¹¹ Suckut, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit, Berlin 1996, S. 422 f.
- ¹² Zit. nach Schwan, Heribert: Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997, S. 248.
- ¹³ Zum MfS insgesamt Mitter, Armin / Wolle, Stefan: Ich liebe Euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990; Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, München 2006; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret: Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.

- ¹⁴ Vgl. Dölling, Birger: Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung. Kriminalpolitik und Gefangenenprotest im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009; Alisch, Steffen: Strafvollzug im SED-Staat. Das Beispiel Cottbus, Frankfurt / M. 2014.
- ¹⁵ Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989, Göttingen 2013, S. 495 ff.
- ¹⁶ Vgl. Grafe, Roland: Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945 bis 1990, München 2002.
- ¹⁷ Schroeder: SED-Staat, S. 529 ff.
- ¹⁸ Zur Lage der Rentner vgl. z. B. Hoffmann, Dierk: Am Rande der sozialistischen Arbeitsgesellschaft. Rentner in der DDR 1945-1990, Erfurt 2010.
- ¹⁹ Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, Köln 2002.
- ²⁰ Berg, Stefan: Die Geschichte der eigenen Angst, in: Am Ende des realen Sozialismus: Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er-Jahren, Band 1: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, hrsg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1996, S. 38 ff.
- ²¹ Vgl. Müller, Uwe / Hartmann, Grit: Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 228 ff.
- ²² Vgl. Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 364 ff.
- ²³ Vgl. Gerke, Jörg: Nehmt und euch wird gegeben. Das ostdeutsche Agrarkartell, Hamm 2008.

NACH DEM ZUSAMMENBRUCH DES KOMMUNISMUS: 25 JAHRE TOTALITARISMUSFORSCHUNG

UWE BACKES || Die Totalitarismusforschung erlebte seit den 1980er-Jahren eine Renaissance und wurde nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gleichsam reinstitutionalisiert. Vor dem Hintergrund der veränderten Forschungslage vor 25 Jahren vermittelt der Beitrag einen Überblick zu dem seither Geleisteten auf fünf Feldern: der Geschichte des Totalitarismuskonzepts, der Entwicklung totalitärer Ideologien und Bewegungen, der Legitimierung totalitärer Herrschaft, deren Strukturen, Funktionsmechanismen und Transformation. Dabei wird die deutsche Komparatistik in den internationalen Kontext eingeordnet.

FORSCHUNGSSITUATION NACH DEM ZUSAMMENBRUCH DES KOMMUNISMUS

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa war nicht nur eine Sternstunde der Demokratie, sondern ging auch mit einer Renaissance der Totalitarismusforschung einher, die sich vollends aus dem akademischen Ghetto zu befreien vermochte, in das sie in den Jahrzehnten zuvor in den freiheitlichen Systemen zeitweilig verbannt worden war – wenn auch auf von Land zu Land unterschiedliche Weise. Beide Entwicklungen waren für all jene eng miteinander verknüpft, welche die deutsche Vereinigung als Folge eines Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses verstanden und „Totalitarismus“ als Synonym für Ideologien, Bewegungen und Regime, die den leitenden Ideen, Normen und Verfahrensregeln dieser Prozesse diametral entgegenstanden und -stehen.

Die Anzeichen einer Renaissance hatten sich schon im Jahrzehnt zuvor gemehrt.¹ Nicht zuletzt in Dissidentenzirkeln „realsozialistischer“ Staaten war der Totalitarismusansatz in hohem Ansehen, weil er wie kein anderer in der Lage zu sein schien, die Herrschaftsrealität in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten begrifflich auf den Punkt zu bringen. In Samizdat-Schriften wurden die Werke Hannah Arendts und anderer Interpreten des Totalitarismus verbreitet, in Ländern mit freierem intellektuellem

Klima wie Polen auch halb-öffentlich diskutiert.² Jene Wissenschaftler im Westen, die (wie Karl Dietrich Bracher, Leszek Kołakowski, Juan J. Linz, Leonard Schapiro) am Totalitarismuskonzept trotz des intellektuellen Gegenwindes festhielten, konnten sich dadurch ermutigt und in ihrer Sichtweise bestätigt fühlen. Bereits in der Ära Gorbatschow hatten sich die Spielräume für politische Fundamentalkritik dieser Art erweitert. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, dem Ende der Sowjetunion und der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa änderten sich auch die Rahmenbedingungen der Totalitarismusforschung fundamental. Sie wurde nun reinstitutionalisiert und fand in einem Maße öffentliche Anerkennung, wie dies seit den 1950er- und 1960er-Jahren nicht mehr der Fall gewesen war. Die Gründung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden (1992/93) fiel in diese Aufbruchphase, getragen von einem breiten politischen Konsens und der Einsicht in die Notwendigkeit, sich intensiver als zuvor mit den Entstehungsbedingungen und Funktionsmechanismen totalitärer Herrschaft auseinanderzusetzen und auf diese Weise einen Beitrag zur Festigung und Verbreitung konstitutionell-demokratischer Werte und Formen zu leisten.

Die nachhaltige Delegitimierung des Marxismus-Leninismus und das Versiegen der materi-

ellen wie ideellen Unterstützung aus dem Osten verminderte den kulturellen und politischen Einfluss jener Kräfte, welche die „Totalitarismuskonzeption“ in den Jahrzehnten zuvor als „Haupterscheinungsform des Antikommunismus“, „Ausdruck imperialistischer Gegenreaktion auf den historischen Fortschritt“ und Instrument der „Konfrontationspolitik [...] gegen Frieden, Entspannung und Abrüstung“³ bekämpft hatten. Diese propagandistischen Bemühungen waren besonders in jenen Ländern einflussreich, in denen starke moskautreue Kommunistische Parteien wirkten. Aber selbst im westlichen Deutschland, wo die DKP niemals auch nur in die Nähe der Fünfprozentmarke gelangt war, hatte Ostberlin mit stattlichen Geldsummen dafür gesorgt, dass zahlreiche Verlage, Pressedienste, Publikationsforen, Zeitschriften und Zeitungen in teils subtiler, teils primitiver Form das kulturelle Feld der „Westpolitik“ bestellten und Kritik an Theorie und Praxis des SED-Regimes übten.⁴ Das Versiegen dieser Quellen schwächte den Einfluss der Desinformationsapparate nachhaltig. Zur gleichen Zeit fand in den ehemals realsozialistischen Staaten eine „Archivrevolution“ statt, die den bis dahin stark eingeschränkten Zugang zu Daten und Informationen zumindest in jenen Ländern kräftig erweiterte, in denen sich die demokratische Systemtransformation als dauerhaft erwies.⁵ Auf diese Weise entstand nach und nach eine an Breite und Solidität gewinnende empirische Grundlage für vergleichende Untersuchungen.

FORSCHUNGSERTRÄGE

Aus der Fülle der Forschungserträge der letzten 25 Jahre können hier nur einige wenige gewürdigt werden, die unseren Kenntnisstand wesentlich erweitert haben. Vor allem sind solche Arbeiten von Interesse, die totalitäre Phänomene vergleichend behandeln oder in der Einzelfallbetrachtung totalitarismusrelevante Kategorien systematisch zu Anwendung bringen. Fünf Felder sollen dabei näher betrachtet werden: die Geschichte des Totalitarismuskonzepts, die Entwicklung totalitärer Ideologien und Bewegungen, die Legitimierung totalitärer Herrschaft, deren Strukturen und Funktionsmechanismen sowie ihre Dynamik und Transformation.

Geschichte des Totalitarismuskonzepts

Bekanntlich ist der Totalitarismusbegriff in Italien geprägt worden – nicht von den Faschisten, sondern von dessen katholischen, liberalen und sozialistischen Gegnern. Der Historiker Jens Petersen, der den politischen und geistesgeschichtlichen Hintergrund der Konzeptbildung so intensiv wie kaum ein anderer erforscht hat, hielt den Liberalen Giovanni Amendola für den Wortschöpfer.⁶ Der italienische Ideenhistoriker Mario D’Addio hat seinen Gebrauch aber bereits in der Einleitung zu einer Sammlung von Reden („Riforma statale e indirizzi politici“) nachgewiesen, die der damalige Anführer der katholischen Volkspartei, der sizilianische Priester Don Luigi Sturzo, ein entschiedener Gegner Mussolinis und seiner Bewegung, im Dezember 1922 verfasste, knapp zwei Monate nach dem „Marsch auf Rom“ und fast ein halbes Jahr vor dem berühmten *Il Mondo*-Aufsatz Amendolas vom 12. Mai 1923.⁷ Sturzo war es auch, der durch die langen Jahre seines erzwungenen Exils (ab 1924) und seine rastlose Publikationstätigkeit in London (später in den USA) maßgeblich zur Verbreitung des Konzepts beitrug, beginnend mit der in mehreren Sprachen erschienenen Abhandlung „Italien und der Faschismus“, die den Totalitarismusbegriff ins Englische und Französische einführte. In späteren Schriften, vor allem der zuerst auf Spanisch erschienenen (1935) über den „totalitären Staat“, hat er den Begriff systematisch entfaltet und bereits zentrale Charakteristika herausgearbeitet, insbesondere die extreme Zentralisierung der Staatsgewalt mit der Eliminierung aller autonomen Einheiten auf regionaler und lokaler Ebene; die Einheitspartei mit ihrem Feldzug gegen alle abweichenden und schädlichen sozialen Elemente, die eliminiert oder in Konzentrationslagern interniert werden; die Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft zwecks kultureller Uniformierung und die weitgehende Lenkung der Wirtschaft.

Auch wenn SturzOs Beitrag herausragt, so haben doch viele andere Autoren unterschiedlicher Richtungen zur Entfaltung des Totalitarismusansatzes beigetragen. Die Forschung hat nicht zuletzt die Verdienste originär linker Autoren hervorgehoben, unter ihnen nicht wenige ehemalige Kommunisten (wie Franz Borkenau

und Richard Löwenthal), die angesichts der Stalinisierung der KPen, der Moskauer Schauprozesse und des Hitler-Stalin-Pakts vom Sommer 1939 die Strukturähnlichkeiten der Antagonisten erkannten und analysierten.⁸

Zu ihnen zählte das von intoleranten Religionsgemeinschaften bekannte Eiferertum mit manichäischer Schwarz-Weiß-Malerei, Verteufelung der Nichtgläubigen, Bekehrungseifer und Bilderstürmerei. So war das Totalitarismuskonzept von Anfang an mit dem – später so genannten – Ansatz der „politischen Religionen“ („Diesseitsreligionen“, „Ersatzreligionen“, „Säkularreligionen“ etc.) eng verknüpft, wie nicht zuletzt das von dem Münchener Politikwissenschaftler Hans Maier inaugurierte, großangelegte Forschungsprojekt in zahlreichen Einzelstudien und drei voluminösen Bänden erhellt hat.⁹

Die ideenhistorische Bedeutung der Verknüpfung beider Ansätze wird auch deutlich, wenn man sich einige Vorläuferkonzepte des Totalitarismusansatzes vor Augen führt. Der französische Politikwissenschaftler Dominique Colas hat die Begriffsgeschichte des „Fanatismus“ aus der Konfrontation mit den entgegengesetzten Ideen einer – auf Pluralität basierenden – „koinonia politiké“, „societas civilis“ oder „civil society“ rekonstruiert.¹⁰ Die Französische Revolution trug dazu bei, dass der „blinde religiöse Eifer“ in Parallele zum Wüten politischer Fanatiker nicht-religiöser Art gesetzt wurde. Viele Schnittmengen finden sich zum Bild des „politisch Extremen“, das in der aristotelischen Tradition den Gegensatz zu Mäßigung, Mischung und Mitte verkörpert.¹¹ Und schließlich kann auf den erst vor kurzem begriffshistorisch genauer durchleuchteten Begriff der „Ideokratie“ verwiesen werden, mit dem sich eine historische Kontinuitätslinie von der Antike bis in die Gegenwart verbindet. Er diente in der Staatsformenlehre der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeitweilig als ein Herrschaftstypus, in dem sich Politik und Religion, Staat und Kirche zu einer monolithischen Einheit fügten.¹²

Entwicklung totalitärer Ideologien und Bewegungen

Ein zweiter wichtiger Forschungsschwerpunkt liegt auf der Entstehung und Entwicklung totalitärer Ideologien und Bewegungen. Sie gingen

ja den Regimebildungen voraus, entfalteten sich machtvoll schon im 19. Jahrhundert, hatten aber Vorläufer, die weit in die Geschichte zurückreichten. Die „Klassiker“ der Totalitarismusforschung haben dazu unterschiedliche Ansätze entwickelt, die teilweise heftige Kontroversen auslösten, denkt man nur an Karl R. Poppers Fundamentalkritik am politischen Denken Platons.¹³ Die neuere Forschung hat diese Ansätze teilweise aufgegriffen und ist zu differenzierten Befunden gelangt. So haben Religionswissenschaftler Eric Voegelins „Gnosis“-These als ahistorisches Konstrukt kritisiert¹⁴, doch seine Theorie des kosmologischen Mythos und seine bis zum Pharao Echnaton und dessen monotheistischem Traditionsbruch mit der Götterwelt Altägyptens zurückreichende Genealogie haben in den Kulturwissenschaften und auf die moderne Ägyptologie inspirierend gewirkt.¹⁵ Ebenso kontrovers war die Rezeption der Schriften Jacob L. Talmons zu den geistigen Ursprüngen des Linkstotalitarismus im 18. Jahrhundert. In Deutschland wenig rezipiert wurde der dritte Band seiner Trilogie, in dem die Wechselbeziehungen und Interaktionen der Totalitarismen in ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert ins Zentrum der Betrachtung traten.¹⁶ Die von Talmon aufgeworfenen Fragestellungen sind jedoch von zahlreichen Autoren in den letzten 30 Jahren aufgegriffen und zum Gegenstand ideenhistorischer Untersuchungen gemacht worden. Erwähnt sei nur Talmons jüngerer Kollege an der Hebräischen Universität Jerusalem, Zeev Sternhell, dessen Arbeiten zum französischen Ideenlaboratorium des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert große Beachtung gefunden haben¹⁷, oder Ernst Noltes historisch-genetische Totalitarismusdeutung¹⁸, die vermutlich weniger heftigen Streit erregt hätte, wäre die zu Missverständnissen Anlass gebende These vom „kausalen Nexus“ zwischen „Archipel Gulag“ und „Auschwitz“ in differenzierterer Form vorgetragen worden.

Außer Frage steht, dass die bolschewistische Ideologie und Regimebildung als Vor- wie Schreckbild erheblichen Einfluss auf die europäischen Faschismen ausübte. In jüngster Zeit haben Autoren wie Mehdi Mozaffari, der langjährige Direktor des „Centre for Studies in Islamism and Radicalisation“ an der Universität

Aarhus / Dänemark, auch die Wechselbeziehungen zwischen Bolschewismus und Faschismus einerseits, Formen des Islamismus andererseits aufgezeigt. Er stellt die Entstehung der ägyptischen Muslimbruderschaft in den Kontext der Panbewegungen (Panslawismus, Pangermanismus, Panislamismus), des Untergangs der Imperien (Zarenreich, deutsches Kaiserreich, Habsburgerreich, Osmanisches Reich) und des Strebens nach neuen – mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen.¹⁹ Nach dem 11. September 2001 verbreitete sich die Formel vom „neuen Totalitarismus“ wie ein Lauffeuer. Einerseits brachte sie das Ausmaß der Bedrohung zum Ausdruck, die für die „freie Welt“ von den „jihadistischen“ Formen des politischen Islam auszugehen schien. Andererseits machte sie auf strukturelle Gemeinsamkeiten aufmerksam, die sich im Vergleich zu den beiden totalitären „Vorläufern“ im 20. Jahrhundert aufdrängten. Der Göttinger Politikwissenschaftler Bassam Tibi ging so weit, alle von Hannah Arendt „angegebenen Kriterien einer Bewegung“ im Islamismus als „erfüllt“²⁰ anzusehen. Und der New Yorker Kolumnist Paul Berman vertrat in seinem vielgelesenen Buch „Terror und Liberalism“ die These: Viel von dem, was die Generation der frühen Totalitarismusinterpreten nach anfänglicher Fixierung auf die Gefahr der extremen Rechten im Kommunismus Stalins entdeckt und mit der Bezeichnung „totalitär“ auf einen begrifflichen Nenner gebracht habe, sei auch in jenen Ideologien und Strömungen zu erkennen, die den Angriff auf die Türme des World Trade Centers und das Pentagon intellektuell motiviert hatten.²¹ Die Diskussion um die totalitären Merkmale des Islamismus und seiner Regimebildungsversuche ist seither nicht abgerissen.

Legitimierung totalitärer Herrschaft

Die Legitimierung totalitärer Herrschaft als drittes Forschungsfeld stand vom Anfang der Totalitarismusforschung an im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Wenn es einen Konsens unter den Totalitarismusforschern gab, so bestand sie in folgender These: Totalitäre Herrschaft setzt eine Legitimationsideologie voraus, die sich mit einem exklusiven und umfassenden Wahrheits-, Deutungs- und Gestaltungsanspruch verbindet. Verschiedene Forschungsrichtungen haben die

Isomorphien der totalitären Ideologien herauszuarbeiten versucht – die „Religionspolitologie“ durch die Herausarbeitung von Strukturähnlichkeiten mit den großen Religionen oder deren Abspaltungen²², die Ideologiekritik mit der Fortsetzung des Erkenntnisprogramms der „Aufklärung“²³, die Entwicklungspsychologie mit der Herausarbeitung von Persönlichkeitsmerkmalen, die „totalistische“ Weltdeutungen begünstigen²⁴, und die Sprachkritik durch die philologische und linguistische Strukturanalyse des geschriebenen und gesprochenen Wortes als Medium totalitärer Machtentfaltung.²⁵ Im Zuge des „cultural turn“ in den Humanwissenschaften sind die Symbole, „palingenetischen Mythen“, Kulte, Rituale und Inszenierungen verstärkt zum Gegenstand der Forschung geworden. Mit dem Ansatz der „politischen Religionen“ lassen sich mehrere Aspekte der Legitimierung in ihrer Wechselbeziehung zum Legitimitätsglauben erhellen: das politisch-religiöse Angebot mit seinen einfachen Lösungen, Weltdeutungen, Verdammungsurteilen, Freund-Feind-Schemata, Sündenböcken, Heilsgewissheiten und den propagandistischen wie kultischen Formen, mit denen die entsprechende Nachfrage bei den Gläubigen befriedigt wird.²⁶ Zum Angebot zählen die Führerkulte, die nicht nur in den europäischen Faschismen, sondern auch im Kommunismus eine zentrale Rolle spielten, denkt man nur an die Mausoleen, die den Staatsgründern in der Sowjetunion und China gewidmet worden sind. Hinzu kommen totalitäre Liturgien, mit Festen und Feiern, dem Totenkult um Märtyrer und „Blutzeugen“, der Fahnenweihe und der Reliquienverehrung.²⁷

Strukturen und Funktionsmechanismen totalitärer Herrschaft

Was die Strukturen und Funktionsmechanismen totalitärer Herrschaft angeht, so hat eine Fülle quellengesättigter Studien die Grundlagen für differenzierte Vergleiche erheblich verbreitert. Dabei sind viele Autoren vom integralen zum sektoralen Vergleich übergegangen, indem sie insbesondere die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zentraler Herrschaftsträger herausarbeiten.²⁸ So hat Detlef Schmiechen-Ackermann die lokalen Parteiorganisationen von NSDAP und SED untersucht und neben grundsätzli-

chen Gemeinsamkeiten der totalitären Systemstützen gravierende Unterschiede herausgearbeitet: Während das für die Wohnviertel entwickelte NS-Blockwartssystem ein wichtiges, aber „untergeordnetes Element im diktatorische Herrschaftsgefüge“ geblieben sei, habe der SED-Parteiparat „auf allen Ebenen, also vom Gesamtstaat und den Bezirken bis hinunter zum einzelnen Betrieb, das jeweilige Machtzentrum in der DDR-Gesellschaft“²⁹ gebildet. In einem Bolschewismus / Nationalsozialismus-Vergleich kamen Yoram Gorlizki und Hans Mommsen im Blick auf das Verhältnis von Partei und Staat zu komplementären Ergebnissen. Die NS-typische „Polykratie der Ressorts“ mit einem oft chaotischen Nebeneinander von Partei und Staat und wuchernden Sonderinstitutionen im Niemandsland dazwischen finde in Stalins Sowjetunion keine Parallele. Während die NSDAP niemals als hierarchische, von den obersten Parteigremien hinab durchstrukturierte Organisation existiert habe, funktionierte die Staatspartei der Sowjetunion als eine schlagkräftige Kaderorganisation, die mit den staatlichen Strukturen verschmolz, ihnen sogar zuvor fehlende Einheit verlieh und die Wirtschaftsgesellschaft mit dem System der Betriebszellen, der Nomenklatur und den umfassenden Befugnissen bei der Steuerung der ökonomischen Prozesse ungleich stärker durchdrang. Diese Strukturunterschiede waren allerdings auch Folge der unterschiedlichen Führernaturen an der Spitze der Regime. Der an bürokratische Abläufe gewöhnte, begabte Parteiorganisator Stalin stand in scharfem Kontrast zum Propagandisten und Agitator Hitler mit der bekannt-bohémienhaften Lebensführung und einer Aversion gegenüber formalisierten Arbeitsabläufen wie zentralisierten Parteistrukturen, die seine unabhängige Entscheidungsgewalt hätten einengen können.³⁰

Weit weniger persönlicher als struktureller Natur war der Umfang, mit dem der totalitäre Herrschaftsanspruch umgesetzt wurde. Die Kluft zwischen den proklamierten Herrschaftszielen und -ambitionen sowie der tatsächlichen Herrschaftsreichweite und Herrschaftsintensität bildete einen Schwerpunkt der vergleichenden Autokratieforschung der vergangenen Jahrzehnte. Teils ging es den Autoren explizit darum, den Totalitarismusansatz zu widerlegen, indem

diese Kluft selbst für die Hochphasen des NS-Regimes wie etwa auch der Sowjetunion unter Stalin nachgewiesen wurde, wo Repression und Terror im Zuge der Kriegsmobilisierung zurückgingen.³¹ Allerdings waren die Klassiker des Totalitarismuskonzepts, so unterschiedlich ihre Ansätze auch waren, keineswegs davon ausgegangen, dass der totalitäre Anspruch jemals in vollem Umfang umgesetzt werden könnte. Aber erst die Sozial- und Alltagsgeschichte hat mit dem von Alf Lüdtke und Jürgen Kocka entfaltenen Begriff der „Durchherrschaft“ ein analytisches Konzept erarbeitet, um die „Nischen“ relativ unbehelligter Lebensgestaltung auszu-leuchten und die Bedingungen der Bewahrung von „Eigen-Sinn“ in verschiedenen sozialen Umgebungen zu erkunden.³² Einerseits war die grundsätzliche Nichtanerkennung einer vom Staat zu respektierenden Privatsphäre ein Charakteristikum aller totalitären Systeme, nicht nur der real-sozialistischen.³³ Andererseits entdeckt der Forscher erstaunliche Freiräume – wie etwa das in der DDR oftmals geduldete Schwarzwohnen –, wo der in vielen Bereichen unerbittliche Zugriff staatlicher Repression aus opportunistischen Motiven unterblieb.³⁴

Transformation totalitärer Herrschaft

Für das Forschungsfeld der Transformation totalitärer Herrschaft ist diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit von zentraler Bedeutung, geht es hier doch darum, die Ursachen und Begleitumstände des Wandels und Verfalls totalitärer Regime zu ergründen. Wegweisend war das von Juan J. Linz im Anschluss an Überlegungen Richard Löwenthals entwickelte Konzept des „Posttotalitarismus“, das er in den 1990er-Jahren mit seinem Kollegen Alfred Stepan weiterentwickelte, um insbesondere für die sowjetischen Satellitenstaaten die Grade der „Detotalisierung“ differenziert zu bestimmen.³⁵ Sie formen ein Kontinuum, je nachdem, wie viele der vier Dimensionen mit welcher Intensität die für den „Posttotalitarismus“ typischen Entwicklungstendenzen aufweisen. Das Spektrum der von ihnen unterschiedenen Subtypen reicht vom „early post-totalitarianism“ (Beispiel: Bulgarien 1989), der am dichtesten am totalitären Typus liegt, über den „frozen post-totalitarianism“ (DDR unter Honecker, Tsche-

choslowakei nach dem „Prager Frühling“), wo nach einem Tauwetter und folgendem Kälteeinbruch das Wachstum der posttotalitären Triebe unterbrochen wurde, bis zum „mature post-totalitarianism“ (Ungarn, Polen) mit der vollen Entwicklung der typischen Merkmale in allen wesentlichen Bereichen.

Ob das Etikett „frozen post-totalitarianism“ der DDR unter Honecker gerecht wird, mag bezweifeln, wer die Kluft zwischen totalitärem Anspruch und Herrschaftspraxis nicht erst in der Ära Gorbatschow hervorhebt. Die SED konnte ihr Meinungs- und Medienmonopol zwar auf dem eigenen Herrschaftsterritorium bis zuletzt fast uneingeschränkt aufrechterhalten, aber die zunehmend auch von systemloyalen Kadern genutzten Westmedien erzeugten eine Gegenöffentlichkeit, welche die propagandistischen Legitimierungsbemühungen der Staatspartei ins Leere laufen ließ.³⁶ Das NS-Regime hatte sein Kommunikationsmonopol ohne Zweifel in höherem Maße durchsetzen können. In einem anderen Bereich erschien das SED-Regime „totalitärer“ als das der vorangegangenen Autokratie: Im Bereich der Wirtschaft war selbst der Verfügungsanspruch des NS-Regimes hinter dem des SED-Staates zurückgeblieben, da die NS-Wirtschaftspolitik weit weniger rigiden Direktiven folgte und – trotz gravierender Eingriffe, vor allem in den Kriegsjahren – Markt und Unternehmertum prinzipiell bestehen ließ. Die Autonomie der Wirtschaftsgesellschaft bestand daher unter dem Nationalsozialismus in weit höherem Maße fort als in der DDR.³⁷ Auch in anderer Hinsicht scheint das SED-Regime ein höheres Maß der „Durchherrschaft“ erreicht zu haben. Der Ausbau von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst führte bis zum Jahr 1944 zu einem Personalbestand von rund 50.000 hauptamtlichen Mitarbeitern mit schätzungsweise 30.000 „V-Leuten“. Das Ministerium für Staatssicherheit verfügte dagegen auf einem weitaus kleineren Territorium mit nur 16 Mio. Einwohnern zuletzt über 91.000 hauptamtliche und 174.000 „inoffizielle“ Mitarbeiter.³⁸ Allerdings diente dieser Apparat überwiegend flächendeckend-präventiver Überwachung, die offene Repression und Terror weitgehend vermeidbar machte, während die NS-Repressionsorgane in umfassender Weise auf das Mittel

des Terrors zurückgriffen. Die unterschiedliche Größe der Verfolgungs- und Unterdrückungsapparate dürfte zu großen Teilen darauf zurückzuführen sein, dass sich das NS-Regime über längere Zeit hinweg beachtlicher Popularität erfreute, während das SED-Regime, das ohne die Rote Armee nicht hätte etabliert werden können, von Anfang an unter einem eklatanten Legitimitätsdefizit (im empirischen Sinne) litt.

So umstritten der Begriff des „Posttotalitarismus“ auch geblieben ist, wurden doch seine Bedingungen und Ausprägungen intensiv erforscht. So haben Autoren wie Jerzy Maćków und Klaus Ziemer die Vitalität prätotalitärer Verfassungsstaatstraditionen, die vorwiegend endogene oder exogene Natur (militärischer Zwang) der Totalitarismusetablierung und die Fähigkeit zur Betonung nationaler Eigenheiten als Ansatzpunkte für Detotalisierungsprozesse herausgearbeitet.³⁹ Darüber hinaus sind die von Linz und Stepan entwickelten Mischtypen des Posttotalitarismus (insbesondere mit Formen des „Sultanismus“, also stark personalistisch-klientelistisch geprägter autokratischer Herrschaft) auf die Regime Rumäniens, Nordkoreas und Kubas angewendet worden, um einen Beitrag zur Erklärung der Stabilität und Persistenz dieser Autokratien mit totalitären Ansätzen / Residuen zu leisten.⁴⁰

FORSCHUNGSDESIDERATA UND FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN

Was die Forschung zu den europäischen Faschismen und dem deutschen Nationalsozialismus bis 1989 aufgrund einer in vielen Ländern günstigen Archivsituation erreicht hatte, konnte sie für die real-sozialistischen Länder in den zurückliegenden 25 Jahren in erheblichem Umfang nachholen. Dies gilt vor allem für die DDR, wo sich die Archive rasch öffneten und offen blieben und außerdem genügend gut ausgebildete Historiker, Politik- und Sozialwissenschaftler zur Verfügung standen, um die Fülle unausgewerteter Dokumente effektiv zu nutzen. In den anderen ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten war die Lage meist ungünstiger, sei es, weil die Personal- und Finanzausstattung erheblich bescheidener war (es gab kein „westliches Polen“), sei es, weil die Systemtransformation ins Stocken geriet, die Archiv-

bedingungen sich wieder verschlechterten und aus dem alten System stammende klientelistische Netzwerke die Forschung massiv behinderten. Dass ein renommierter rumänischer Securitate-Forscher seine Familie und sich nach Thüringen und Sachsen in Sicherheit brachte, gehört zu den extremen Vorfällen, welche die Unterschiedlichkeit der Forschungssituation erhellen und erklären, warum deren Erträge bis heute in manchen Bereichen ein unterschiedliches Maß an Informationsdichte und analytischer Durchdringung aufweisen.⁴¹

Aber auch dort, wo die Forschungssituation in den vergangenen 25 Jahren exzellent war, ist längst noch nicht alles geleistet, was aus totalitarismustheoretischer Perspektive wünschenswert wäre. Immer noch gibt es viele blinde Flecken, die teilweise aufgrund einer schwierigen Quellenlage fortbestehen; beispielsweise einige Bereiche der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit im Westen. Generell lässt sich sagen: Die historische Detailforschung könnte in vielen Fällen gewinnen, würde sie das analytische Instrumentarium der Totalitarismusforschung umfassend anwenden. Umgekehrt wiederum gewönne das „Kerngeschäft“ der Totalitarismusforschung: der Vergleich, wenn er auf vielen Mosaiksteinen aufbauen könnte. An echten Vergleichsstudien mangelt es nach wie vor auch aus diesem Grund. Dies gilt für Vergleichsstudien innerhalb einer „ideologischen Familie“ (also zwischen den real-sozialistischen Ländern oder den rechtsextremen Bewegungen und Regimen) ebenso wie für Strukturvergleiche ideologischer Antagonisten. Und schließlich muss die historisch orientierte Totalitarismusforschung sich um Anschlussfähigkeit an Forschungen zu den neuen totalitären Ideologien, Bewegungen und Regimen wie auch zu anderen Formen der Autokratie (in Geschichte und Gegenwart und auch außerhalb Europas) bemühen, wenn sie nicht mittel- und langfristige Gefahr der Musealisierung – im schlechtesten Sinne des Wortes – erliegen will.

|| PROF. DR. UWE BACKES

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. zur Geschichte der Totalitarismusdebatte nur Baudouin, Jean / Bruneteau, Bernard (Hrsg.): *Le Totalitarisme. Un concept et ses usages*, Rennes 2014; Bruneteau, Bernard: *Le Totalitarisme. Origines d'un concept, genèse d'un débat 1930-1942*, Paris 2010; Gleason, Abbott: *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War*, New York / Oxford 1995; Huttner, Markus: *Totalitarismus und säkulare Religionen*, Bonn 1999; Jesse, Eckhard: *Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen*, in: Ders. (Hrsg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden, 2. erw. Aufl., 1999, S. 9-40; Ottmann, Henning: *Geschichte des politischen Denkens*, Bd. 4, Das 20. Jahrhundert, Teilbd. 1: *Der Totalitarismus und seine Überwindung*, Stuttgart / Weimar 2010; Söllner, Alfons / Walkenhaus, Ralf / Wieland, Karin (Hrsg.): *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997; Sørensen, Øystein / Hagtvet, Bernt / Steine, Bjørn Arne (Hrsg.): *Ideologi og Terror. Totalitære ideer og regimer*, Oslo 2011.
- ² Vgl. Rupnik, Jacques: *Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens*, in: *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Eckhard Jesse, S. 423-449; Śpiewak, Paweł: *Polnische Erfahrungen mit dem Totalitarismus*, in: *Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte*, hrsg. von ders., Frankfurt a. M. 2003, S. 15-67, hier S. 24 f.
- ³ Autorenkollektiv unter Leitung von Lozek, Gerhard: *Die Totalitarismus-Doktrin im Antikommunismus. Kritik einer Grundkomponente bürgerlicher Ideologie*, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Rat für Grundfragen des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1985, S. 5, S. 11, S. 55. Siehe auch zu den Vorläuferpublikationen dieser Schrift Jesse, Eckhard: *Die „Totalitarismus-Doktrin“ aus DDR-Sicht*, in: Ders. (Hrsg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, S. 458-483.
- ⁴ Nach Erkenntnissen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR erhielt die DKP über den Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ im Ministerium für Außenhandel der DDR im Zeitraum von 1981 bis 1989 Zahlungen in Höhe von insgesamt 526.309.000 DM. Vgl. Deutscher Bundestag: *Drucksache 12/7600 vom 27.5.1994*, S. 505 f.
- ⁵ Vgl. Courtois, Stéphane: *Kommunismus im Zeitalter des Totalitarismus – eine Jahrhundertbilanz*, in: Backes, Uwe / ders. (Hrsg.): *„Ein Gespenst geht um in Europa“*. *Das Erbe kommunistischer Ideologien*, Köln / Weimar / Wien 2002, S. 17-58.

- ⁶ Vgl. Petersen, Jens: Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Eckhard Jesse, S. 95-117.
- ⁷ Vgl. Sturzo, Luigi: *Riforma statale e indirizzi politici* (1923), in: Ders.: *Opera Omnia*, seconda serie, volume III: *Il Partito Popolare Italiano*, Rom 2003, S. 99-354, hier S. 109; D'Addio, Mario: *Problemi sociologici, politici e istituzionali in Luigi Sturzo e nella tradizione del popolarismo*, in: *Sociologia* 20/1986, H. 2-3, S. 67-101; Scichilone, Giorgio: *Totalitarismo*, in: *Lessico Sturziano*, hrsg. von Antonio Parisi und Massimo Cappellano, Soveria Manelli 2013, S. 1022-1032, hier S. 1022; Backes, Uwe: Luigi Sturzo: Begründer und früher Wegbereiter des Totalitarismuskonzepts, in: *Den totalen Staat denken*, hrsg. von Frank Schale und Ellen Thümmler, Baden-Baden 2015, S. 31-50.
- ⁸ Vgl. nur Jones, William: *The Lost Debate. German Socialist Intellectuals and Totalitarianism*, Chicago 1999; Schmeitzner, Mike: *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007.
- ⁹ Vgl. vor allem Maier, Hans (Hrsg.): *„Totalitarismus“ und „Politische Religionen“*. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996; ders. / Schäfer, Michael (Hrsg.): *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Bd. II, Paderborn 1997; ders. (Hrsg.): *Totalitarismus und Politische Religionen*, Bd. III, Paderborn 2003.
- ¹⁰ Vgl. Colas, Dominique: *Civil Society and Fanaticism. Conjoined Histories*, Stanford 1997.
- ¹¹ Vgl. Backes, Uwe: *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2006.
- ¹² Vgl. Backes, Uwe: „Ideokratie“ – eine begriffsgeschichtliche Skizze, in: *Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression*, hrsg. von Uwe Backes und Steffen Kailitz, Göttingen 2014, S. 19-45.
- ¹³ Vgl. dazu umfassend Möll, Marc-Pierre: *Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus*, Baden-Baden 1998; Pohl, Cathleen: *Politische Irrwege. Die Totalitarismuskonzeption Karl Raimund Poppers*, München 2007.
- ¹⁴ Vgl. Opitz, Peter J.: *Die Gnosis-These. Anmerkungen zu Voegelins Interpretation der westlichen Moderne*, in: Voegelin, Eric: *Der Gottesmord. Zur Genese und Gestalt der modernen politischen Gnosis*, hrsg. und eingeleitet von Peter J. Opitz mit einem Nachwort von Thomas Hollweck, München 1999, S. 7-35.
- ¹⁵ Vgl. Assmann, Jan: *Zur Einführung*, in: Voegelin, Eric: *Ordnung und Geschichte 1. Die kosmologischen Reiche des Alten Orients – Mesopotamien und Ägypten*, München 2002, S. 17-23.
- ¹⁶ Vgl. Backes, Uwe: *Einleitung des Herausgebers*, in: Talmon, Jacob L.: *Die Geschichte der totalitären Demokratie*, Bd. I, Göttingen 2013, S. 9-32.
- ¹⁷ Vgl. vor allem Sternhell, Zeev: *Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, Paris 1983.
- ¹⁸ Vgl. Nolte, Ernst: *Der Europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt a. M. / Berlin 1987. Siehe zur Kritik vor allem Luks, Leonid: *Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus – Beiträge zu einem umstrittenen Vergleich*, in: *Zeithistorische Streitfrage. Essays und Repliken*, Münster 2012, S. 81-104.
- ¹⁹ Vgl. Mozaffari, Mehdi: *Aufkommen und Entwicklung des Islamismus – im Licht des europäischen Totalitarismus*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 11/2014, S. 15-28.
- ²⁰ Bassam, Tibi: *Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit*, Darmstadt 2004, S. 74.
- ²¹ Vgl. Berman, Paul: *Terror und Liberalismus*, Hamburg 2004, S. 42.
- ²² Vgl. exemplarisch Bärsch, Claus-Ekkehard: *Die politische Religion des Nationalsozialismus*, München, 2. Aufl., 2002.
- ²³ Vgl. Salamun, Kurt (Hrsg.): *Ideologien und Ideologiekritik. Ideologiekritische Reflexionen*, Darmstadt 1992; siehe auch Fritze, Lothar: *Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich*, München 2012; Kroll, Frank-Lothar / Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.): *Ideologie und Verbrechen. Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich*, München 2014.
- ²⁴ Siehe vor allem die Arbeiten des Schülers Erik Eriksons, etwa Lifton, Robert Jay: *Terror für die Unsterblichkeit. Erlösungssekten proben den Weltuntergang*, München 2000.
- ²⁵ Vgl. Dewitte, Jacques: *Le Pouvoir de la langue et la liberté de l'esprit. Essai sur la résistance au langage totalitaire*, Paris 2007; siehe auch bereits Faye, Jean-Pierre: *Totalitäre Sprachen. Kritik der narrativen Vernunft. Kritik der narrativen Ökonomie* (2 Bde.), Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1977.
- ²⁶ Vgl. im Zusammenhang dargestellt bei Gauchet, Marcel: *L'Avènement de la démocratie*, Bd. 3: *À l'épreuve des totalitarismes 1914-1974*, Paris 2010, S. 516-554.
- ²⁷ Vgl. etwa die Beiträge in folgendem Band von Kunze, Thomas / Vogel, Thomas (Hrsg.): *Oh, Du geliebter Führer! Personenkult im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2013.
- ²⁸ Vgl. Heydemann, Günther / Schmiechen-Ackermann, Detlef: *Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung*, in: *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte*, hrsg. von Günther Heydemann und Heinrich Oberreuter, Bonn 2003, S. 9-54.

- ²⁹ Schmiechen-Ackermann, Detlef: Die Staatsparteien NSDAP und SED als lokale Vermittlungsinstanzen der Diktatur, in: *Diktaturen in Deutschland*, hrsg. von Günther Heydemann und Heinrich Oberreuter, S. 150-186, hier S. 176.
- ³⁰ Vgl. Gorlitzki, Yoram / Mommsen, Hans: *The Political (Dis)Orders of Stalinism and National Socialism*, in: *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, hrsg. von Michael Geyer und Sheila Fitzpatrick, Cambridge u. a. 2009, S. 41-86.
- ³¹ Vgl. Altrichter, Helmut: *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*, München 2000, S. 109.
- ³² Vgl. Lüdtkke, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR; Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, beide in: *Sozialgeschichte der DDR*, hrsg. von Hartmut Kaelble / ders. und Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 188-213, S. 547-553.
- ³³ Vgl. Garcelon, Marc: *The Shadow of the Leviathan. Public and Private in Communist and Post-Communist Society*, in: *Public and Private in Thought and Practice*, hrsg. von Jeff Weintraub und Krishan Kumar, Chicago 1997, S. 303-332.
- ³⁴ Vgl. Grashoff, Udo: *Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR*, Göttingen 2011.
- ³⁵ Linz, Juan J. / Stepan, Alfred: *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore 1996, S. 38-54.
- ³⁶ Vgl. Gräßler, Florian: *War die DDR totalitär? Eine vergleichende Untersuchung des Herrschaftssystems der DDR anhand der Totalitarismuskonzepte von Friedrich, Linz, Bracher und Kielmansegg*, Baden-Baden 2014; Holzweißig, Gunter: *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*, Köln 2002, S. 124; Schroeder, Klaus / Alisch, Steffen: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998, S. 570 f.
- ³⁷ Vgl. Heydemann, Günther / Beckmann, Christopher: *Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturenvergleichs*, in: *Deutschland Archiv* 30/1997, S. 10-40.
- ³⁸ Vgl. Vollnhals, Clemens: *Geheimpolizei und politische Justiz im Nationalsozialismus und im SED-Staat*, in: *Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung*, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Dresden 1999, S. 39-59, hier S. 43 f.; siehe generell zum Zusammenhang zwischen Repression, Legitimation und Kooptation in ideokratischen Regimen die Beiträge in: *Ideokratien im Vergleich*, hrsg. von Uwe Backes und Steffen Kailitz.
- ³⁹ Vgl. Maćków, Jerzy: *Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation*, Baden-Baden 2005, S. 46; Ziemer, Klaus: *Totalitarian and Authoritarian Systems: Factors in Their Decline and Hurdles in the Development of Democratic Order*, in: *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe. Legacies and Lessons from the Twentieth Century*, hrsg. von Jerzy W. Borejsza und ders., New York 2006, S. 158-173.
- ⁴⁰ Vgl. Gelius, Peter: *Sultanistischer Totalitarismus. Nordkorea, Rumänien und Kuba im regimetheoretischen Vergleich*, Baden-Baden 2013; siehe für den Analyseansatz wegweisend: Chehabi, Houchang E. / Linz, Juan J. (Hrsg.): *Sultanistic Regimes*, Baltimore / London 1998.
- ⁴¹ Folgender Band schlägt eine Schneise, verdeutlicht aber auch den von Land zu Land divergierenden Kenntnisstand: Kaminski, Lukasz / Persak, Krysztof / Gieseke, Jens (Hrsg.): *Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1991*, Göttingen 2009.

DIE DDR IM SPIEGEL DES LINKSEXTREMISMUS

Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten

UDO BARON || Mit der deutschen Einheit hat auch die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte begonnen. Neben Demokraten versuchen auch linksextremistisch beeinflusste Parteien und Organisationen, Einfluss auf die Interpretation der DDR-Geschichte zu nehmen. Der folgende Beitrag geht diesen Einflussversuchen und der Frage nach, ob künftig auch von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus gesprochen werden muss.

EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von zentraler politisch-gesellschaftlicher Bedeutung geworden. Mit dem Ende der DDR setzte 1990 auch die Aufarbeitung der Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden ein. Seitdem hat sich im vereinten Deutschland eine umfangreiche Aufarbeitungslandschaft auf juristischer, politischer und gesellschaftlicher Ebene herausgebildet. Zahlreiche Einrichtungen wie die beiden sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigenden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages oder die von ihnen auf den Weg gebrachte Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen bzw. widmen sich ebenso wie diverse wissenschaftliche Einrichtungen und unabhängige gesellschaftliche Aufarbeitungsinitiativen dieser Herausforderung.

Unter dem Deckmantel der Aufarbeitung verbergen sich aber auch Einrichtungen, denen es nicht um Aufklärung über die SED-Diktatur geht, sondern in erster Linie um deren nachträgliche Legitimierung und Verklärung. Ihr Weltbild ist bis heute noch weitgehend ein marxistisch-leninistisches. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Rolle und Funktion der DDR im Linksextremismus des vereinigten

Deutschlands. Welche Geschichtsbilder versuchen Linksextremisten über die DDR zu etablieren? Welche Ziele verfolgen sie damit? Gibt es einen linksextremistischen Geschichtsrevisionismus?

DDR-MYTHEN UND LEGENDEN

Der Mensch neigt dazu, Vergangenes eher zu verklären, als sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Heute sind es mit Blick auf die DDR und den sogenannten real existierenden Sozialismus in erster Linie Marxisten-Leninisten, die über den untergegangenen Staat DDR Mythen und Legenden in die Welt setzen, diese anreichern und bedienen, bis sie sich in den Köpfen der Menschen als (vermeintliche) Tatsachen niederlegen.

Dogmatischen Linksextremisten kommt es darauf an, ein positives DDR-Bild zu zeichnen. Sie behaupten, die DDR sei der bessere deutsche Staat gewesen, da er angeblich antifaschistisch, sozialer und friedliebender als die Bundesrepublik gewesen sei. Zudem hätte die DDR ihren Bürgern vor allem Vollbeschäftigung, Bildung, Kinderbetreuung und kostenlose Gesundheitsfürsorge geboten und Kriege geächtet.¹ In dem bis heute gültigen Parteiprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vom 8. April 2006 zählt daher die DDR „zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung“.²

Die Mythen- und Legendenbildung um die DDR besagt beispielsweise, die Berliner Mauer habe den 3. Weltkrieg verhindert. So heißt es in den DKP-Nachrichten vom August 2013, mit der Mauer wurde „den konterrevolutionären Bestrebungen der BRD-Machthaber zur Beseitigung der DDR [...] ein unüberwindlicher Wall entgegengesetzt“ und dadurch „tatsächlich der Frieden in letzter Minute gerettet“.³ Pauschalierend wird so der Mauerbau als ein Produkt des Kalten Krieges – ein weiterer Mythos – sowie der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung und der sie dominierenden Supermächte USA und Sowjetunion dargestellt. Dadurch soll der von ihr ausgehende Schrecken nicht nur relativiert werden, sondern zugleich die Verantwortung für ihre Existenz von der SED auf den für alles verantwortlichen Kalten Krieg und somit auf die Sowjetunion und die USA delegiert werden. Zugleich wird die Legende verbreitet, dass die Bundesrepublik ihre sozialen Errungenschaften letztendlich der DDR zu verdanken habe, da die DDR „bei Tarifgesprächen als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch saß“ und nur aus diesem Grunde das „Kapital [...] zu manchen Zugeständnissen“ bereit war. Auch die „faktische Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus“ wäre „nicht möglich gewesen, gäbe es noch den Konkurrenten von jenseits der Elbe“.⁴ Die hinter dieser Mythen- und Legendenbildung stehende Absicht ist unübersehbar: Alle Verantwortung für die Entwicklung in der DDR soll von der SED auf den Kalten Krieg geschoben, das SED-Regime verharmlost, seine Verbrechen relativiert und das Leben in der DDR nachträglich verklärt werden. Dadurch soll die DDR als der bessere deutsche Staat dastehen und im Nachhinein eine DDR-Identität geschaffen werden, die es so zu DDR-Zeiten nie gegeben hat.

Um von den eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken, versuchen dogmatische Linksextremisten andererseits, die Bundesrepublik und den Westen als Sündenböcke darzustellen. Nicht 40 Jahre DDR-Sozialismus, sondern die Politik der Bundesrepublik und der Transformationsprozess werden für alle Probleme in den neuen Ländern verantwortlich gemacht. Mit dieser Vorgehensweise versuchen ihre Initiatoren, nach-

träglich eine „heile Welt der SED-Diktatur“ zu zeichnen, die vom „bösen“, weil kapitalistischen Westen aus niedrigem Anlass zerstört wurde. Die DDR wird in Abgrenzung zum „dekadenten“ Westen von dogmatischen Linksextremisten als ein „historisch legitimer“ Versuch dargestellt, der nicht an einer möglicherweise fehlerhaften und unmenschlichen Ideologie gescheitert ist, sondern nur an deren mangelhafter Umsetzung. Damit soll die kommunistische Utopie von der Realität abgekoppelt werden, um so einen künftigen zweiten Anlauf zum Sozialismus / Kommunismus zu legitimieren.

Der bedeutendste und bis heute nachhaltigste Mythos ist der von der antifaschistischen DDR. Er ist ihr Gründungsmythos und hatte bereits zu DDR-Zeiten den Charakter eines Glaubensbekenntnisses angenommen. Dogmatische Linksextremisten behaupten bis heute, dass „Faschismus und Militarismus“ in der DDR vollständig „ausgerottet“ worden seien. Die Realität sah dagegen anders aus. So weisen führende Funktionäre der SED und ihrer Blockparteien eine NS-Vergangenheit auf, u. a. waren der letzte DDR-Umweltminister Hans Reichelt und der frühere Kulturminister Hans Bentzien eingetragene NSDAP-Mitglieder gewesen. In einstigen NS-Hochburgen sorgte die SED zudem für eine zügige Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Gehörten 1948 beispielsweise in Thüringen schon 5,3 % der SED-Mitglieder zuvor der NSDAP an, stieg ihr Anteil bis 1954 auf 8,6 %. In Magdeburg waren es sogar 12,5 %, in Erfurt 15,4 %. Einschließlich der Hitler-Jugend (HJ) und dem Bund Deutscher Mädel (BDM) hatten 1954 in Erfurt 35,8 % der SED-Mitglieder eine NS-Vergangenheit.⁵

Es überrascht daher nicht, dass ehemals führende Nationalsozialisten an zentralen Stellen beim Aufbau der DDR mitwirkten. Vincenz Müller, ehemaliger Generalleutnant der Wehrmacht, baute z. B. die Kasernierte Volkspartei und die Nationale Volksarmee (NVA) auf; Arno von Lenski, Richter am Volksgerichtshof von Roland Freisler, war für den Aufbau der Panzertruppen der NVA zuständig.⁶ Im Jahre 1965 sollen noch 53 Abgeordnete der DDR-Volkskammer einen NS-Hintergrund gehabt haben. 12 waren sogar Mitglieder und Kandidaten des

ZK der SED und 2 Mitglieder des Staatsrates der DDR gewesen, 5 von ihnen hatten Länderministerposten innegehabt.⁷

Ehemalige NS-Funktionäre wirkten aber nicht nur in Politik und Gesellschaft der DDR mit, manche von ihnen wurden auch für Schauprozesse – wie sie z. B. 1950 in Waldheim stattgefunden haben – benutzt und / oder für eine Zusammenarbeit mit dem MfS gewonnen bzw. erpresst. Zugleich hatte die DDR zu keiner Zeit ein ernsthaftes Interesse, die Strukturen des NS-Staates systematisch zu beschreiben und nachhaltig zu analysieren.⁸

Obwohl in der letzten Phase der DDR kaum mehr zu übersehen, wurde von offizieller Seite bis zuletzt die Existenz rechtsextremistischer Strömungen und Gruppierungen geleugnet. Daran änderte auch der Überfall von Skinheads auf ein Punkkonzert in der Ost-Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1988 ebenso wenig wie eine Studie des Leipziger Instituts für Sozialforschung aus dem Jahre 1988, in der das Akzeptanz- und Sympathiepotenzial bei DDR-Jugendlichen für die NS-Ideologie auf 15-19 % veranschlagt wurde.⁹ Ein Abdruck einer Analyse des DDR-Bürgerrechtlers Konrad Weiß, die im März 1989 in der Untergrundzeitschrift „Kontext“ veröffentlicht wurde und u. a. rechtsextremistische Übergriffe in der DDR auflistete als auch dem Phänomen des Rechtsextremismus im zweiten deutschen Staat nachging, wurde vom Presseamt der DDR verboten.¹⁰ Erst während der friedlichen Revolution 1989/90 reagierte die SED offiziell auf den Rechtsextremismus in der DDR. So nahm sie die Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow am 28. Dezember 1989 zum Anlass, vor einem aufkeimenden „Neofaschismus“ zu warnen. Zu diesem Zeitpunkt diente ihr der Antifaschismus und die Warnung vor einem Rechtsextremismus in der DDR als Argumentationshilfe für die von ihr beabsichtigte Weiterexistenz einer Staatssicherheit in Form eines Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS).

DIE DDR-GESCHICHTE IM DOGMATISCHEN LINKSEXTREMISMUS

Die linksextremistische Auseinandersetzung mit Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen findet in erster Linie

im dogmatischen, d. h. im marxistisch-leninistisch orientierten Linksextremismus statt. Gemeint sind damit heute insbesondere die DKP, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und die extremistischen Zusammenschlüsse der aus der SED hervorgegangenen Partei Die Linke wie die Kommunistische Plattform (KPF) oder das Marxistische Forum (MF).

Printmedien und Verlage

Eine herausgehobene Stellung in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte nehmen linksextremistische Printmedien ein. Vor allem das ehemalige Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR, die „Junge Welt“, versteht sich als „eine linke, marxistisch orientierte, überregionale Tageszeitung“¹¹ und zählt frühere hohe Funktionsträger der SED-Diktatur wie beispielsweise den letzten DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz oder den letzten SED-Ministerpräsidenten Hans Modrow zu ihren Autoren. Zwar behauptet sie, „über die Geschichte der sozialistischen Länder wird kritisch [...] berichtet“.¹² Was sie dabei unter kritisch versteht, hat sie auf ihrer Titelseite vom 13./14. August 2011 deutlich gemacht, als sie bezogen auf den 50. Jahrestag des Mauerbaus provokativ titelte: „Wir sagen einfach mal: Danke.“

Dem Politikwissenschaftler Norman Bock zur Folge stehen drei Thesen für die Autoren der Jungen Welt, die wie ihr Chefredakteur Arnold Schölzel alias IM „André Holzer“ durchaus auch einen IM-Hintergrund haben können, zur Rechtfertigung der SED-Diktatur im Mittelpunkt: 1. Ursache der friedlichen Revolution von 1989/90 war der Verrat durch die politische Führung der Sowjetunion. 2. Reformorientierte Kräfte innerhalb der SED hätten einen internen Putsch organisiert und somit jegliche Chance auf einen Fortbestand der DDR verspielt. 3. Mit der deutschen Einheit erlebt der deutsche Imperialismus eine Renaissance.¹³

Ein weiteres Printmedium mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung stellt der „RotFuchs. Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ dar. Sein Chefredakteur Klaus Steiniger gehörte zwischen 1967 und 1992 der Redaktion des „Neuen Deutschland“, dem

Zentralorgan der SED, an. Der „RotFuchs“ versteht sich als eine „unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik, Kultur und Wissenschaft“.¹⁴ Der sich als revolutionäre Zeitschrift verstehende „RotFuchs“, gegründet 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost als politisch-theoretische Monatsschrift, lehnt einen „modernen Reformsozialismus“ strikt ab, da dieser im Rahmen des bestehenden Systems agiere und somit bereits Teil des Kapitalismus sei. Die Wiedervereinigung bezeichnen seine Autoren als einen „Sieg der Konterrevolution“.¹⁵ Nicht viel anders verhält es sich mit der zur Eulenspiegel Verlagsgruppe gehörenden „edition ost“, deren Mitbegründer und Verlagsleiter Frank Schumann bis 1989 inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen „Karl“ war.¹⁶ In dem Verlag veröffentlichen insbesondere ehemalige Funktionäre des Macht- und Herrschaftsapparates der DDR wie Egon Krenz, der langjährige DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler oder der stellvertretende MfS-Minister Wolfgang Schwanitz ihre Geschichtsbilder. Zudem nutzen vor allem ehemalige Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit wie Gotthold Schramm oder Klaus Eichner den Verlag für ihre Apologie von SED und MfS.¹⁷ Printmedien wie die „Junge Welt“ und Verlage wie die „edition ost“ bemühen sich, eine Gegenöffentlichkeit zu den gesamtgesellschaftlichen Geschichtsdebatten zu schaffen und streben nach der Deutungshoheit über die DDR-Geschichte.

DKP, MLPD und Die Linke

Vor allem für linksextremistische Parteien mit einem geschichtsdeterministischen Weltbild, wie es die DKP pflegt, spielt die Verklärung der DDR-Geschichte bis heute eine zentrale Rolle. So formuliert der DKP-Vorsitzende Patrick Köbele pathetisch über die DDR: „Wir haben Genossinnen und Genossen, die einen Staat aufbauten, in dem sie Großkapital und Junker entmachteten und enteigneten, Antifaschismus und Frieden wurden Staatsdoktrin. Ein Bildungssystem ohne Klassenschranken und Nazilehrer aufgebaut, das Recht auf Arbeit wurde verwirklicht, internationale Solidarität nicht gepredigt, sondern geübt. Am Ende zu schwach und trotzdem die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse Deutschlands, die Deutsche Demokra-

tische Republik.“¹⁸ Die deutsche Einheit stellt dagegen nur ein „Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution“ dar.¹⁹ Aus diesem Grunde wird die DDR-Geschichte weiterhin ausschließlich marxistisch-leninistisch interpretiert, ihre vermeintlichen Errungenschaften gepriesen und ihre Verbrechen geleugnet.

Auch die MLPD beurteilt die DDR-Geschichte aus einer marxistisch-leninistischen Perspektive, kommt dabei aber zu ganz anderen Ergebnissen. Sie orientiert sich an dem von ihr propagierten „wahren Sozialismus.“ Diesen assoziiert sie mit dem Stalinismus und lehnt daher andere sozialistische Systeme, wie sie die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 verkörperten, ab. Aus diesem Grunde kritisiert sie im Gegensatz zur DKP die DDR heftig. Sie sieht in der SED eine Verräterin an der Arbeiterklasse und in der SED-Diktatur einen entarteten Sozialismusversuch.²⁰

Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht aber vor allem eine Partei: Die Linke. Als Nachfolgepartei der PDS und Rechtsnachfolgerin der SED hat sie bewusst deren Gelder, Mitglieder und Traditionen nach 1989 übernommen. Personell setzt sie sich neben westdeutschen Linksextremisten, die vornehmlich aus der DKP und den K-Gruppen stammen, zu einem nicht unerheblichen Teil aus ehemaligen Funktionären und Mitläufern der SED, ihrer Blockparteien und Massenorganisationen zusammen. Sie alle haben ihre weitgehend marxistisch-leninistisch geprägten Weltbilder, ihren Geschichtsdeterminismus und ihre damit verbundenen Lebenserfahrungen in diese Partei eingebracht und prägen sie damit bis heute nicht unwesentlich. Aus diesem Grunde war und ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen für die PDS bzw. Die Linke von zentraler Bedeutung. Nicht überraschend hat deshalb auch Die Linke bei ihrer Gründung 2007 die bereits 1990 von der PDS eingerichtete Historische Kommission aufgegriffen und weitergeführt.

Zur Notwendigkeit einer solchen Einrichtung hielt Die Linke in ihrem Beschluss vom 25. August 2007 fest: „DIE LINKE braucht eine ständig geführte, eigenständige Geschichtsdiskussion. Ein Verzicht darauf würde bedeuten,

dass einerseits dem Einfluss medial vermittelter Geschichtsinterpretationen politisch vorherrschender Kräfte nichts entgegengesetzt und andererseits die Konservierung überholter Geschichtsdeutungen in Teilen der Mitgliedschaft begünstigt wird.“ Schließlich definiert sich nach Meinung Der Linken auch „das Selbstverständnis der Partei [...] neben den aktuellen Problemen zu erheblichen Teilen über Geschichtsbilder und deren Interpretation“.²¹

Neben der Historischen Kommission existiert noch ein Ältestenrat als oberste parteiliche Autorität, der auch zur Auseinandersetzung mit der DDR Stellung bezieht.²² Mit Hilfe dieser beiden Einrichtungen will Die Linke vor allem die „globale Delegitimierung der DDR“ und der Biographien ihrer Mitglieder verhindern.²³ Auffallend ist, dass sich bis heute beide Einrichtungen insbesondere aus hochrangigen DDR-Funktionären zusammensetzen. So war der Vorsitzende des Ältestenrats, Hans Modrow, bekanntlich letzter SED-Ministerpräsident der DDR. Während Bruno Mahlow Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen beim ZK der SED und Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED war, fungierte Gregor Schirmer nicht nur als Abgeordneter der DDR-Volkskammer, sondern auch zeitweise als Stellvertreter des DDR-Ministers für Hoch- und Fachschulwesen. Der Vorsitzende der Historischen Kommission, Günter Benser, wiederum war stellvertretender Abteilungsleiter am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED und dann Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), dem Nachfolgeinstitut des IML.²⁴

Im Gegensatz zur DKP existiert in Der Linken, die sich als linke Strömungspartei versteht, ein Meinungsspektrum von apologetischen bis relativ kritischen Haltungen gegenüber der DDR, so dass auch kontroverse Geschichtsdebatten möglich sind.

Bereits 1990 hat sich die damalige PDS auf einen antistalinistischen Grundkonsens verständigt, der sich aber nie als ein antikommunistischer verstand.²⁵ Die extremistischen Zusammenschlüsse in der PDS / Die Linke wie die KPF widersprachen diesem Grundkonsens ihrer Partei und akzeptieren bis heute den Begriff Stalinismus nicht, da sie darin eine grundsätzli-

che Diskreditierung der DDR sehen. Aus diesem Grunde lehnten sie auch einen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde kategorisch ab.

Vor allem Begriffe wie „Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ als legitime Bezeichnungen für die DDR sorgen immer wieder für heftige parteiinterne Kontroversen. Anfang 2009 entbrannte ein heftiger Streit um die „20 Thesen“ der sächsischen Die Linke. Darin bezeichneten ihre Autoren die DDR als „Diktatur“, in der „viele ihrer Bürger Zwang, Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung“ erlebten. Zugleich warfen sie der DDR die „fortwährende Verletzung universaler Menschenrechte“ vor.²⁶ Mit diesen Aussagen rüttelten sie an den Grundfesten des Selbstverständnisses weiter Teile der Partei. Naturgemäß lehnten die innerparteilichen Bewahrer der reinen Lehre das Papier mit der Begründung ab, darin fände sich „kein Wort über gesellschaftliche Vorzüge des untergegangenen Sozialismus“ und keine „auch nur annähernd vergleichbare Bewertung des Kapitalismus“.²⁷

In Thüringen trägt die dortige Linkspartei in der Präambel des rot-rot-grünen Koalitionsvertrags unter der Überschrift „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sogar die Bezeichnung mit, die DDR sei „eine Diktatur“ und „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ gewesen, weil „jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten“. Die drei Parteien forderten „eine konsequente und schonungslose Aufarbeitung der Alltagsdiktatur“ und verständigten sich darauf, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten“.²⁸ Der Konflikt innerhalb Der Linken war damit vorprogrammiert. Parteiintern löste diese Formulierung eine heftige Diskussion aus, da entsprechende Charakterisierungen noch immer an den Grundfesten des eigenen Selbstverständnisses rüttelten. Vor allem Vertreter ihrer extremistischen Strömungen sahen in dieser Vereinbarung eine „Kriminalisierung der DDR“ und charakterisierten sie als den „Kniefall von Thüringen“.²⁹ Sie warfen Der Linken vor, damit einen Kurswechsel von „der Verteidigung der Rechtmäßigkeit des Sozialismusversuchs hin zur Delegitimierung als ‚Unrechts-

staat“ vollzogen zu haben.³⁰ Den extremistischen Strömungen nahestehende Organisationen wie das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände (OKV), das bislang ihre „Mitglieder zur Unterstützung der Partei Die Linke in allen bisherigen Wahlkämpfen aufgerufen“ hatte, brachten ihr „Erschrecken über eine pauschale Verurteilung der DDR als Diktatur und Unrechtsstaat zum Ausdruck“ und kündigten an, sollte „diese Auffassung auch der des Parteivorstandes entsprechen, wäre einer weiteren Zusammenarbeit damit jegliche Grundlage entzogen“.³¹ Selbst ihr damaliger Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, äußerte, bezogen auf den Begriff Unrechtsstaat: „Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden.“³²

Im Verlauf der geschichtspolitischen Diskussionen innerhalb der PDS bzw. Der Linken hat sich seit 1990 ein Geschichtsbild herauskristallisiert, welches auf der einen Seite den Bruch mit dem Stalinismus, auf der anderen Seite aber die Hochachtung vor den positiven Errungenschaften der DDR und den Erfahrungen ihrer Bürger transportieren will. Dadurch soll der Eindruck vermittelt werden, die DDR sei nach den Erfahrungen mit dem Faschismus / Nationalsozialismus ein legitimer politisch-gesellschaftlicher Versuch gewesen. Dahinter steckt bis heute der Gedanke, sich die Option für einen erneuten Anlauf zum Sozialismus offenzuhalten.

Vor allem die Auseinandersetzungen um eine zutreffende Charakterisierung der DDR offensichtlichen zugleich den Spannungsbogen, in dem sich Die Linke bis heute bewegt. Einerseits muss sie sich objektiv mit den Verbrechen der SED-Diktatur befassen und auch öffentlich davon distanzieren, um im politischen Spektrum der Bundesrepublik akzeptiert zu werden. Andererseits kommt sie nicht umhin, große Teile der Partei, die aufgrund ihrer Biographien eng mit der SED verbunden waren, nostalgisch zu bedienen. Sie muss deren Geschichts- und Identitätsbilder pflegen, da sie diese weiterhin als Mitglieder und Wähler benötigt – auch wenn deren Anteil aufgrund ihres hohen Alters zunehmend rückläufig ist. Ebenso wie die DKP verstehen sich vor allem KPF und MF als deren Interessenvertreter. So versprach die innenpolitische Sprecherin Der Linken, Ulla Jelpke, sich

für die Interessen ehemaliger Mitarbeiter der Hauptabteilung Aufklärung (HVA) der DDR-Staatssicherheit einzusetzen, und lobte den „mutigen Einsatz [der HVA-Mitarbeiter] für den Frieden nach dem Ende der DDR.“³³

AUSBLICK

Blickt man auf die Auseinandersetzung im bundesrepublikanischen Linksextremismus mit der DDR-Geschichte, so lässt sich unschwer erkennen, dass dieses Thema für den dogmatischen Linksextremismus bis heute von zentraler Bedeutung ist. Geschichtsdebatten dienen ihm in erster Linie dazu, das SED-Regime im Nachhinein zu rechtfertigen, um dadurch einen zweiten Anlauf zum Sozialismus legitimieren zu können. Daher stellt sich die Frage, ob heute im Zusammenhang mit der Rezeption der DDR-Geschichte im dogmatischen Linksextremismus von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus gesprochen werden kann. Folgt man der Begriffsdefinition der Bundeszentrale für politische Bildung, so ist Geschichtsrevisionismus ein „wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologien. Er verfolgt das Ziel, die Geschichtsschreibung zum Beispiel über den Nationalsozialismus aus politischer Motivation umzu-deuten und so Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren. Dem „Revisionismus geht es [...] nicht um eine wissenschaftliche und objektive Auseinandersetzung mit Geschichte. Stattdessen manipulieren Revisionisten häufig Fakten, um den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise historische Dokumente und Überlieferungen bewusst fehlinterpretiert, der eigenen Ansicht widersprechende Forschungsergebnisse ignoriert oder bestimmte Ereignisse komplett geleugnet.“³⁴

Überträgt man diese Definition auf den dogmatischen Linksextremismus, so lassen sich durchaus Übereinstimmungen erkennen. Lässt man die MLPD und ihre Motive dafür außen vor, so versucht er unverkennbar aus einer politischen Motivation heraus, die Geschichte des DDR-Sozialismus umzudeuten, seine (vermeintlich) „guten Seiten“ zu betonen und so dessen Verbrechen zu relativieren. So leugnet er z. B. bis heute den Schießbefehl an der Berliner Mauer und versucht, das SED-Regime und den DDR-Sozialismus weniger brutal und menschen-

verachtend erscheinen zu lassen, als sie es in Wirklichkeit waren.

Ob diese Aspekte ausreichen, um von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus zu sprechen, muss die (noch ausstehende) intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rezeptionsgeschichte der DDR im bundesrepublikanischen Linksextremismus ergeben. Wenn dem aber so sein sollte, gilt es, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten.

|| **DR. UDO BARON**

Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hannover

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Lieberam, Ekkehard: Komplizierte Suche. Erregungenschaften und Defizite der DDR. Ihre Bedeutung für einen zukünftigen Sozialismus, in: Junge Welt, 2./3./4.10.2015, Beilage 25 Jahre Anschluss, S. 6-7, hier S. 7.
- ² Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), <http://www.dkp-online.de/programm/>, Stand: 22.9.2015.
- ³ Andrä, Kurt: „Die Mauer“: Weshalb und wozu?, in: DKP-Nachrichten, 12.8.2013, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2013/08/die-mauer-weshalb-und-wozu/>, Stand: 15.9.2014.
- ⁴ Köbele, Patrick: Besser als der beste Kapitalismus, in: Junge Welt, 2./3.10.2015, S. 12-13, hier S. 12.
- ⁵ Staadt, Jochen: Deutschland den Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.8.2015, S. 6.
- ⁶ Ex-Nazis an führenden Stellen, in: Focus, 8.5.2010, http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-18178/sed-ex-nazis-an-fuehrenden-stellen_aid_505958.html, Stand: 11.10.2015.
- ⁷ Teschner, Dirk: Faschistische Vergangenheit in der DDR, in: Telegraph – Ostdeutsche Zeitung 3-4/1998, <http://www.antifa-nazis-ddr.de/n/10019451.011.php>, Stand: 13.10.2015.
- ⁸ Vgl. Jesse, Eckhard: Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln / Weimar / Wien 2015, S. 98.
- ⁹ Chronik-Glossar: Rechtsextremismus in der DDR, in: http://www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar_jsp/key=cglrechtsextremismus+in+der+ddr.html, Stand: 13.10.2014.
- ¹⁰ Vgl. Weiß, Konrad: Die alte neue Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: Kontext 5/1989, <http://www.bln.de/>, Stand: 20.10.2015.
- ¹¹ Selbstverständnis der Jungen Welt, in: https://www.jungewelt.de/ueber_uns/diese_zeitung.php, Stand: 30.9.2015.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Vgl. Bock, Norman: Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „Junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus, Baden-Baden 2014, S. 270 ff.
- ¹⁴ Selbstverständnis des RotFuchs, in: <http://www.rotfuchs.net/zeitung/aktuell.html>, Stand: 30.9.2015.
- ¹⁵ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2012, Hannover 2013, S. 148.
- ¹⁶ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: „Offensive Desinformation“. Stasi-Geschichtsrevisionismus und historische Wahrheit, in: Die Politische Meinung 442/2006, S. 10-14, hier S. 14.
- ¹⁷ Vgl. Eichner, Klaus / Schramm, Gotthold (Hrsg.): Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin 2003.
- ¹⁸ Köbele, Patrick: Der Tag der Befreiung ist den Herrschenden ein Dorn im Auge, in: Unsere Zeit 3/2015, S. 4. [Fehler aus dem Original übernommen.]
- ¹⁹ Sozialismus ist heute nötiger denn je! Erklärung der DKP zum 25. Jahrestag der „deutschen Einheit“, in: DKP-Nachrichten, 26.9.2015, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/09/sozialismus-ist-heute-noetiger-denn-je/>, Stand: 1.10.2015.
- ²⁰ Vgl. Bock: Zwischen Verdrängung, S. 64 f.
- ²¹ Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und Berufung ihrer Mitglieder. Beschluss des Parteivorstandes vom 25.8.2007, <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstande-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschluesse/bildung-einer-historischen-kommission-der-linken-und-berufung-ihrer-mitglieder/>, Stand: 6.10.2015.
- ²² Vgl. Ältestenrat der Partei Die Linke: Anregungen zum Umgang mit der Geschichte vom 16.7.2008, <http://www.die-linke.de/partei/geschichte/anregungen-zum-umgang-mit-der-geschichte/>, Stand: 6.10.2015.
- ²³ Vgl. Lannert, Christian: Zwischen Utopie und Nostalgie. Die Geschichtsbilder der Partei Die Linke, in: Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig 1/2014-15, S. 22-25, hier S. 22.
- ²⁴ Vgl. Biografische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung.
- ²⁵ Vgl. Jesse, Eckhard: Die Linke und ihre „Vergangenheitspolitik“, in: Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig 1/2014-15, S. 14-17, hier S. 16. Die Linke ist heutzutage zwar keine kommunistische Partei mehr wie es die SED eine war, sie negiert aber weiterhin eine prinzipielle Kommunismuskritik.

- ²⁶ Die Linke in Sachsen: „Der Herbst 1989 in Sachsen“ – „Wir sind das Volk“ (Arbeitstitel). 20 Thesen zur Diskussion auf der Konferenz am 28.3.2009 in Dresden, www.dielinke-in-sachsen.de/tools/download.aspx?dok=FAEDE341-DDA0-4D4C-A3BC-6F04442A7684&tusg=AFQjCNFZH9ZZpbhSNFS3jiWzf5SkoI0yqg, Stand: 14.10.2014.
- ²⁷ Offener Brief der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke, in: Junge Welt, 9.3.2009, S. 8.
- ²⁸ „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte (Sondierungen 2014), Anlage 1 zum Protokoll des 2. Sondierungsgesprächs zwischen DIE LINKE Thüringen, SPD Thüringen und Bündnis 90 / Die Grünen Thüringen vom 23.9.2014, abgedruckt bei: Lieberam, Ekkehard: Der Kniefall von Thüringen. Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation, Bergkamen 2014, S. 12 f.
- ²⁹ So der Titel einer Broschüre zu den Thüringer Koalitionsvereinbarungen von dem zum Marxistischen Forum gehörenden Ekkehard Lieberam.
- ³⁰ Lieberam: Komplizierte Suche, S 6.
- ³¹ Brief des OKV an die Bundesvorsitzenden und den Bundesvorstand der Partei DIE LINKE vom 2.10.2014, abgedruckt bei: Lieberam: Der Kniefall von Thüringen, S. 31. Das OKV ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die weitgehend aus ehemaligen Funktionären der SED und ihrer Blockparteien und Massenorganisationen wie die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) bestehen.
- ³² Gregor Gysi in der ARD Tagesschau vom 30.9.2014, abgedruckt bei: Lieberam: Der Kniefall von Thüringen, S. 21.
- ³³ Stasi-Grußwort empört Union, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/cdu-linke-stasi-grusswort-empuert-union_aid_510235.html, Stand: 15.9.2015.
- ³⁴ Glossar Revisionismus, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=55>, Stand: 12.10.2014.

OST UND WEST 25 JAHRE NACH DER WIEDERVEREINIGUNG

ECKHARD JESSE || Die deutsche Einheit, die vor 25 Jahren begann, ist eine Erfolgsgeschichte geworden. Das gilt für die politische, die wirtschaftliche und die mentale Seite. Es gibt nicht die geringste secessionistische Bestrebung, anders als in vielen Staaten Europas. Die Flüchtlingskrise, von der Deutschland heimgesucht ist, dürfte mit der Integration von Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen eine weitaus größere Herausforderung sein.

EINLEITUNG

Dieser Beitrag gibt, 25 Jahre nach der deutschen Einheit, die sich so überraschend wie schnell vollzog, zunächst einen knappen Überblick über die Teilung des Landes.¹ War diese unvermeidlich? Musste sie so lange anhalten? Was unterminierte den Warschauer Pakt? Danach wird am Beispiel von Sachsen die seitherige Entwicklung beleuchtet. Ist Sachsen in vielerlei Hinsicht ein Vorreiter gewesen? Wie lässt sich die Dominanz der Sächsischen Union erklären? Schließlich geht es um die gegenwärtige Flüchtlingskrise, die eine größere Herausforderung für Deutschland sein dürfte als die „Bewältigung“ der deutschen Einheit. Wie ist das Verhalten der protestierenden Bürger zu beurteilen? Was muss der demokratische Verfassungsstaat tun, um die gravierenden Probleme in den Griff zu bekommen? Der Schlussteil zieht eine Bilanz zum letzten Vierteljahrhundert. Wo haben sich Angleichungen vollzogen, wo nicht? Das Fazit hebt anhand einiger Bilanzen und Reden zum 25-jährigen Jubiläum noch einmal den Erfolg der deutschen Einheit hervor.

DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS: URSACHEN UND IHRE ÜBERWINDUNG

Seit 1990 ist Deutschland vereint. Musste es überhaupt zur Teilung des Landes kommen? Die Historiker sind sich uneins, wobei eine Mehrheit davon überzeugt ist, sie sei wohl nicht

zu verhindern gewesen. Vor 70 Jahren, im Mai 1945, kapitulierte die Wehrmacht, nachdem das Dritte Reich, das den Zweiten Weltkrieg entfacht hatte und dessen Hinterlassenschaft verheerend war, durch ein Zweckbündnis der Westalliierten mit der Sowjetunion in einem Zweifrontenkrieg bezwungen wurde. Zunächst übertünchten dilatorische Formelkompromisse wie auf der Potsdamer Konferenz im Juli / August 1945 (Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Deindustrialisierung) die Gegensätze zwischen den Alliierten, doch bald brachen sie offen aus. Einerseits machtpolitisch bedingt, andererseits ideenpolitisch, ließen sie sich nicht dämpfen. Der Kalte Krieg führte im Herzen Europas zur Teilung Deutschlands.

Aus der SBZ entstand die DDR, aus der amerikanisch, der britisch und der französisch besetzten Zone die Bundesrepublik Deutschland. Die beiden deutschen Staaten sind damit Produkte des Kalten Krieges, allerdings mit einem fundamentalen Unterschied: Während es der DDR an demokratischer Legitimation gebrach (demokratische Wahlen gab es nicht; die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 schlug der „große Bruder“ nieder), gedieh der Westen Deutschlands demokratisch, begleitet und unterstützt von den Westalliierten. Dieser Prozess verlief zwar nicht reibungslos, aber kontinuierlich. Die vielen Väter und die wenigen Mütter

des Grundgesetzes verstanden es als Provisorium. In den 1970er- und 1980er-Jahren sahen dagegen die meisten Menschen – im Osten wie im Westen – die Spaltung Deutschlands wohl für unabänderlich an.

Und musste die Teilung Deutschlands so lange anhalten? Es heißt, durch die Akzeptanz der berühmten Stalin-Note vom 10. März 1952 seitens des Westens wäre die Einheit Deutschlands erreichbar gewesen. In dieser Note hatte Stalin den Westmächten freie Wahlen und die deutsche Einheit angeboten – unter dem Vorzeichen einer Neutralisierung. Diese sahen die sowjetische Initiative als Störmanöver an, um die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis zu verhindern. Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer betrachtete die Note als puren Trick, ebenso die SPD. Ein reger Notenaustausch verlief in der Folge im Sande. Später, als die Chance auf die deutsche Einheit weithin schwand, brach sich der Gedanke von der „verpassten Chance“ Bahn. Zudem, so eine verbreitete Lesart, wäre zumindest die Ernsthaftigkeit des Angebots auszuloten gewesen.

Allerdings: Wenn ein Rückzug der USA aus dem Herzen Europas gar nicht als wünschenswert erschien, konnte eine Prüfung unterbleiben. Nach Öffnung der Archive ist der Streit nicht verstummt, wobei die Position überwiegt, Stalin habe die Note als taktisches Mittel eingesetzt, um den Westmächten die Schuld an der Teilung in die Schuhe zu schieben.²

Wer die Teilung Deutschlands in gewisser Weise als zwangsläufig ansieht, muss wissen: Historische Determinismen gibt es nicht. Weil etwas so gekommen ist, wie es gekommen ist, musste es nicht so kommen. Politik und Geschichte gehen verschlungene Wege. 15 Jahre vor der Wiedervereinigung, am 1. August 1975, 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, unterzeichneten nach längeren Verhandlungen 35 Staaten die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dieses Dokument von Helsinki umfasste drei Körbe: In dem ersten geht es um die Anerkennung der Grenzen und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, in dem zweiten um die Zusammenarbeit der Staaten in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und der

Umwelt, in dem dritten um humanitäre Fragen (menschliche Kontakte, Informationsfreiheit, Kooperation im Bereich der Kultur und der Bildung). Kritiker sahen das Dokument von Helsinki als Festschreibung der Grenzen in Europa an und damit des Status quo. Doch es kam anders:

So beriefen sich Menschenrechtsgruppen in den Ostblockstaaten auf Korb 3 – sie brachten die politischen Eliten in ihren Ländern bald in massive Schwierigkeiten. DDR-Bürger stellten Ausreiseanträge und vergaßen nicht, die von ihrer Staatsführung unterschriebene Schlussakte zu erwähnen. Was zunächst als Signal der Schwäche des Westens erschien, entpuppte sich als eine des Ostens. Wer hätte das gedacht?

Ein anderes Beispiel: Egon Bahr, 93-jährig im August 2015 verstorben, hat 1963 in seiner berühmten Tutzingener Rede für „Wandel durch Annäherung“ plädiert, die „Politik der Stärke“ kritisiert und als „rechte Hand“ Willy Brandts deutschlandpolitische Entspannung forciert. Vielleicht wollte er menschliche Erleichterungen in der DDR um den Preis ihrer Stabilität. Und vielleicht hat diese Politik die SED-Diktatur gerade dadurch destabilisiert. Intentionen und Wirkungen müssen sich nicht decken. Die Väter der deutschen Einheit sind zahlreich. Zu den wichtigsten zählen: Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, George Bush, Michail Gorbatschow. Viele Fäden liefen zusammen. Ohne die Menschen in der DDR, die eine Diktatur stürzten und den schnellen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland anstrebten, wäre sie jedoch nicht möglich gewesen.

DAS BEISPIEL SACHSEN: FRIEDLICHE REVOLUTION, DEUTSCHE EINHEIT, WAHLEN

Im dichtbesiedelten und von starker Umweltverschmutzung betroffenen Sachsen war die Zahl der Ausreisewilligen besonders groß. Nirgendwo in der DDR fiel die Unzufriedenheit so dramatisch und so anhaltend aus. Sachsen avancierte zum Kernland der friedlichen Revolution, die hiesigen Bürger drängten ebenso schnell auf eine deutsche Einheit.³ Am 7. Oktober 1989, dem „Tag der Republik“, gingen über 10.000 Personen im vogtländischen Plauen protestierend auf die Straße, am 8. Oktober kam es in Dresden nach großen Tumulten dank des Ka-

plans Frank Richter zur Bildung der „Gruppe der 20“. Zum ersten Mal ließ die Obrigkeit einen „Dialog“ mit den aufbegehrenden Bürgern zu. Und am 9. Oktober demonstrierten in Leipzig 70.000 auf den Straßen. Viele sprechen von einem „Tag der Entscheidung“. Nach dem 9. Oktober war die DDR nicht mehr die alte DDR.

Die Demonstrationen für Freiheit zogen bald Demonstrationen für Einheit nach sich. Die Rede Helmut Kohls vor der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember 1989, nicht aufwiegend, aber Hoffnung gebend, ein Meisterstück, hallt heute noch nach. Rufe nach einem sächsischen Freistaat auf den Kundgebungen ergänzten das Bild in der Öffentlichkeit. Die neuen Kräfte versuchten die alten zurückzudrängen. Den Vorsitz im „Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen“, ins Leben gerufen im Mai 1990, übernahm Arnold Vaatz, ein hochengagierter junger Mann aus den Reihen der oppositionellen Kräfte, der, soeben in die CDU eingetreten, noch im März 1990 bei der Kandidatur gegen Klaus Reichenbach um den Vorsitz der sächsischen CDU klar unterlegen war. Ende Juni 1990 entstand unter Erich Iltgen das „Sächsische Forum“, das die Öffentlichkeit über die Föderalisierung informierte.

Sachsen, stark durch die „neuen Kräfte“ vorangetrieben (ein Alleinstellungsmerkmal im Osten), wurde vor 25 Jahren, am 3. Oktober 1990, auf der Meißener Albrechtsburg in einem Festakt aus der Taufe gehoben, nachdem das Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 dafür die Voraussetzungen geschaffen hatte. Sächsisches Landesbewusstsein war nie verschwunden. Auf der konstituierenden Sitzung des Landtages erhielt das Land (wie Thüringen) in Anlehnung an Bayern die gewünschte Bezeichnung „Freistaat“.

Vorher, bei den ersten und zugleich letzten demokratischen Volkskammerwahlen am 18. März 1990, siegte, für viele überraschend (selbst für die Meinungsforscher), die Allianz für Deutschland, zu der sich die gewendete CDU, der Demokratische Aufbruch (DA), hervorgegangen aus systemkritischen Kräften, sowie die mit der CSU sympathisierende Deutsche Soziale Union (DSU) zusammengeschlossen hatten. Sie erreichte in Sachsen 57,7 Prozent, wobei den Löwenanteil mit 43,6 Prozent die CDU erhielt

(DSU: 13,2 Prozent; DA: 0,9 Prozent). Das Ergebnis in Sachsen fiel für die Allianz für Deutschland damit überproportional gut aus. In der Folge trat die CDU gesondert an und heimste einen Wahltriumph nach dem anderen ein: bei den Kommunalwahlen am 6. Mai, bei den Landtagswahlen am 14. Oktober und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember.

Sachsen ist ein konservatives Land, im Gegensatz zum „roten“ Brandenburg. Seit 25 Jahren nimmt die Sächsische Union bei allen sieben Bundestags-, fünf Europa-, sechs Landtags- und sämtlichen Kommunalwahlen den ersten Platz ein. 1994 und 1999 erreichte die Partei nicht zuletzt dank des „Landesvaters“ Kurt Biedenkopf mit 58,1 und 56,9 Prozent einen Stimmenanteil, den sie in der alten Bundesrepublik bei keiner Landtagswahl vorher oder nachher jemals erzielt hatte.⁴ Allerdings stellt sie weder in Chemnitz noch in Dresden noch in Leipzig (mehr) den Oberbürgermeister. Der hiesigen CDU ist es bestens gelungen, ihre „Sachsnähe“ zu kommunizieren.⁵ Bei allen Wahlkämpfen rückt die CDU Sachsen in den Vordergrund. So schneidet sie, nicht überraschend, bei Landtagswahlen stets besser ab als bei Bundestagswahlen.

Jedoch: Bei der letzten Landtagswahl blieb sie mit 39,4 Prozent das erste Mal unter der Marke von 40 Prozent, sie lag damit aber, wie bei allen Wahlen zuvor, klar über dem addierten Anteil der Parteien Die Linke und die SPD. Die linke Konkurrenz erreichte zusammen niemals mehr als ein Drittel der Stimmen, wobei die SPD allerdings dank einer für sie guten Konstellation in Sachsen zweimal als Juniorpartner in die Regierung gelangt war (2004-2009 und seit 2014). Was nicht für sächsische Bodenhaftung spricht und eine verheerende öffentliche Wirkung auslöste: 2004 (9,2 Prozent) und 2009 (5,6 Prozent) zog die rechtsextremistische NPD in den Landtag ein – 2014 blieb ihr das mit 4,9 Prozent versagt.

DAS BEISPIEL SACHSEN: PEGIDA, EINHEIMISCHE UND FLÜCHTLINGE

Sachsen, das wirtschaftlich wohl blühendste von allen neuen Bundesländern, findet in den Medien zurzeit wahrlich kein gutes Echo. Zwei eng zusammenhängende Vorgänge sind dafür

verantwortlich: zum einen die Pegida-Proteste, zum anderen Unruhen um die Aufnahme von Flüchtlingen. Dabei ist manche gesinnungsethische Kritik an Kritikern kritikwürdig: hoffärtig und wohlfeil.

Die im Herbst 2014 begonnenen Proteste der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), so der vollmundige Ausdruck, überraschten alle: die Medien, die Wissenschaft und die Politik. Die Zahl der Teilnehmer bei den Dresdner Demonstrationen nahm zunächst von Woche zu Woche zu, bis auf 25.000 zu Anfang des Jahres 2015. Der Protest zielte gegen die als abgehoben empfundene politische Klasse und griff vorübergehend auf andere Städte über, mehr im Osten Deutschlands als im Westen. Wie erste Untersuchungen zu den Teilnehmern zeigten, waren Männer im mittleren Alter aus der Mittelschicht überrepräsentiert. Angetan von Sachsens Natur und Kultur, von der eigenen Mentalität und dem Zusammengehörigkeitsgefühl, zeigten die Demonstrationen große Skepsis gegenüber Immigration.⁶ Durch primitiv-pauschale Parolen („Lügenpresse“) schwächten sie ihre Anliegen. Der Dresdener Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der in zahlreichen Beiträgen die Motive der Demonstranten verständlich zu machen suchte,⁷ geriet dadurch als Sympathisant der Bewegung in Verdacht. Diese Kultur des Argwohns ist schlimm. Ähnlich erging es Frank Richter, dem Direktor der hiesigen Landeszentrale für politische Bildung.

Hatte dieser zwischen 2011 und 2013 die schwierige Funktion eines Moderators der von der Dresdener Oberbürgermeisterin Helga Orosz ins Leben gerufenen „AG 13. Februar“ wahrgenommen und Kritik wegen seiner Versuche eingesteckt, die radikale linke Szene zu integrieren, trat er in Zusammenhang mit dem Aufkommen von Pegida abermals vermittelnd in Erscheinung, so bei verschiedenen Talkrunden im Fernsehen. Heftige Kritik musste Richter hinnehmen, als er der Pegida-Organisation im Januar 2015 auf deren Bitte hin die Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung für eine Pressekonferenz zur Verfügung stellte. Der Direktor bekräftigte sein Votum, zumal keine nicht-staatliche Institution für eine solche Pressekonferenz bereit stand. Unter seiner Ägide

gab es zahlreiche Dialogforen zwischen Anhängern und Gegnern von Pegida. Deswegen kam mitunter der Vorwurf eines Pegida-„Verstehers“ auf. Wer eine Position zu verstehen sucht, unterstützt diese deswegen aber noch nicht. Das Ziel der auf Gewaltfreiheit basierenden Aktivitäten war es stets, zwischen streitenden Kräften zu vermitteln. Hier gibt es Parallelen zwischen Richters Engagement in der Diktatur und in der Demokratie. Sein Platz „zwischen den Stühlen“ ist selbst für eine moralische Autorität keineswegs bequem. Aber nur so ist ein Brückenschlag möglich.

War die Politik zu Anfang des Jahres 2015 von allenfalls 300.000 Asylbewerbern ausgegangen, später von 450.000, so korrigierte Innenminister Thomas de Maizière im August 2014 die Zahl deutlich nach oben: Auf bis zu 800.000. Mittlerweile gehen wohl alle politisch Verantwortlichen von mehr als einer Million Flüchtlingen aus, auch wenn dies selten laut ausgesprochen wird. Das ist die mit weitem Abstand größte Zahl an Asylsuchenden in einem Jahr. Exakte Angaben dürften ohnehin schwer möglich sein. Dieser Befund kann nicht ohne Folgen für die Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit der Einheimischen bleiben. Auf Sachsen entfallen 2015 etwa 50.000 „Neuankömmlinge“. Wer das Thema instrumentalisiert (wie nationalistische Kräfte auf der einen Seite und Anti-deutsche auf der anderen), leistet dem Recht des Stärkeren Vorschub, nicht der Stärke des Rechts. Es verbietet sich, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben: von den Politikern zu den Medien, von den Medien zu den Einheimischen, von den Einheimischen zu den Flüchtlingen, von den Flüchtlingen zu den Helfern, von den Helfern zu den Politikern.

Oft schießt die Kritik an „den Sachsen“ und an der politischen Kultur im Freistaat weit übers Ziel hinaus.⁸ So plädiert der „Zeit“-Journalist Stefan Schirmer angesichts von „Hass, Extremismus und Abschattung“ in Sachsen „im Ernst“ für einen „Säxit“⁹, aber ernst gemeint ist der zynische Vorschlag glücklicherweise nicht. Auch der Buchautor Michael Kraske attackiert in der Online-Ausgabe der angesehenen Zeitschrift Cicero die sächsischen Verhältnisse schrill.¹⁰ Die „unerträglichen Zustände“ in der Dresdener Zeltstadt stellten einen „Kulturbruch“ dar:

„einen beschämenden Verstoß gegen die zivilisatorischen Werte einer reichen Demokratie und die Missachtung unseres Grundgesetzes“. Das Zeltlager sei „eine Zäsur der Schande“. Mehr oder weniger rhetorische Fragen folgen. „Warum werden Menschen in Zelten zusammengepfercht, wenn in Dresden Tausende Wohnungen leer stehen? Warum werden freiwillige Helfer zum Schweigen verbannt?“ Der Autor geißelt den „trotzigen Sonderweg“ Sachsens. „Der Stolz auf die sächsische Heimat und das Ideal einer homogenen Bevölkerung bilden den ideologischen Nährboden, auf dem aggressiver Hass auf alles, was fremd erscheint, gedeiht. Nein, es ist kein Zufall, dass Freital in Sachsen liegt. Wo eine rassistische, fremdenfeindliche Menschenmenge über Wochen die dortige Asylunterkunft belagert hat. [...] Die Überhöhung des Eigenen und die Ablehnung des Fremden werden in Sachsen kultiviert wie sonst nur in Bayern. Sächsische Gemütlichkeit fühlt sich für Zugezogene bisweilen sehr ungemütlich an. Wie überall im Osten gibt es auch in Sachsen eine konsensfähige, in etlichen Studien belegte Fremdenfeindlichkeit. Wer das kritisiert, gilt schnell als Nestbeschmutzer oder Linksextremist.“ Kultiviert der Autor damit nicht einen Ost-West-Gegensatz, der so gar nicht besteht – und Resentiments gegen „den Osten“? Wiewohl hier Fremdenfeindlichkeit weiter verbreitet ist, sei es sozialisationsbedingt (hervorgerufen durch die Enge der DDR), sei es situationsbedingt (hervorgerufen durch geringeren Wohlstand), so gibt es „im Osten“ keine „konsensfähige Fremdenfeindlichkeit“.

Deutschland ist mittlerweile eine Art „Flüchtlingsrepublik“ – sie tut mit ihren offiziellen Stellen und den ehrenamtlichen Helfern viel. Gemeinsam mit Schweden trägt Deutschland die Hauptlast. Dieses Thema spaltet die Bevölkerung, und es muss genügend Leute geben, die für die jeweils andere Seite Verständnis aufbringen. Das Schüren von Feindbildern jeder Art verbietet sich: gegen „die Flüchtlinge“, gegen „die Einheimischen“, gegen „die Sachsen“, gegen „die Politiker“, gegen „die Medien“. Verallgemeinerungen sind ohnehin unangebracht. Bessergestellte wissen oft nichts von den existenziellen Problemen des „kleinen Mannes“. Politiker müssen überzeugen, Führungsbereit-

schaft an den Tag legen und dürfen nicht bloß in dem Milieu verkehren, in dem sie sich auf der „sicheren Seite“ wähnen. So funktioniert Demokratie nicht.

Wem eine Chance auf Asylanerkennung verwehrt ist, hat in den (zu wenigen) Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbleiben. Schnelle Entscheidungen sind im Interesse aller geboten, ebenso bessere Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die vor Ort anderswo gefasste Beschlüsse ausbaden. Wer nicht die Aufnahmekriterien erfüllt, muss das Land unverzüglich verlassen. So ist Akzeptanz bei weiten Teilen der Bevölkerung erreichbar, und so ist den oft traumatisierten Flüchtlingen, geflohen vor Krieg und politischer Verfolgung, angemessen zu helfen. Damit Anreize zum Aufenthalt in Deutschland abnehmen, sollten Sachleistungen Geldleistungen teilweise ablösen, ohne dass das menschenwürdige Existenzminimum unterschritten wird. Eine geregelte Zuwanderung ist weitaus besser als eine unregelte. Vieles liegt im Argen: Immerhin hat die Große Koalition im Oktober 2015 ein „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ verabschiedet, das u. a. schnellere Abschiebungen vorsieht (auch ohne Nennung des Termins), bessere Integration der in Deutschland bleibenden Flüchtlinge (u. a. Beschäftigung als Leiharbeiter nach drei Monaten) und eine Erweiterung der Zahl der sicheren Herkunftsländer (um Albanien, Kosovo und Montenegro).

Die Zahl der Flüchtlinge muss begrenzt werden. Es hat lange gedauert, bis sich die Regierungsparteien Anfang November 2015 zu einem Maßnahmenpaket entschlossen, zu einem Kompromiss (nicht „Transitzone“ wie von der Union gewünscht, nicht „Einreisezentrum“, wie von der SPD gewünscht): Spezielle Aufnahmeeinrichtungen – drei bis fünf – werden für Personen ohne Bleibeperspektive geschaffen. Nach dem beschleunigten Asylverfahren erfolgt die Abschiebung rechtskräftig Abgelehnter direkt aus der Aufnahmeeinrichtung. Für diese Flüchtlinge besteht eine Residenzpflicht. Wer dagegen verstößt, erhält keine Sozialleistung. Sind diese Maßnahmen ausreichend?

Wenn manche Sachsen sagen, sie wollten nicht die Verhältnisse Westdeutschlands, so klingt das einerseits merkwürdig, im Sinne von

seltsam (vor 1990 strebten sie als Erste solche Verhältnisse an), andererseits aber *merk-würdig*, im Sinne von bemerkenswert, weil es in der Tat Missstände zumal in den alten Bundesländern gibt. Wir haben ein krasses Vollzugsdefizit. Wer nicht asylberechtigt ist, hat hier kein Bleiberecht. Aus der Theorie muss Praxis werden. Ansonsten sinkt die Bereitschaft, sich derer anzunehmen, die aus Kriegsgebieten kommen und / oder politische Verfolgung erfahren haben. Die Bilder der vielen Flüchtlinge bewegen die Bevölkerung, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist kein „Elitenprojekt“ wie das vereinigte Europa, das bei diesem Problem leider nicht zusammenhält. Schleusern ist so nicht das Handwerk zu legen. Solidarität, heißt es, sei keine Einbahnstraße. Wie wahr!

Dass bei dieser Thematik, die – wie erwähnt – offenkundig eine größere Herausforderung darstellt als die Integration von Ost und West, Konflikte zutage treten und heftiger Streit ausbricht (zwischen den Ländern und den Kommunen, zwischen der Regierung und der Opposition, zwischen den Regierungsparteien, ja selbst zwischen Politikern der CDU und der CSU), liegt auf der Hand und ist von einer demokratischen Streitkultur verkräftbar. Allerdings: Extremistische Exzesse sind nicht hinnehmbar. Nichts, rein gar nichts rechtfertigt Brandreden. Böse Worte provozieren schlimme Taten. Und die hat es in Sachsen gegeben (hier Freital, da Heidenau). Freilich ist die Öffentlichkeit auf Gewalttaten von rechtsextremer Seite fixiert. Von wem aber geht Gewalt – zum Beispiel gegen Polizisten – bei Demonstrationen aus? In den Debatten sind jedoch linksextremistische Ausschreitungen „weniger präsent, weniger empörungsg geeignet“.¹¹

DEUTSCHE EINHEIT: EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Lösen wir uns von Sachsen: Ist die deutsche Einheit eine Erfolgsgeschichte? Diese Frage bewegte lange die Gemüter. Haben wir in den neuen Ländern „blühende Landschaften“, wie einst von Helmut Kohl prophezeit? Sind die Deutschen zwar staatsrechtlich vereinigt, aber gesellschaftspolitisch geteilt? Was ist in den letzten 25 Jahren anders geworden, im Osten,

im Westen? Worauf geht der Wandel hier wie da zurück?

Im Herbst 1989 brach die SED-Diktatur durch das indirekte Zusammenspiel von Flucht- und Demonstrationenbewegung wie ein Kartenhaus zusammen.¹² Der „große Bruder“, das „Vaterland aller Vaterländer“, war unter Michail Gorbatschow im Gegensatz zu früher keineswegs mehr zur militärischen Intervention bereit. Nach dem Fall der Mauer hieß es auf den Straßen bald nicht mehr „Wir sind das Volk“, sondern wir sind ein Volk“ – die Freiheitsrevolution ging binnen kurzem in eine Einheitsrevolution über.¹³ Am 3. Oktober 1990, kein Jahr nach dem von den Granden gefeierten 40. Jahrestag des „Arbeiter- und Bauernstaates“, gab es die DDR nicht mehr.

Die SED-Diktatur war nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich am Ende. Der marode Zustand wirkte nach. Deutlich mehr Ostdeutsche sind in den Westen gegangen als umgekehrt. Heute wohnen auf dem Gebiet der DDR zwei Millionen Menschen weniger als vor 25 Jahren. Mittlerweile ist der Abwanderungsprozess fast gestoppt, wobei die Überalterung dem Osten zu schaffen macht. Es war eine beträchtliche, nicht immer hinreichend gewürdigte Lebensleistung Ostdeutscher, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im Oktober 2015 (gesamt: 6,0 Prozent) in den neuen Bundesländern mit 8,6 Prozent weiterhin deutlich höher als in den alten (5,5 Prozent), aber sie ist damit gegenüber der Zeit vor einem Jahrzehnt mehr als halbiert worden (gesamt: 13,0 Prozent; Ost: 20,6 Prozent; West: 11,0 Prozent). In Bayern fällt sie mit 3,3 Prozent am niedrigsten aus, in Bremen mit 10,7 Prozent am höchsten.¹⁴ Die Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern hat sich verdoppelt, liegt allerdings erst bei zwei Dritteln der des Westens. Besser sieht es bei den Einkommen aus, die sich bis auf eine Differenz von etwa 10 Prozent angeglichen haben. Hingegen sind die Ostdeutschen mit Blick auf Erbschaften klar im Hintertreffen. Doch lähmt Selbstzufriedenheit.

Es ist an der Zeit, den im Westen wie im Osten entrichteten Solidaritätsbeitrag nach dem Auslaufen der „Ostförderung“ 2019 zu streichen, mindestens stark zu reduzieren. Die Infra-

struktur hat sich in den neuen Bundesländern massiv verbessert. Wer auf den meist dreispurigen Autobahnen fährt, weiß dies. Um auf Walter Ulbricht anzuspüren. Der Westen wurde nicht eingeholt, aber im Osten kann man schon eher überholen.

Mit der besseren Lebensqualität in den neuen Ländern hängt die gestiegene Lebenserwartung zusammen. So erhöhte sie sich im Osten bei den Männern in den letzten 20 Jahren um durchschnittlich 6,1 Jahre (West: 4,6 Jahre), bei den Frauen um 4,4 Jahre (West: 2,9 Jahre). Die Lebenserwartung in den neuen Bundesländern ist mittlerweile fast so hoch wie in den alten. Hingegen starben die Menschen in der DDR im Schnitt knapp drei Jahre früher als im Westen. Was wenig bekannt ist: War die Selbstmordrate in der DDR fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik, besteht mittlerweile kaum mehr ein Unterschied.

Die Zahl der „Ossi“- und „Wessi“-Witze hat längst nachgelassen, das böse Wort von „Dunkeldeutschland“ gehört im Westen – hoffentlich – der Vergangenheit an (leider hat unser Bundespräsident den ressentimentgeladenen Begriff im Zusammenhang mit Ausschreitungen auf Asylbewerberheime gebraucht, wiewohl nicht spezifisch auf den Osten gemünzt), im Osten – hoffentlich – das Klischee vom „arroganten Wessi“. Im hiesigen Staat gibt es, anders als etwa in Belgien, Großbritannien oder Spanien, keinerlei secessionistische Anflüge. Selbst der schärfste Kritiker der deutschen Einheit strebt keine Abspaltung des Ostens vom Westen an oder des Westens vom Osten. Selten erwähnt jemand – positiv oder negativ – den folgenden Sachverhalt: Das oberste und das mächtigste Staatsamt bekleiden mit Joachim Gauck und Angela Merkel Politiker aus den neuen Ländern. Es fällt kaum auf, ruft keine Emotionen pro oder kontra hervor. Dies ist ebenso ein schönes Zeichen der Normalität wie die Zunahme des Patriotismus in Deutschland, nicht zuletzt dank der Einheit. Das weniger verkrampfte Verhältnis zu nationalen Symbolen ist deren Folge.

Ob die Entscheidung für den 3. Oktober als Nationalfeiertag richtig war oder nicht (für mich: falsch, weil so die öffentliche Erinnerung an den 17. Juni 1953 verblasst, als Ostdeutsche

gegen die SED-Diktatur auf die Straße gegangen sind): Jede Änderung trüge jetzt zur Delegitimation des Staatswesens bei. Die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt und Sitz der Regierung wie des Parlaments war richtig: Mit dem beschaulichen Bonn hätte sich Deutschland kleiner gemacht, als es ist.

Gewiss, die Menschen in den neuen Bundesländern schätzen Gleichheit höher ein als die im Westen (Bundespräsident Gauck hält dagegen), wobei im Westen die Zahl der „Freiheitsfreunde“ zurückgegangen ist. Noch in einem anderen wesentlichen Punkt gibt es Differenzen. Die ostdeutsche „Konsenskultur“ färbt auf den Westen ab, der sich bequem im Besitzstandsdenken eingerichtet hat. Häufig ist von „alternativen“ Entscheidungen die Rede, weniger von einer offenen Streitkultur, die die Gesellschaft voranbringt. Wer mit mutigen Anstößen aufwartet, gilt zuweilen als anstoßerregend. Wir brauchen mehr Konkurrenz, um Stillstand zu vermeiden.

Der beträchtliche Wandel auf den unterschiedlichsten Feldern in den letzten 25 Jahren geht bloß zum Teil auf die deutsche Einheit zurück, wesentlich auf die Globalisierung mit der digitalen Revolution. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine „Berliner Republik“ geworden, blieb die verfassungspolitische und wirtschaftliche Struktur doch erhalten. Der Wandel zumal in der Außenpolitik ist allerdings mit Händen zu greifen. Zwar besteht die Westbindung nach wie vor, aber Deutschland trägt mehr – akzeptierte – Verantwortung, selbst militärische. Die Zeit der „Scheckbuchdiplomatie“ ist vorbei.

Der politische Extremismus von rechts und links ist durch die Wiedervereinigung stärker geworden, nicht das gestiegene Ausmaß des Islamismus. Wohl niemand hätte der aus der SED hervorgegangenen PDS 1990 eine verheißungsvolle Zukunft prophezeit. Heute ist sie in Thüringen der Seniorpartner und in Brandenburg der Juniorpartner innerhalb der Regierung. Für den Verlust des antiextremistischen Konsensus ist nicht in erster Linie „der“ Osten verantwortlich. „Die“ 68er, die einerseits die Gesellschaft gewandelt haben und die andererseits die Gesellschaft gewandelt hat, nehmen in Medien eine tonangebende Rolle ein. Sie wollen

von Äquidistanz gegenüber rechts- und links außen wenig wissen. Im Osten stößt ihr Hedonismus weniger auf Gegenliebe.

Der Wandel beim Parteiensystem und beim Wahlverhalten ist zum Teil eine Reaktion auf die deutsche Einheit. Bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2013 hätte es eine schwarzgelbe Mehrheit im Westen gegeben, dasselbe Votum vorausgesetzt. Ost ist allerdings nicht gleich Ost. Brandenburg stellt im Gegensatz zu Sachsen ein „rotes“ Bundesland dar. Hier pendelt der Stimmenanteil für die CDU bei Landtagswahlen um die 20 Prozent. Wenn die SPD seit 1990 knapp 500.000 Mitglieder verloren hat (und die CDU im gleichen Zeitraum über 300.000), so ist der Osten damit kein Vorreiter für den Westen. Zwar fällt die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien im Osten um über die Hälfte niedriger aus als im Westen, aber die schrumpfende Zahl der „Parteibürger“ – eine Reaktion auf gesamtgesellschaftliche Prozesse – steht in keinem Zusammenhang mit der deutschen Einheit. In Sachsen hatte die CDU Ende des Jahres 2014 noch 11.892 Mitglieder, die Partei Die Linke 9.205, die SPD 4.416, die FDP 2.112, Bündnis 90 / Grüne 1.374.¹⁵ Die Verankerung der Parteien ist damit schwach entfaltet, ebenso die „Zivilgesellschaft“.

„Das“ Ausland, das vielfach bewundernd nach Deutschland blickt, kann nicht recht den hiesigen Missmut begreifen, der dann und wann auflebt. Betont wird bei uns weniger das Erreichte als das noch Nicht-Erreichte. Und: Wir denken nach wie vor in Ost-West-Kategorien. Die politische Kultur Deutschlands ist längst nicht mehr in den Osten und in den Westen geschieden. Wie subnationale Analysen zeigen, verlaufen regionale Unterschiede nicht nach Ost und West¹⁶, so aber das Klischee. Die Vereinigung zweier völlig unterschiedlicher Gesellschaftssysteme von heute auf morgen war ein präzedenzloser Vorgang. Vor diesem Hintergrund muss das Urteil ungeachtet einiger Defizite im politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich lauten: Die Geschichte der Einheit ist eine deutsche Erfolgsgeschichte!

FAZIT

So positiv fiel auch die Bilanz anlässlich des Jahrestages der deutschen Einheit am 3. Oktober aus. Der „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2015“, den Iris Glicke, Ostbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, im September 2015 vorgestellt hat, erwähnt die großen Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse. Dies ist auch notwendig, da im Jahr 2019 der Solidarpakt ausläuft. Ost wird nicht gegen West und West nicht gegen Ost ausgespielt. „Die Herstellung der Einheit war ein großes Gemeinschaftswerk der Deutschen in Ost und West. Sie setzte nicht zuletzt die Bereitschaft zu tiefgreifenden Veränderungen mit hohen Anpassungslasten im Osten wie auch eine umfassende Begleitung und Unterstützung der Veränderungen aus dem Westen heraus.“¹⁷ Im Bundestag wurde dieser Bericht zum Stand der deutschen Einheit wie üblich erörtert.¹⁸

Beim Festakt zum „Tag der Deutschen Einheit“, der diesmal in Frankfurt stattfand, jeweils im Landes des amtierenden Bundesratspräsidenten, zog Bundespräsident Joachim Gauck zwar ebenso eine positive Bilanz („Deutschland hat in Freiheit zur Einheit gefunden – politisch, gesellschaftlich, langsamer auch wirtschaftlich und mit verständlicher Verzögerung auch mental“¹⁹), aber er ließ sich nicht den Verweis auf die aktuelle Flüchtlingskrise nehmen: „Wie 1990 erwartet uns alle eine Herausforderung, die Generationen beschäftigen wird. Doch anders als damals soll nun zusammenwachsen, was bisher nicht zusammengehörte.“²⁰ Er schlug damit eine Brücke von 1989 zu 2015.

Richard Schröder, der Fraktionsvorsitzende der SPD in der ersten und letzten demokratisch gewählten Volkskammer und in den 1990er-Jahren parteiübergreifend auch für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch, ein unabhängiger Kopf, setzt sich in einem großen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit zwei Standardfragen kritisch auseinander. Erstens: Wann ist die deutsche Einheit vollendet? Für ihn ist der Begriff „vollendet“ wenig sinnvoll, weil er Einheitlichkeit unterstellt. „Wenn überhaupt, kann man von einer vollendeten

Freundschaft oder Ehe doch nur sprechen, wenn sie in ungetrübter Zuneigung – verstorben sind.“²¹ Zweitens: Was ist falsch gelaufen? „Normalerweise fragen wir so im Angesicht eines Desasters, wenn etwa Häuslebauer sich mit schweren Baumängeln konfrontiert sehen.“²² Schröder hält die deutsche Einheit für geglückt und wundert sich daher über die Frage: zu Recht. Der Publizist mit Urteilskraft wendet sich gegen verbreitete Positionen, denen aber kaum Plausibilität zukommt.

Wir erwähnen zu wenig, dass so Vieles gelungen ist, und sprechen zu viel davon, dass so Weniges misslungen ist. Das gilt zumal für den Prozess der deutschen Einheit! Die Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik Deutschland löste keine größeren Konflikte aus. Charakteristisch für die Feierlichkeiten zum Jahrestag der deutschen Einheit war 2015 die partielle Überlagerung durch die Flüchtlingsthematik. Dieses Thema ist weitaus konfliktgeladener.

|| PROF. DR. ECKHARD JESSE

Prof. em. für Politische Systeme und Politische Institutionen an der Technischen Universität Chemnitz

ANMERKUNGEN

- ¹ Der Text ist eine teils gekürzte, teils aktualisierte Fassung des folgenden Beitrages: 25 Jahre Deutsche Einheit. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, in: MUT 10/2015, S. 63-83.
- ² Vgl. zuletzt Wettig, Gerhard: Die Stalin-Note. Historische Kontroverse im Spiegel der Quellen, Berlin 2015.
- ³ Vgl. Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009; Ders.: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004.
- ⁴ In Bayern erhielt die CSU bei einigen Landtagswahlen noch bessere Ergebnisse: 1946 mit 58,3 Prozent; 1974: 62,1 Prozent; 1978: 59,1 Prozent; 1982: 58,3 Prozent; 2003: 60,7 Prozent.
- ⁵ Vgl. Brümmer, Ulrich: Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990-2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006; Schubert, Thomas: Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990-2004, Wiesbaden 2012; Jesse, Eckhard / Schubert, Thomas / Thieme, Tom: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014.
- ⁶ Vgl. Geiges, Lars / Marg, Stine / Franz Walter: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.
- ⁷ Vgl. Patzelt, Werner: „Repräsentationslücken“ im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 1/2015, S. 99-126.
- ⁸ Vgl. Jesse, Eckhard: Regionale politische Kultur in Sachsen. Befunde eines sächsischen Weges, in: Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, hrsg. von Nikolaus Werz und Martin Koschkar, Wiesbaden 2015, S. 189-209.
- ⁹ Schirmer, Stefan: Dann geht doch!, in: Die Zeit, 20.8.2015, S. 1.
- ¹⁰ Die nachstehenden Zitate sind folgendem Text entnommen: Kraske, Michael: Eine demokratische Katastrophe, <http://www.cicero.de>, Stand: 13.8.2015.
- ¹¹ Kissler, Alexander: Deutschlands heißer Herbst, <http://www.cicero.de>, Stand: 5.11.2015.
- ¹² Vgl. herausragend Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
- ¹³ Vgl. herausragend Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
- ¹⁴ Vgl. für die Zahlen: <http://www.statistik.arbeitsagentur.de>, Stand; 5.11.2015.
- ¹⁵ Vgl. für die Zahlen Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2015, S. 376, S. 378.
- ¹⁶ Vgl. Mannewitz, Tom: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015.
- ¹⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015, Berlin 2015, S. 19.
- ¹⁸ Seit 1997 berichtet die Bundesregierung Jahr für Jahr dem Bundestag über den Stand der Deutschen Einheit.
- ¹⁹ Gauck, Joachim: Festakt zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit, <http://www.bundespraesident.de>, Stand 3.10.2015.
- ²⁰ Ebd.
- ²¹ Schröder, Richard: Deutschland, einig Vaterland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2015, S. 8.
- ²² Ebd.

WIE VIEL „PUTINISMUS“ IST IN DER LINKEN?

Ursachen und Hintergründe

RUDOLF VAN HÜLLEN || Das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands auf der Krim und in der Ostukraine hat in Deutschland eine Vielzahl von so genannten „Putin-Verstehern“ auf den Plan gerufen. Im Deutschen Bundestag nimmt diese Rolle am deutlichsten die seit 1989 vier Mal umbenannte SED ein. Hätte sie nicht nach „linken“ Normen eher die Aufgabe, an der Spitze der Putin-Kritiker zu stehen? Ihr „Putinismus“ kennt komplexe Begründungsmuster und erzählt auch die Geschichte einer mindestens teilweise gescheiterten Demokatisierung.

Der Schlagabtausch im Bundestag war grob und erinnerte in seiner Diktion an vergessene Zeiten grundsätzlicher Auseinandersetzungen. Der CDU-Abgeordnete Arnold Vaatz, einst in der DDR-Bürgerrechtsbewegung Mitglied des „Neuen Forums“, stellte in der Debatte vom 26. März 2015 eine Zwischenfrage an den Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Hamburg, außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Thema des Hohen Hauses war die politische Entwicklung in der Ukraine:

„Herr Kollege Gehrcke, ich möchte Sie fragen, wie Sie es wagen können, von Demokratie zu reden, wenn Ihnen der Wille der Mehrheit der Menschen im Baltikum, der Mehrheit der Menschen in der Ukraine, der Mehrheit der Menschen in Moldawien und der Mehrheit der Menschen in Georgien ganz offensichtlich völlig gleichgültig ist. Ihnen geht es in Ihrer Rede nur um eines: Bahn frei für Russland!

Ich schließe daraus, dass Sie in diesem Parlament überhaupt nicht die linke Fraktion sind, als die Sie sich betiteln. Sie sind nichts anderes als der politische Arm des russischen Expansionsismus.

Sie sind auch keine Linken mehr. Seitdem die russische Regierung ihr linkes Mäntelchen abgestreift hat und nach knallrechten expansionistischen Kriterien operiert, blasen Sie genau

in deren Horn. Sie haben jede Glaubwürdigkeit in diesem Land verspielt. Sie waren immer auf der Seite der russischen Aggressionen: Sie waren auf der Seite der russischen Aggressionen, als es 1968 um die Tschechoslowakei gegangen ist, und Sie sind auf der Seite der russischen Aggressionen, wenn es heute um die Ukraine geht.“

Gehrcke bleibt eine Entgegnung nicht schuldig: „So ein glänzendes Beispiel von Antikommunismus, von Verkennen der Realität in Europa, wie Sie es hier vorgeführt haben, hätte ich mir gar nicht ausdenken können. Herzlichen Dank, Herr Vaatz! Ich bin Ihnen dankbar für diese Intervention.“

Ein interessantes Streiflicht: Vaatz führt die Position der Linken zu Russland darauf zurück, dass die Partei – wie im Kalten Krieg – als Interventionsapparat Russlands agiere. Zudem weist er korrekt auf den Widerspruch zu (angeblichen) Werten der politischen Linken hin. Und Gehrcke antwortet, wie er es in den 1980er-Jahren getan hätte: Kritik an Kommunisten sei überholter Antikommunismus, und man möge doch die Realitäten in Europa in Rechnung stellen, die eben gestern wie heute im sowjetischen bzw. russischen Gewaltpotenzial beständen. Der interessante Vorgang macht zwei Vorbemerkungen notwendig:

- Die Linke bildet derzeit die größte Oppositionspartei im Bundestag. Sie steht zwar in direkter Rechtsnachfolge der SED, hat sich aber seit der deutschen Einheit gravierend verändert. Eine marxistisch-leninistische Partei ist sie ohne jeden Zweifel nicht mehr. Wie immer man ihre Haltung zur inneren Ordnung der Bundesrepublik bewerten mag, sie teilt keineswegs den weitgehenden Konsens in außenpolitischen Fragen, der seit Jahrzehnten kennzeichnend für den deutschen Parlamentarismus gewesen ist.
- Für „Putinismus“ als Bezeichnung für das derzeitige Regime in Russland gibt es keinen festgelegten Begriffsinhalt.¹ In der Literatur finden sich unterschiedlich abwertende Bezeichnungen: „gelenkte Demokratie“², „bürokratischer Autoritarismus“³, „Demokratie“⁴, „Neopatrimonialismus“⁵ und „Sowjetunion 2.0“⁶.

„Putinismus“ steht eher für eine KGB / FSB-Oligarchie, deren wichtigste Figur allerdings der Präsident darstellt. Vereinfacht gesagt: „Putinismus“ ist vor allem ein ur-russisches Phänomen, das nicht nur auf einer kulturellen Prägung durch 70 Jahre Sowjetunion beruht, sondern – wie diese – Bezüge zur Jahrhunderte alten zaristischen Autokratie aufweist. Es hat definitiv nichts mehr mit westlicher Demokratie zu tun. Deren sämtliche Werte werden als falsch abgelehnt: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, auch Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsstaat.

Dennoch ist Russland weder eine marxistisch-leninistische noch eine stalinistische Diktatur: Der ideologisch-philosophische Überbau und die völlig schrankenlose unbeschränkte Willkür der Herrschaftsausübung fehlten bisher.⁷ Eher hat man es mit einer Wiederauflage dessen zu tun, was Ernst Fraenkel anhand seiner Untersuchung der ersten Jahre der NS-Diktatur den „Doppelstaat“ nannte: Ein rechtsförmiges, formales Verfassungssystem besteht neben einem willkürlichen Maßnahmestaat.⁸ Das positive Recht gilt, aber nur so lange, als es der herrschenden Oligarchie nicht im Weg ist. Für ein solches System ist der konservierte „homo sovieticus“ der ideale und offenbar in Russland real existierende Normbürger. Seit den Protes-

ten gegen Wladimir Putins anfechtbare Wiederwahl hat das Regime die Repression gegen den wahrnehmbaren Rest einer Opposition kräftig verschärft.

Die Ukraine ging einen anderen Weg. Sie hat mit dem durchaus revolutionären Sturz des immerhin ordentlich gewählten Präsidenten Victor Janukowitsch gezeigt, dass sie eine westliche, an die EU angelehnte Entwicklung will. Und dies bedeutet eine existenzielle Bedrohung des „Systems Putin“ in Russland. In der dortigen Bevölkerung gibt es immerhin rund 20 % weltläufige, westlich und kapitalistisch orientierte Eliten.

Durchforstet man die wissenschaftliche Literatur, so findet man für das heutige russische Regime die folgenden Charakteristika: Es existiert keine geschlossene ideologische Konzeption, sondern nach den Maßstäben der „realistischen Schule“ eine pragmatisch orientierte Außenpolitik. Sie denkt in geopolitischen und militärischen Kategorien, die der Westen für veraltet hielt. Ihr Ziel scheint die Wiederherstellung der russischen Großmachtrolle („Novorossija“) zu sein; dies schließt die Re-Annexion der Ukraine mit ein. Nach innen bedient sie sich eines Bündnisses mit der orthodoxen Kirche und wahlweise mythischer Vorstellungen der „russischen Seele“ und des „besonderen russischen Weges“ in Konfrontation mit „dem Westen“.⁹

Die einzelnen, eher situativen Elemente dieses KGB-Realismus lesen sich aber aus der Sicht eines gesinnungsfesten westlichen Linksextremisten so: In Russland gibt es einen Führerkult mit an Stalin erinnernden Dimensionen einschließlich ausgeprägtem Männlichkeitskult (in linker Diktion: „Sexismus“). Die Staatsspitze setzt sich aus einer Oligarchie zusammen, die vorwiegend den Geheimdiensten („Repressionsapparat“) entstammt. Es ist unübersehbar, dass sie sich hemmungslos materiell bereichert („Staatskapitalismus“). Meinungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit sind für oppositionelle Kräfte suspendiert, die Medienlandschaft ist ebenso gleichgeschaltet wie die Justiz. Militärische Macht wird hoch geschätzt, demonstriert und gegebenenfalls auch eingesetzt („Militarismus“). Xenophobie, Homophobie und Antisemitismus werden in Russland nicht nur geduldet. Da das Regime zudem auf marxistische

Analysen und Utopien gänzlich verzichtet und stattdessen Symbiosen mit nationalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen eingeht,¹⁰ läge ein von links geäußertes „Faschismus“-Verdikt durchaus nahe. Das ist demnach ein Paket, vor dem es jedem authentischen Linken grausen muss. Aber eben nur einem authentischen Linken, für den die Vision einer egalitären Gesellschaft im „Kommunismus“ oder die anarchistische Utopie völliger Herrschaftsfreiheit das ethisch-moralische Leitbild bleibt. Im gültigen Programm Der Linken ist diese Vision umschrieben mit einem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Diese Vision setzt die Abschaffung von Kriegen, den Stopp der Zerstörungen unserer Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso voraus wie die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Diskriminierung, von Hunger, Armut und Unterentwicklung.“¹¹

Das sind hehre Worte, aber die gewöhnliche, „instrumentelle“ Linke in der Tradition der früheren sowjetmarxistischen Parteien und Gruppen beherrschte schon vor 1989 die dialektische Bewältigung des Problems, formal zu solchen aufklärerisch klingenden Idealen zu stehen und zugleich die Realität kommunistischer Versuche über intellektuell begründete „double standards“ wegzudefinieren. Und zusätzlich gibt es natürlich die auch ideologisch völlig degenerierte, zynische Linke, jene „gauche de caviar“, der es nur noch darum geht, auf dem populistischen Titel sozialer Egalität eigene Macht und eigenen Reichtum zu maximieren. Lassen wir die Frage, um welche Linke es sich bei Der Linken handelt, vorläufig offen.

DIE BUNDESTAGSFRAKTION DER LINKEN UND DER UKRAINE-KONFLIKT

„Putinismus“ – gedacht als Zustimmung zum real existierenden Herrschaftssystem in Russland auf der Grundlage innerer Überzeugung – müsste nämlich bedeuten: Die Linke als Partei träte entweder offen oder mehr oder weniger verschämt heimlich für die geschilderten

Elemente des Putin-Regimes ein. Dafür gibt es indessen keinen direkten Beleg. Richtig ist allenfalls, dass sie die russische Außenpolitik rechtfertigt und sich zu ihrem Fürsprecher macht. Sie übernimmt auch deren agitatorische Narrative. Aber sie lobpreist nicht die inneren Verhältnisse in Russland.

Begeben wir uns ein wenig in die inneren Verhältnisse dieser Partei. Sie ist zwar keine marxistisch-leninistische Kaderpartei mehr. Dennoch zeichnet sie sich unter anderem durch einen linksextremen Binnenpluralismus aus, in dem orthodox-kommunistische, reformkommunistische, linkssozialistische, stalinistische, trotzkistische und gewaltorientiert-autonome Ansätze gedeihlich miteinander koexistieren.¹²

Zusätzlich gibt es vor allem in den ostdeutschen Parteigliederungen demokratisch-linke Strömungen. In der Bundestagsfraktion und der Parteispitze und besonders in den westdeutschen Parteigliederungen spielen sie aber nicht die Rolle, die man sich für eine Linke als demokratischen Akteur wünschen würde. Da die außenpolitische Orientierung einer Partei nun mal nicht an der Basis, sondern an der Spitze gebildet wird, muss man für die Klärung der Frage, wie viel „Putinismus“ es in Der Linken gibt, die Positionen der Bundestagsfraktion und ihrer dort fachlich zuständigen Akteure darstellen. Denn es sind diese Funktionäre, die dem beschriebenen Dissens zur bundesdeutschen Außenpolitik Ausdruck verleihen.

Die außenpolitisch engagierten und in der Ukraine-Frage als Kristallisationspunkt aktiven Abgeordneten sind über ihre Kleinen Anfragen an die Bundesregierung relativ leicht identifizierbar. Es ist durchaus hilfreich, diese Personen nach ihrer ideologischen Herkunft zu sortieren.

Zu einer ersten Gruppe gehören die bekennenden Parteigänger der früheren Sowjetunion. Sie sammelten sich üblicherweise in der SED und in der DKP.¹³ MdB Wolfgang Gehrcke, Jg. 1943, ist außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Bevor er in den frühen 1980er-Jahren DKP-Bezirksvorsitzender in Hamburg wurde, absolvierte er einen Zweijahreslehrgang an der Internationalen Leninschule in Moskau.¹⁴ Ein solcher Lehrgang galt nicht nur in der DKP als Adelsprädikat. Er hinterließ auch

bei den Kursteilnehmern in der Regel eine starke Identifikation mit der Sowjetunion: Die Russen vermochten nämlich ihre Eleven wesentlich stärker emotional einzubinden als die SED mit den Jahreslehrgängen an der Parteischule „Franz Mehring“.

Zu erwähnen ist weiterhin MdB Andrej Hunko aus Aachen, Jg. 1963, Mitglied im EU-Ausschuss des Bundestages. Hunko hat ukrainische Wurzeln, sein Großvater kämpfte in der Ukrainischen Nationalarmee gegen Stalin, der Vater war Sozialdemokrat und Antikommunist.¹⁵ Die Familienbeziehungen dürften demnach politisch schwierig gewesen sein, zumal Hunkos Position derjenigen seines Genossen Gehrcke nicht fern liegt. Schon 2014 konnte er acht Ukraine-Reisen vorweisen. Und diese dienten nicht etwa einer Unterstützung der Maidan-Bewegung.

Was die „sowjetische Fraktion“ so treibt, hat es nämlich in sich: Im Februar 2015 reisten Gehrcke und Hunko in den Donbas, hinterließen 130.000 Euro Spendengelder, angeblich für Krankenhäuser, ließen sich vom dortigen Warlord ein wenig durch die Stadt fahren und anschließend ein Foto von der „freundschaftlichen Begegnung“ veröffentlichen.¹⁶ Das könnte man natürlich auch nach § 129 b StGB als „Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ bewerten. Indessen rührte sich in dieser Sache weder der Generalbundesanwalt noch die Partei der Ostukraine-Urlauber.

Ausdrücklich nicht zur DKP, aber wohl nach hiesiger Bewertung in den Club der orthodoxen Marxisten-Leninisten zu sortieren ist die smarte Abgeordnete Sevim Dagdelen aus Duisburg, Jg. 1966. Nur ihre Vergangenheit in der DIDF¹⁷ würde auf ihre orthodox-kommunistische Ausrichtung hinweisen, wären da nicht ihre zahllosen beinah auf der Basis eines Leninschen Antiimperialismus gehaltenen Reden.

Und schließlich müsste man hier noch eine Trotzkin nennen: Christine Buchholz aus Hamburg, Jg. 1971, Mitglied im Verteidigungsausschuss, verteidigungs- und religionspolitische Sprecherin der Fraktion, war einst deutscher Spitzenkader des trotzkistischen Dachverbandes International Socialist Tendency (IST, London). Dieser hatte schon 2003 die Weisung zum

Schulterschluss mit Islamisten als vermeintliche Widerstandskämpfer gegen den „Imperialismus“ ausgegeben. Und so galt Buchholz' solidarische Zuwendung auch in erster Linie den afghanischen Taliban. Russland ist eher nicht Gegenstand ihrer „antiimperialistischen“ Aktivitäten.

Damit sind wir bei der „Palästina-Solidarität“-Lobby innerhalb Der Linken – und noch immer bei ihrem westdeutschen Risikoflügel. Hier finden wir Inge Höger (Jg. 1950), abrüstungspolitische Sprecherin und Mitglied im Bundestagsausschuss Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Höger trägt schon mal gerne einen Schal, der ein Palästina ohne Israel zeigt.¹⁸ Nicht wesentlich anders sieht das Profil ihrer Fraktionskollegin Annette Groth, Baden-Württemberg (Jg. 1954), Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, neuerdings menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion, aus. Höger und Groth nahmen im Mai 2010 an der so genannten „Gaza-Flottille“ teil, bei der türkische Islamisten ein Schiff gechartert hatten, um Material und offenbar auch Waffen in den Gaza-Streifen zu bringen. Als die israelische Küstenwache das Schiff stoppte, wurden deren Soldaten angegriffen. Auf Seiten der Islamisten gab es Tote, und die unter Deck befindlichen deutschen Vorzeige-Antiimperialisten wurden nach ihrer Rückkehr in der Partei als Helden gefeiert. Ihr originäres Interesse bezieht sich demnach nicht unbedingt auf die osteuropäischen, sondern eher auf die nahöstlichen Verhältnisse. Die beiden Damen sind übrigens vom Simon-Wiesenthal-Center in die Top Ten der bekennenden Antisemiten aufgenommen worden.¹⁹

Egal, was man von solchen Lobbyisten für Unrechtsregime und Terroristen halten mag: Bei keinem findet man ein offensives Bekenntnis zugunsten der innerrussischen Verhältnisse, eher schon gelegentlich Kritik am russischen Vorgehen – das aber fast durchgehend als „defensiv“ und „reaktiv“ entschuldigt wird.

BUNDESTAGSANFRAGEN ALS SPIEGEL IDEOLOGISCHER NARRATIVE

Die Position der Partei lässt sich sehr wohl aus ihren Anfragen im Bundestag erschließen. Sie zeigen ein deutliches Bild, das einerseits Schuldzuweisungen, andererseits gezielte Aus-

blendungen aufweist. Zu Letzteren gehört, dass es selten einen russischen Akteur gibt. Sind die Russen irgendwie beteiligt, wird zumeist im Passiv formuliert – der Handelnde fällt dann semantisch weg. Die übrigen, zumeist negativ konnotierten Akteure sind die Bundesregierung, die EU, die NATO, der „Westen“ als Täter, die ukrainische Regierung Poroschenko und in deren Kern die ukrainischen „Faschisten“ als Helfershelfer.

Blickt man über die Kleinen Anfragen der Fraktion, dann werden die Wahrnehmungen und Agitationsmuster deutlich: „Mögliche Zusammenarbeit der EU-Polizeimission mit rechtsextremen bewaffneten Kräften“ (BT-Drs. 18/3962 vom 15. Februar 2015); die Suggestion kennt man in der Autonomen-Szene unter dem Rubrum „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“. Am 28. April fragt die Partei nach „Wirtschaftlichem Aufbau der Ukraine und Konfliktentschärfung durch humanitäres Engagement, Friedensförderung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ (BT-Drs. 18/4771) mit der Botschaft: Der Konflikt wird vom Rechtsextremismus befeuert und ist innerukrainisch durch vermehrte Sozialleistungen zu lösen. Um „Erkenntnisse der Bundesregierung über die Situation von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine“ geht es in BT-Drs. 18/5073 vom 27. Mai 2015. Diese Anfrage zeigt geradezu paradigmatisch die „double standards“ in der Wahrnehmung des Konflikts: Zwar ist es üblich, dass ein angegriffener Staat wie die Ukraine seine Reservisten einberuft, für Die Linke handelt es sich dabei aber um die Unterstützung einer faschistischen Aggression. Was vordergründig als Besorgnis um die Rechte von Wehrdienstverweigerern, also „pazifistisch“ daherkommt, ist nichts anderes als „Antiimperialismus“ und die Prolongation der klassischen kommunistischen Vorstellung von „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen. Der russische Militarismus einschließlich der bekannten sozial problematischen Aspekte des dortigen Wehrdienstes werden nämlich mit keinem Wort erwähnt.

Auch die Anfrage „Reaktionen der Bundesregierung auf das Verbot kommunistischer Symbole in der Ukraine“ (BT-Drs. 18/5086 vom 3. Juni 2015) lässt auf eine ausschließlich ideologisch zentrierte Sichtweise schließen:

Vom Verbot der Symbole der kommunistischen Massenverbrechen wird auf den „faschistischen“ Charakter der ukrainischen Regierung geschlossen. Bei solch zwar fleißiger, aber durchsichtiger Agitation stellt sich die Partei bisweilen selber ein Bein, so bei der Anfrage „Der ukrainische Bürgerkrieg und die rechts-extreme Szene“ vom 13. März 2015: „Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über (weitere) deutsche Staatsbürger vor, die ukrainische Bürgerkriegsparteien durch Spenden, Material- oder Sachsendungen unterstützen oder dazu aufrufen (bitte möglichst detailliert aufgliedern unter Angabe des politischen Hintergrundes sowie der Bürgerkriegspartei, die unterstützt wird) ...“

Diesem Informationsbedürfnis hätte man durch eine detaillierte Schilderung der Gehrcke / Hunko-Reise leicht umfassend genügen und zugleich ein schönes Stück Aufklärung über die Anfrager leisten können. Das ist in der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 18/4536 vom 1. April 2015) leider unterblieben und illustriert, dass eine Auseinandersetzung in der Sache jenseits formaljuristischer Floskeln offenbar nicht vorgesehen ist.

Damit sind wir eigentlich schon bei den von der „Linken“ vertretenen Erklärungsmustern und Narrativen zur Entwicklung in der Ukraine. Selbstverständlich lehnen sie sich an die ohnehin im Umlauf befindlichen Narrative der (nicht-extremistischen) „Putin-Versteher“ an. Dazu zählen u. a. die entschuldigende Legende, Russland reagiere auf eine „Einkreisung“ durch den Westen (ein altes Argumentationsmodell schon aus der Stalinschen Epoche), die NATO habe Russland 1990 zugesichert, sich nicht nach Osten auszudehnen,²⁰ oder der Westen habe mit dem Angriff auf Restjugoslawien 1999 eine völkerrechtlich ebenso bedenkliche Aktion unternommen wie die Krim-Annexion.²¹ Als sich die Bundesregierung am 15. Februar 2015 veranlasst sah, den Mitgliedern des Bundestages einen so genannten „Realitätscheck“ zum Ukraine-Konflikt zur Verfügung zu stellen, löste dies eine Anfrage der Fraktion Die Linke (BT-Drs. 18/4275 vom 5. März 2015) aus. Sie zeigt das Alleinstellungsmerkmal der Partei gegenüber anderen „Putin-Verstehern“. 18 von insgesamt 47 Fragen der fleißigen Polemik kreisen nämlich

um das Thema, dass in der Ukraine mehr oder weniger maßgeblich „Faschisten“ für die Konfrontation mit Russland verantwortlich seien. Dieses Narrativ arbeitet demnach mit einer emotional hoch wirksamen Feindbildproduktion, die es ihm ermöglicht, die russischen Aggressionshandlungen komplett auszublenden. Die berühmten „grünen Männer“ auf der Krim, auch die Unterstützung der Insurgenten in der Ostukraine durch tschetschenische und andere Söldner, die erwiesenen russischen Waffenlieferungen – all das findet nicht statt.

„AUTHENTISCHE“ ODER „INSTRUMENTELLE“ LINKE?

Hier liegt auch der Schlüssel zur Frage, mit welcher Linken man es bei Der Linken zu tun hat. Im Handeln ihrer Partei- und Fraktionspitze werden die antagonistischen Widersprüche, die das Putin-Regime zu „linken“ Werten einnimmt, derartig vollständig ausgeblendet, dass es für die Existenz eines authentischen „linken“ Weltbildes im Sinne aufklärerischen Denkens nicht mehr die geringsten Anhaltspunkte gibt. Diskussionswürdig ist allenfalls noch, ob wir es mit einer gänzlich zynischen „gauche de caviar“ zu tun haben oder mit jener dialektischen Wirklichkeitswahrnehmung, die eigene Utopien und Ziele zugunsten taktischer, auch langfristiger Umwege zu suspendieren versteht. Ein solches Verhalten lässt sich aus einer Leninschen Tradition heraus begründen. Es ist für eine solche Partei nicht ohne Risiko, weil es Falschspiel nach außen und (Selbst-)Täuschung nach innen als Betriebsmodus installiert. Daran ist allerdings zumindest ein Teil der Akteure durch lebenslange Sozialisation gewöhnt.

Überraschend ist dennoch, dass der „Putinismus“ in der Linken weniger Erschütterungen auszulösen scheint als im August 1939 der Hitler-Stalin-Pakt bei den seinerzeitigen kommunistischen Parteien. Das mag auch auf einen relativen Bedeutungsverlust der Utopie zurückzuführen sein. Die Feindbildkonstruktionen sind inzwischen offensichtlich von größerer Bedeutung. So gibt es zwar keine begeisterte Zustimmung zu dem homophoben, sexistischen, demokratiefeindlichen, anti-egalitären und militaristischen Elementen des „Putinismus“. Aber er ist ein wiedergewonnener Verbündeter beim

Kampf gegen den verhassten Westen. Und diesem sieht man halt das eine oder andere nach – an doppelte Standards in Sachen intellektuelle Redlichkeit ist man schließlich seit Lenin über Generationen gewöhnt.

Insofern liegt Arnold Vaatz höchstwahrscheinlich richtig: Die Linke ist keine authentisch linke Partei im Sinne der Werte der Französischen Revolution und der Aufklärung. Mit „dialektischen“, also doppelten, Standards in Sachen Wahrheit kommt sie offensichtlich problemlos zurecht. Und ob diese „instrumentelle“ Linke noch weiter zur „gauche de caviar“ degeneriert, ist vorläufig nicht ausgemacht.

Vom Ergebnis her betrachtet ist es auch ziemlich gleichgültig.

DR. RUDOLF VAN HÜLLEN

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher,
Krefeld; Lehrbeauftragter an der Universität Passau

ANMERKUNGEN

- ¹ Als Schlagwort bei Laqueur, Walter: *Putinismus – Wohin treibt Russland?*, Berlin 2015.
- ² Mommsen, Margareta / Nussberger, Angelika: *Das System Putin – Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland*, Berlin 2007.
- ³ Gudkov, Lev / Zaslavsky, Victor: *Russland – kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang*, Berlin 2011.
- ⁴ Reitschuster, Boris: *Putins Demokratie. Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt*, Berlin 2007.
- ⁵ Gabowitsch, Mischa: *Putin kaputt? Russlands neue Protestkultur*, Berlin 2013. Die vorherigen Nachweise verdanke ich der Studie von Roick, Michael: *Lebt Putin in einer (anderen) Welt? Versuch, die russische (Außen)Politik zu verstehen*, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam 2014.
- ⁶ Krielaars, Michel: *Het kleine koude front. Hoe de Westen Rusland uit de oog verloor*, Amsterdam 2014, S. 5.
- ⁷ Zur Vermutung, dass dies nachgeholt werden könnte, siehe Halbach, Uwe: *Russland im „Wertekampf“ gegen den Westen. Propagandistische und ideologische Aufrüstung in der Ukraine-Krise*, Stiftung Wissenschaft und Politik SWP 43/2014, Juni 2014.
- ⁸ Fraenkel, Ernst: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941, mehrere dt. Ausgaben.

- ⁹ Dabei wurden auch ideologische Dienstleistungen des obskuren Weltdeuters Alexander Dugin nicht verschmäht – allerdings nur so lange, wie sie sich für das Regime als nutzbar erwiesen; vgl. dazu Salzborn, Samuel: Messianischer Antiuniversalismus. Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin im Spannungsfeld von euroasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (Bd. I), hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2014, S. 240-258.
- ¹⁰ Bei den Kontaktpartnern handelt es sich um die griechische „Morgenröte“, die bulgarische „Ataka“, um die ungarische Jobbik, vor allem aber um den französischen Front National, dessen Führerin Marine Le Pen sich besonderer Wertschätzung des Präsidenten Putin erfreut.
- ¹¹ Erfurter Programm Die Linke von 2010, Ziff. III. Diese Passage beschreibt allerdings keine Idylle, sondern in Marx' und Engels Vision die Gesellschaft nach der Revolution: nämlich die Diktatur des Proletariats. Was sich hier humanistisch anhört, wird von geschulten Marxisten durchaus so verstanden, wie es die Altmeister gemeint hatten.
- ¹² So meine Feststellung in van Hüllen, Rudolf / Bergsdorf, Harald: Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 180.
- ¹³ Die DKP ist ganz ungeniert in ihrer Verteidigung des Putinismus. Sie veröffentlicht Heldengeschichten über Klassenkämpfer aus den von russischen Söldnern okkupierten Gebieten Lugansk und Donezk und sie „beweist“ anhand der Leninschen Imperialismustheorie, dass Russland als Autokratie mit staatsgelenkter Wirtschaft nun unmöglich „imperialistisch“ sein könne und daher sein Vorgehen gegen den „Faschismus“ in der Ukraine auch völlig gerechtfertigt sei.
- ¹⁴ Eigenangabe von Wolfgang Gehrcke in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), 5.3.2006.
- ¹⁵ Vgl. FAS, 10.1.2010.
- ¹⁶ Nachzusehen bei <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-kiew-beschwert-sich-ueber-linke-politiker-hunko-und-gehrcke-a-1019713.html>
- ¹⁷ Abkürzung für Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine), eine 1980 entstandene Organisation der türkischen „Neuen Linken“, also marxistisch-leninistisch ohne ausdrückliche sowjetische Anbindung.
- ¹⁸ Nachzusehen bei <http://eussner.blogspot.de/2011/05/inge-hoger-annektiert-israel.html>
- ¹⁹ Die „Auszeichnung“ wurde ihnen allerdings nicht wegen der Gaza-Flottille, sondern erst 2014 wegen nachhaltiger und fortgesetzter antisemitischer Aktivitäten verliehen: http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT_2014_FINAL-1-13-2015.PDF, und: <http://www.israelnetz.com/nachrichten/detailansicht/aktuell/bundestagsabgeordnete-auf-antisemiten-liste-90590/>
- ²⁰ Eine solche Aussage gab es 1990, also vor der Auflösung der Sowjetunion (24.12.1991). Selbstverständlich konnten die souverän gewordenen Staaten aus der früheren Sowjetunion (Litauen, Lettland, Estland) ebenso wie die sonstigen osteuropäischen Staaten nach dem Zerfall des Warschauer Pakts ihre Bündnisorientierung souverän wählen.
- ²¹ Die Luftangriffe auf Serbien dienten allerdings der Verhinderung eines bereits in Lauf gesetzten Völkermordes im Kosovo, was man von der russischen Besetzung der Krim nicht gerade behaupten kann. Zu den gängigen der „Putin-Versteher“ vgl. Roick: Lebt Putin in einer (anderen) Welt?, S. 40-44.

PUTIN IN DEN FUSSTAPFEN BRESCHNJEWS?

Ein Vergleich zwischen dem Sowjetsystem und dem System Putin

HANNES ADOMEIT || Im Oktober 2011 stellte Putin apodiktisch fest: „Die Sowjetunion – auch das ist Russland, nur unter einem anderen Namen.“¹ Seitdem haben sich die Dinge in der dritten Amtszeit des Präsidenten so rasch und dramatisch entwickelt, dass man versucht sein könnte, die umgekehrte Feststellung zu treffen: „Russland – auch das ist die Sowjetunion, nur unter einem anderen Namen.“ So weit ist es allerdings nicht, und dazu wird es auch nicht kommen. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie ist tot, und die Sowjetunion mit seinen fünfzehn Republiken staatsrechtlich wiederherzustellen, ist schlichtweg undenkbar. Dennoch sind wichtige, von Stalin aufgebaute, von Chruschtschow aufgelockerte, aber von Breschnjew, Andropow und Tschernenko wiederhergestellte Strukturelemente des Sowjetsystems in das „System Putin“ eingeführt worden. Dies betrifft alle Dimensionen der Entwicklung Russlands.

EINPARTEIENSTAAT BRESCHNJEWS UND DAS „SYSTEM PUTIN“

Wie der Generalsekretär der KPdSU in der Sowjetära und der Zar vor der Revolution 1917 ist der Präsident der Russischen Föderation Dreh- und Angelpunkt der russländischen Innen- und Außenpolitik. Es ist im Wesentlichen aufgrund dieser Tatsache, dass das gegenwärtige Regierungssystem treffend mit dem Begriff „System Putin“ charakterisiert werden kann. Wie in der Sowjetunion und vorher im Zarenreich wird das Staatsoberhaupt mit einem Glorienschein umgeben – „Personenkult“ nannte man dies in Sowjetzeiten. Während dieser damals primär eine Parteiangelegenheit war, ist er unter Putin zu einem großen Teil auch Selbstinszenierung. Der Kreml-Chef setzt sich ans Steuerpult von Kampfjets, geht mit Mini-U-Booten auf Tauchgang, steht auf der Kommando-Brücke von Kriegsschiffen und Eisbrechern, taucht mit griechischen Amphoren aus dem Schwarzen Meer auf, holt mit nacktem Oberkörper und Angel riesige Fische aus Gewässern, bändigt Tiger und Eisbären und fliegt mit den Kranichen nach Sibirien. Selbstinszenierung ist allerdings nicht Selbstzweck, sondern verbindet sich mit von der Präsidialadministration ge-

schickt aufgebauter Inszenierung. Dies betrifft vor allem die zentrale Rolle, die Putin tagtäglich im landesweiten Fernsehen auf allen Kanälen einnimmt. Dort wird das Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu einem alles wissenden, kontrollierenden und entscheidenden Führer aufgebaut, der sich unermüdlich um die Belange des Landes kümmert. Ein Kernelement sind dabei die Empfänge von Ministern in seinem Arbeitszimmer im Kreml – Vorstellungen, bei denen Putin gezeigt wird, wie er aufmerksam zuhört, kommentiert und kritisiert, ermahnt und Anweisungen herausgibt.

Die Inszenierungen erwecken den Eindruck, als sei Putin Alleinherrscher. Ganz so falsch ist dieser Eindruck nicht. Vor allem nicht im Vergleich zur Sowjetära, denn nach der Diktatur Stalins und den Alleingängen Chruschtschows wurden Entscheidungen im Kreml im Konsens, im Rahmen der „kollektiven Führung“ gefasst. Die Verhältnisse unter Putin sind anderer Art. Es gibt kein Politbüro mit einem *primus inter pares*. Vielmehr gibt es im Machtdunstkreis des Präsidenten informelle Einflussgruppen. Dazu gehören private Unternehmensgruppen (so beispielsweise LUKoil, Interros, Deripaska, Abramowitsch, Alfa-Renova und Tschubajs), füh-

rende Repräsentanten aus den staatlich kontrollierten „strategischen Sektoren“ der russländischen Wirtschaft wie der militärisch-industrielle Komplex, Gasprom und Rosneft, Seilschaften geographischer Herkunft („Moskauer“ und „Petersburger“) und ein gemeinsames Karriereprofil, hier vor allem der Geheimdienst, dem Putin entstammt. In diesem komplexen Machtgefüge aus Politik, Geschäftswelt und Staatsbürokratie gibt es sowohl enge Verbindungen als auch scharfe Konflikte. Zusammen konstituieren sie das Machtkartell, die Macht (*wlast'*) schlechthin im Staate. Im Gegensatz zu westlichen Regierungssystemen und klassischen Vorstellungen von Korporatismus oder Neokorporatismus haben sich die Interessengruppen jedoch organisatorisch nicht zusammengeschlossen. Dies erklärt die starke Stellung Putins im Regierungssystem. Er kann das Machtgleichgewicht unter den Gruppen bestimmen und bei wichtigen Entscheidungen den Ausschlag geben. Ohne ihn geht jedenfalls nichts. Dies entspricht weniger der Stellung Breschnjews im Kollektivorgan Politbüro als der Stalins.

Zentralisierung

Eine weitere starke Gemeinsamkeit zwischen dem Sowjetsystem und dem System Putin ist die Zentralisierung, die Wiederherstellung der Machtvertikale (*wertikal' wlasti*).² Die sozioökonomischen Diskrepanzen zwischen den Regionen haben seit Ende der 1990er-Jahre enorm zugenommen. Kontrolle übt Moskau durch die Zentralisierung von Kompetenzen, durch administrative Aufsicht, durch föderale Transfers, durch einen bilateralen Verhandlungsmodus, vor allem aber über die Personalpolitik aus. Starke Gouverneure demonstrierten bis in die erste Putin-Administration hinein (2000-2004) regionale Autonomie und Lobbyismus gegenüber dem Zentrum. Doch infolge der Ernennung der Gouverneure ab 2004 wurde die Fähigkeit, politische Unterstützung für Putin zu mobilisieren, entscheidend für das Überleben als Gouverneur. Daran hat sich nach der Wiedereinführung der Direktwahl nicht viel geändert.³ Das Fehlen von regionalen Parteien und die Kontrolle des Kremls über die Parteienregistrierung und den Parteienwettbewerb schränken den innerregionalen Wettbewerb ein, die Gou-

verneure verbinden sich überwiegend mit der „Partei der Macht“, der Partei „Einiges Russland“.

Einheitspartei „Einheitliches Russland“

Eines der Hauptmerkmale des Regierungssystems der Sowjetunion war der *Einparteienstaat*, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei (KPdSU), das in Artikel 6 der unter KPdSU-Generalsekretär Breschnjew 1977 in Kraft gesetzten Verfassung verankert wurde. Dort heißt es lapidar: „Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems [und] der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ist die KPdSU.“ Die Kommunistische Partei, das heißt faktisch die Parteispitze in Form des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees, erklärte sich hiermit als allein zuständig für die Konzipierung und Ausführung aller Bereiche der Innen- und Außenpolitik.

Natürlich wäre es übertrieben, Einiges Russland mit der KPdSU gleichzusetzen, aber einen wichtigen Kern gibt es doch: In den Wahlen vom Dezember 2011 errang die ER-Partei die absolute Mehrheit. Die zweitgrößte in der Duma vertretene Partei ist Gerechtes Russland (Sprawedliwaja Rossija, SR). Wie die politische Wirklichkeit zeigt, kann sich Putin bei Gesetzgebungsakten darauf verlassen, dass die SR auf Regierungslinie bleibt. Das war schon kurz nach der Gründung der Partei 2006 klar, als sich der damalige (und heutige) SR-Parteivorsitzende, Sergej Mironow, öffentlich zu einer grundsätzlichen Unterstützung der damaligen Politik Putins bekannte. Ebenfalls verlassen kann sich das Regierungslager auf die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) – eine Organisation, die zwar, wie der Name besagt, „russisch“ (nationalistisch, anti-semitisch, rechtspopulistisch und rechtsradikal) ist, aber keineswegs „liberal“ und „demokratisch“. Herausragendes Kennzeichen ist ihre Käuflichkeit. Lediglich die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) kann den Anspruch mit einiger Glaubwürdigkeit erheben, Oppositionspartei zu sein. Eine eindeutige Parallele zur Sowjetära ist infolgedessen die Tatsache, dass die Duma wie früher der Oberste Sowjet praktisch bedeutungslos ist. Die Exekutive in Form des Präsi-

dentem und der Präsidialverwaltung sind wie früher der Generalsekretär und das Sekretariat der KPdSU das beherrschende Machtinstrument.

Politische Kontrolle der Justiz

Die Herabstufung der Legislative zu relativer Bedeutungslosigkeit ist ein wesentliches Merkmal im Rahmen der Aushebelung des Prinzips der Gewaltenteilung im System Putin. Ein zweites ist die auch in der Sowjetära geltende Wiederherstellung politischer Kontrolle über die Judikative. Das Paradebeispiel dafür sind die Umstände der Verhaftung und Verurteilung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Jukos-Ölkonzerns, Michail Chodorkowskij, der Zerschlagung seines Konzerns und die Übereignung der Filetstücke seiner Firma in undurchsichtigen Auktionsverfahren an russische Staatsunternehmen um den Energiekonzern Rosneft. Vermuteter Initiator und Hauptnutznießer des Verfahrens war und ist ein Günstling Putins, ex-KGB Mitarbeiter Igor Setschin. Die Tatsache, dass die Zerschlagung des Jukos-Konzerns politisch motiviert war und die Firma absichtlich in den Bankrott getrieben wurde, wurde in einem Urteil des internationalen Schiedsgerichts in Den Haag vom Juli 2014 bestätigt. Den ehemaligen Anteilseignern wurde eine Entschädigung von 50 Milliarden USD zugesprochen. Russland erkennt das Urteil jedoch nicht an, weigert sich also, die Aktionäre zu entschädigen. Was Rosneft anbetrifft, stieg der Konzern mittels der politischen Begünstigung und des Erwerbs von 100 Prozent der Aktien des Ölkonzerns TNK-BP in Höhe von 34,5 Milliarden Euro im Jahre 2013 zum größten Ölproduzenten der Welt auf.

Die zwei Prozesse gegen Chodorkowskij, seine Verurteilung zu insgesamt 14 Jahren Haft,⁴ die Zerschlagung des (privaten) Jukos-Konzerns und der Aufstieg der (staatlichen) Rosneft ist nicht nur ein Paradebeispiel für die politische Kontrolle des Justizwesens, sondern auch eines der vielen Indikatoren für die wachsende Macht und den Einfluss der *siloviki* – ehemalige oder aktive hochrangige Geheimdienstler, Militärs und Polizisten – im russländischen Regierungssystem und das Vordringen des Staates in die Wirtschaft.

SOWJETISCHE ZENTRALVERWALTUNGS- WIRTSCHAFT UND RUSSLÄNDISCHER STAATSKAPITALISMUS

Steigende Staatskontrolle und staatliche Intervention im System Putin kommen unter anderem im wachsenden Anteil des Staatssektors in der Wirtschaft zum Ausdruck. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums entfallen auf den staatlichen Sektor derzeit rund 50 Prozent des russländischen Bruttoinlandsprodukts. Dieser Wert lag 2006 bei nur 38 Prozent, aber 2008 schon bei 40 Prozent.⁵ Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 stiegen die Ausgaben der öffentlichen Hand um 40 Prozent. Der öffentliche Sektor wurde zur hauptsächlichen Beschäftigungsquelle. So wuchs die Anzahl der Staatsangestellten im Zeitraum von 2008-2012 um 1,1 Millionen auf rund 15 Millionen. Gleichzeitig fiel die Anzahl der im Rest der Wirtschaft Beschäftigten um 300.000.⁶ Eines der Probleme des Anwachsens der Beschäftigtenzahl im staatlichen Sektor bei gegenwärtig relativ hohen Inflationsraten (15 Prozent im September 2015) und sinkendem Realeinkommen ist die Wiederkehr des Axioms der Sowjetära und eines der Ursachen für chronische Ineffizienz: „Die da oben tun so, als würden sie uns bezahlen, und wir tun so, als würden wir arbeiten“. Ein anderes ist die enorm gestiegene Korruption.

Systemimmanente Korruption als integrales Systemelement

In seiner Eigenschaft als Präsident geißelte Medwedew Russlands „Kultur des Rechtsnihilismus“, die in ihrem Zynismus auf dem europäischen Kontinent nicht Ihresgleichen habe. Wenn das Land das „halbsowjetische“ und „archaische Gesellschaftssystem“ überwinden wolle, müssten „rechtsstaatliche Verhältnisse“ eingeführt werden. Das praktisch unüberwindbare Hindernis, das sich allerdings derartigen Bemühungen entgegenstellt, besteht darin, dass Bestechlichkeit und Gesetzlosigkeit wesentliche Pfeiler des Sowjetsystems waren und heute des Systems Putin sind. Tatsächlich war und ist Korruption in beiden Regierungssystemen als „systemimmanent“ anzusehen – nicht als Ausnahme, gegen die der Staat ankämpft, sondern die Regel. Beamte und Politiker haben sich daran gewöhnt, dass sie über dem Gesetz stehen

und tun können, was sie wollen – solange sie sich nach oben loyal verhalten. Kritiker sprechen angesichts solcher Zustände von einem „Neo-Feudalismus“ und „Kleptokratie“.⁷ Vermutlich ist die Korruption im heutigen Russland noch tiefer ausgeprägt als in der Sowjetunion, denn die Korruptions-„Währung“ ist nicht wie früher lediglich staatliches Eigentum sowie Macht und Einfluss im eigenen Land, sondern konvertibles, weltweit verwendbares Geld und Privatbesitz im In- und Ausland.

Abhängigkeit von Rohstoffen

Eine weitere Parallele zwischen der Sowjetunion Breschnjews und dem Russland Putins ist die – wie Medwedew in seiner Amtszeit als Präsident beklagte – „jahrhundertelange, erniedrigende Abhängigkeit“ des Landes von Rohstoffen. Eine über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg akzeptierte Daumenregel besagt, dass der Öl- und Gassektor rund zwei Drittel der Exporteinnahmen, ungefähr die Hälfte des Staatsbudgets und annähernd ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts, erwirtschaftet.

Trägt man beispielsweise auf der Zeitachse einer Grafik die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und die der Ölpreise im Zeitraum vom Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Jahr 2010 ein, dann sind die beiden Entwicklungslinien nahezu identisch. Entsprechend gingen auch die hohen Zuwachsraten der russischen Wirtschaft in den ersten beiden Amtszeiten Putins als Präsident (2000-2008) von durchschnittlich 6,9 Prozent auf den hohen Ölpreis zurück, der im Juli 2008 mit rund 150 USD pro Barrel einen Höhepunkt erreichte. Aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise fiel der Ölpreis aber bis Ende 2008 auf 35 USD pro Barrel. Als dann die Ölpreise wieder stiegen, blieb die sonst übliche Wirkung auf die Zuwachsraten des BIP aus. Die Wirtschaft rutschte in die Stagnation (Zuwachsraten 2013: 1,3 Prozent, 2014: 0,6 Prozent) und dann in die Rezession (2015: -3,7 Prozent). Infolge ausgebliebener Strukturveränderungen trugen fallende Ölpreise mit einem Rückgang auf lediglich 20 USD pro Barrel im Jahre 1991 wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion bei. Putins Russland droht zwar nicht der Untergang, allerdings eine ernste Systemkrise, falls

der gegenwärtige Ölpreis von rund 30 USD pro Barrel Bestand haben sollte.

Mobilisierung statt Modernisierung

Die von Medwedew angestrebte Beseitigung der Abhängigkeit russischer Wirtschaft von Rohstoffen war Teil einer umfassenden Kampagne unter dem Schlagwort der „Modernisierung“. In der Sowjetära hieß das, die Wirtschaft von „extensivem“ auf „intensives“ Wachstum und die Jahrespläne „von der Quantität auf Qualität“ umzustellen. Die schon unter Chruschtschow entsprechend unternommenen Bemühungen endeten in der Stagnation der Breschnjew-Ära. Parteichef Andropow versuchte, den festgefahrenen Karren der Wirtschaft durch Disziplinierungs- und Antialkoholismuskampagnen wieder in Bewegung zu setzen, allerdings vergeblich. Ähnlich setzt Putin auf Mobilisierung mit national-patriotischer Ausrichtung, um die Stagnation zu überwinden. Das betrifft, wie unten weiter erläutert wird, vor allem den gesellschaftlichen Bereich. In der Amtszeit Medwedews als Präsident waren mit Modernisierung nicht nur grundlegende Strukturereformen in der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft gemeint. Auch daraus ist nichts geworden. In der dritten Amtszeit Putins erfolgt auch in diesem Bereich eine „Demedwedewisierung“ – die Rückkehr zu wesentlichen Bestandteilen des Systems Putin und damit des Sowjetsystems.

Rückkehr von hohen Staatsbeamten in die Aufsichtsräte der staatlichen Wirtschaftsunternehmen

In Anbetracht der Verfilzung von Staat und Wirtschaft verfügte Medwedew in seiner Eigenschaft als Präsident ein Programm zur Trennung der Posten hoher Staats- und Wirtschaftsmanager. Dadurch sollten Wettbewerbselemente in wirtschaftliche Abläufe eingebaut werden. Schon 2008 hatte er entsprechende Forderungen erhoben, allerdings erfolglos. Im April 2011 forderte er Ministerpräsident Putin ultimativ und öffentlichkeitswirksam auf, innerhalb kürzester Frist einen Rückzug seiner Stellvertreter und Minister aus den Verwaltungsräten staatlicher und staatlich kontrollierter Konzerne einzuleiten. Betroffen waren die Vorstände von

Großbetrieben unter anderem im Energiebereich (Gasprom, Rosneft, Transneft und Rosgasifikazija), im militärisch-industriellen Komplex (Vereinigter Flugzeug[bau] Konzern, Vereinigte Schiffswerften, „Energija“ Raketen- und Weltraumkonzern, Avionika, Maschinostroenija, Almas Antej und Taktischer Raketen[bau] Konzern KTRW), im Transportwesen (Staatliche Eisenbahnen und Aeroflot), Rostech und Rosatom sowie Banken (VEB und VTB). So musste beispielsweise Putin-Protégé und Vize-Ministerpräsident Igor Setschin seinen Posten als Verwaltungsratschef von Rosneft, des – nach der Zerschlagung von Jukos – größten russischen Ölkonzerns aufgeben.

Wie so viele Projekte und Programme verlief auch dieses Reformvorhaben im Sande. Bis Ende 2013 verringerte sich zwar die Anzahl hoher Staatsbediensteter in den Chefetagen der Staatsbetriebe und staatlich kontrollierten Aktiengesellschaften, aber im darauffolgenden Jahr beendete Medwedew – nun in seiner Eigenschaft als Regierungschef – nicht nur dieses Programm, sondern er ging auf Gegenkurs. Offensichtlich als Teil der national-patriotischen Mobilisierung im Zuge von Krim-Annexion, Krieg in der Ostukraine und westlichen Sanktionen werden nun wieder hohe Regierungsbeamte und persönliche Vertraute des Präsidenten in leitende Positionen von staatlichen und staatlich kontrollierten Konzernen platziert.

Ausgabenflut für innere und äußere Sicherheit

Der Sowjetunion und dem Russland Putins gemeinsam ist auch die enorme Zuteilung von Ressourcen für innere und äußere Sicherheit. Einer der quantitativen Indikatoren dafür ist das derzeit laufende staatliche Rüstungsprogramm für den Zeitraum von 2011-2020 in Höhe von 23 Billionen Rubel, umgerechnet 373 Mrd. USD.⁸ Im Jahr 2015 sollen die Militärausgaben um 812 Mrd. Rubel (13 Mrd. USD) auf ein Rekordhoch von 3,3 Billionen Rubel (54 Mrd. USD) steigen – eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 32,8 Prozent. Der Anteil der Militärausgaben am BIP beträgt 4,2 Prozent, also nicht gerade ein Prozentsatz, der auf eine Überbelastung der russländischen Wirtschaft hindeuten würde. Wenn aber von „Verteidigungs-“ oder „Militärausgaben“ Russlands gesprochen wird,

ist meist lediglich der Posten „nationale Verteidigung“ im Staatshaushalt gemeint. Dieser umfasst keineswegs alle Ausgaben für innere und äußere Sicherheit. So findet sich im Staatsbudget eine Zeile, die mit „nationale Sicherheit und Rechtsschutzsphäre“ bezeichnet wird. Die dort ausgewiesenen Ausgaben entsprechen einem Anteil von 1,9 Prozent des BIP. Rechnet man die Ausgaben für „nationale Verteidigung“ und „nationale Sicherheit“ und die „geheimen“ zusammen, lässt sich der Gesamtanteil für innere und äußere Sicherheit am BIP mit 5,4 Prozent beziffern, ein im Vergleich zu westlichen Industrieländern hoher Prozentsatz und zweifelsohne wie in der Sowjetära eine Belastung der russländischen Wirtschaft.

Der militärisch-industrielle Komplex als „Lokomotive“ der Gesamtwirtschaft

Putin selbst hat von „enormen Ressourcen“ gesprochen, „die in die Modernisierung unseres militärisch-industriellen Komplexes und Neuausrüstung unserer Armee investiert werden“. Er betrachtet dies jedoch nicht als eine Belastung, sondern als „Kraftstoff, um die Motoren für die Modernisierung unserer Wirtschaft anzutreiben und reales Wachstum zu schaffen“. Einige Leute argumentieren zwar, „dass der Wiederaufbau unseres militärisch-industriellen Komplexes die Wirtschaft mit einer schweren Last belegt“ und dass diese „die Sowjetunion in den Bankrott getrieben hat“. Putin ist sich aber „sicher, dass dies eine zutiefst wahnhafte Vorstellung ist“.⁹ Dass er dies ernst meint, wird durch seine Forderung im nationalen Sicherheitsrat Russlands unterstrichen, das Land müsse „bei der Modernisierung der Verteidigungsindustrie denselben mächtigen, all-umfassenden Sprung vorwärts unternehmen, wie der, der in den 1930er-Jahren [also unter Stalin] gemacht wurde“.¹⁰

Internationale Isolierung des Rüstungskomplexes

Die Abwicklung des Rüstungsprogramms hing bisher auch von ausländischer Technologie ab. Das galt sowohl für Komponenten für Waffen und militärische Ausrüstung als auch für ganze Waffensysteme. Der von der russländischen Marine beabsichtigte Kauf des franzö-

sischen Hubschrauberträgers *Mistral* war ein Beispiel dafür. Während die Rüstungsgeschäfte Russlands mit der EU nur einen sehr geringen Umfang hatten – lediglich 71 Millionen Euro im Zeitraum von 2011-2013 – verhielt sich dies mit *dual use* Technologien, also Industrieprodukte, die sowohl für zivile- als auch für militärische Zwecke verwandt werden können, ganz anders. Dies betrifft vor allem elektronische Komponenten der Informationstechnologie für Führungs-, Leit- und Kontrollsysteme. Ihr Wert belief sich vor den Sanktionen auf rund 20 Milliarden Euro jährlich. Wegen des – von Ausnahmeregelungen abgesehen – generellen Verbots der Ausfuhr dieser Technologien nach Russland wird das Land aber in naher und mittlerer Zukunft von ausländischer Hochtechnologie (USA, EU, Norwegen, Schweiz und Israel) entweder ganz abgeschnitten oder nur erheblich eingeschränkter Zugang haben. Für diejenigen Klüngel in Putins Umgebung, die schon lange auf Eigenständigkeit und Entwicklung des heimischen militärisch-industriellen Komplexes gedrängt haben, ist die Abkoppelung von ausländischer Hochtechnologie eine gute Nachricht, verspricht diese doch neuen Geldsegen. Ob jedoch die russische Rüstungsindustrie der neuen Herausforderung erfolgreich genügen kann, ist eine ganz andere Frage. Jedenfalls ist auch die zum Teil von außen verfügte, zum Teil selbst gewollte Isolierung der russländischen Rüstungsindustrie ein weiteres Teilstück der Rückkehr zu sowjetischen Verhältnissen.

DIE GESELLSCHAFT ALS STAATLICHE VERANSTALTUNG

Ein herausragendes Merkmal des Sowjetsystems war, wie der oben zitierte Artikel 6 der in der Breschnjew geltenden Verfassung zeigt, dass die Staatspartei KPdSU nicht nur die „führende und lenkende Kraft“ des Staates, sondern auch der „sowjetischen Gesellschaft“ und aller „gesellschaftlichen Organisationen“ war. Eine der wesentlichen Folgen dieses in die Wirklichkeit umgesetzten Anspruchs war es, keine systemunabhängigen Organisationen – Nicht-Regierungsorganisationen, NGOs – zuzulassen. Verfassungsmäßig verankerter Ausschließlichkeitsanspruch der Partei, also des Staates, und

unabhängige Zivilgesellschaft schlossen sich aus. Das System Putin nähert sich diesem Modell der Gesellschaft als staatliche Veranstaltung. Autonome, staatlich nicht initiierte und propagierte gesellschaftliche Entwicklungen werden erstickt. Für den Kreml im Sowjetsystem war es, und im System Putin ist es, von zentraler Bedeutung, die Deutungshoheit über alle inneren und internationalen Entwicklungen zu erringen. Presse, Rundfunk und Fernsehen werden für dieses Ziel eingesetzt. Das landesweite Fernsehen spielt dabei eine zentrale Rolle, denn alle internationalen Untersuchungen zeigen, dass dieses Medium den stärksten Einfluss auf die Meinungsbildung des größten Teils der Bevölkerung hat. Wie in der Sowjetära ist das russländische Fernsehen heute Staatsfernsehen – eine Entwicklung, die bereits in der ersten Amtszeit Putins als Präsident einsetzte. Mittels staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wurden der Chef des Ersten Kanals, Boris Beresowski, und Wladimir Gussinski von NTV unter Druck gesetzt und gezwungen, die Sender staatlicher Regie zu überantworten. Es gibt noch einige wenige Nischen unabhängigen Journalismus. Wie Morde an regimekritischen Journalisten (sowie Politikern und Menschenrechtsaktivisten) zeigen, ist es gefährlich, sich mit dem Regime anzulegen.

Die Unterdrückung unabhängiger Medien sowohl im Sowjetsystem als auch im System Putin ist ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der oben erwähnten chronischen Ineffizienz der Wirtschaft. Herausragendes Prinzip jeglicher Korruptionsbekämpfung ist Transparenz, die Herstellung von Öffentlichkeit und Überprüfbarkeit – Glasnost im Gorbatschowschen Sinne. Wenn Whistleblowers diskreditiert und verfolgt werden und keinen Schutz von unabhängigen Gerichten erwarten können, dann lässt sich Korruption auch nicht wirksam bekämpfen.

National-Patriotismus

Zu Recht hat Putin festgestellt, dass „wir die Sowjetideologie hinter uns gelassen haben“ und dass es zur marxistisch-leninistischen Ideologie „keine Rückkehr geben wird“.¹¹ Das bedeutet allerdings nicht, dass es keinen Ideologieersatz gibt. Die Sowjetideologie stalinistischer Prägung hatte nicht nur im Zweiten Weltkrieg, dem

„Großen Vaterländischen Krieg“, eine deutlich nationalistische Komponente. In den 1930er-Jahren verkündete Stalin axiomatisch, dass der „wahre Internationalist“ bereit sei, „die Sowjetunion ohne Zögern bedingungslos zu unterstützen“. Nach der Annexion der Krim und als Teil der derzeitigen nationalpatriotischen Euphorie ist nicht die gegenwärtige Russländische Föderation normativer Bezugspunkt, sondern das geschichtliche Russland. Putin will, dass es den Kern einer Russischen Welt (russkij mir) bildet, in der, wie er sagt, „die russische Sprache die Hauptform des Ausdrucks und Trägers der nationalen Einheit ist“ und „durch die Russische Orthodoxe Kirche vereint wird“. Der Russischen Welt sollen nicht nur Ukrainer und Weißrussen angehören, sondern auch weitere „Millionen von Menschen weit über die Grenzen unseres Landes hinaus“, die sich der russischen Geschichte und Kultur verpflichtet fühlen.¹² Mit Hilfe der Russisch-Orthodoxen Kirche wird das Christentum in einer „konservativen“ und „traditionellen“ Auslegung zu einer Art Staatsideologie umfunktioniert, die gleichzeitig anti-westlichen und anti-liberalen Charakter hat. Die russische national-patriotische Ausrichtung verbindet sich damit mit den Überzeugungen der europäischen Rechtsradikalen, die europäischer Integration und trans-atlantischer Kooperation ablehnend gegenüberstehen – und diese Haltung wiederum wird von den Linksradiikalen geteilt. Diese in hohem Grade „unheilige Allianz“ aus Russisch-Orthodoxer Kirche, russischen Nationalpatrioten sowie europäischen Rechts- und Linksradiikalen dient Moskau zugleich als Instrument in seiner Außenpolitik.

RÜCKKEHR ZUR „ANTI-IMPERIALISTISCHEN“ AUSSENPOLITIK

Nach seiner Absage an wirtschaftliche Modernisierung mittels politischer und gesellschaftlicher Reformen sowie enger Zusammenarbeit mit der EU und den USA ist der Kreml auf eine scharf anti-westliche Linie eingeschwenkt. Ein umfangreicher propagandistischer Apparat ist aufgebaut worden, der in seiner Bosheit und Lügenhaftigkeit sowjetische „Vorbilder“ weit übertrifft. Unaufhörlich wird der russischen Bevölkerung eingehämmert, der Westen – allen voran die USA – hätte zum Ziel, Russland zu

schwächen, es in seine Einzelteile zu zerlegen, seine natürlichen Ressourcen in Besitz zu nehmen, seinen Einfluss auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan zu beseitigen und es aus wichtigen Fragen der Weltpolitik herauszuhalten.

Die nahezu „klassische“ Formulierung derartiger Unterstellungen hat Putin bereits im September 2004 nach dem Terrorangriff im nordkaukasischen Beslan gegeben. „Einige [Staaten oder Kräfte]“, so der Kreml-Chef, „wollen ein ‚saftiges Stück‘ aus unserem Fleisch herausreißen“. Sie gingen dabei davon aus, „dass Russland als eine der größten Nuklearmächte der Welt noch immer eine Bedrohung darstellt und es gelte, diese Bedrohung zu beseitigen“. Den Terrorismus hielt er für ein Instrument dieser Staaten oder Kräfte, „um diese Ziele zu verwirklichen“.¹³

Die anti-westliche Ausrichtung der Propaganda mit ihrer festen innenpolitischen Verankerung zeigt sich besonders deutlich in der Haltung Moskaus zu den „Farbrevolutionen“. Gemeint sind damit der Sturz Miloševićs im Jahre 2000, die „Rosenrevolution“ in Georgien 2003 sowie die „Orange“-Revolution 2004-2005 und der Euro-Majdan 2013-2014 in der Ukraine. Der Stilisierung des Kremls zufolge sind die Ereignisse, die sich mit diesen Geschehnissen verbinden, überhaupt keine „Revolutionen“, sondern Staatsstrieche. Diese seien von den westlichen Geheimdiensten organisiert und finanziert worden. Dabei nutzten sie, wie Putin festgestellt hat, sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen, die allerdings keineswegs unabhängig seien, sondern „von ausländischen Regierungen finanziert“ werden, also ein „Instrument sind, das ausländische Staaten anwenden, um ihre Russlandpolitik auszuführen.“¹⁴ Von diesem Standpunkt betrachtet, ist es eine logische Folge, dass der russländischen Gesetzgebung zufolge ausländische Organisationen, die nach Ansicht der Behörden eine Bedrohung für die Verfassung oder die Sicherheit des Staates darstellen, für „unerwünscht“ erklärt werden können. Gegen derartige Organisationen können Strafmaßnahmen wie das Einfrieren von Guthaben oder ein Verbot verhängt werden. Außerdem drohen Mitarbeitern der entsprechenden Organisationen bis zu sechs Jahren Haft

oder ein Verbot, nach Russland einzureisen. Zudem müssen sich russländische NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren. Dadurch werden diese praktisch als Spione diskreditiert und von den Behörden scharf kontrolliert sowie schikaniert.

Die Parallelen zur sowjetischen Außenpolitik sind dabei unverkennbar. Unablässig und mit großer Vehemenz wird von Moskau die Rechtfertigung vorgetragen, seine Außen- und Sicherheitspolitik sei friedfertig. Da, wo es Gewalt einsetze und militärisch interveniere, geschehe dies nur, um eine akute äußere Bedrohung abzuwehren. So wird heute in der russländischen Propaganda die Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei im August 1968 wieder als präventive Maßnahme dargestellt, um einem Angriff der NATO zuvorzukommen. Die enormen Rüstungsanstrengungen werden als Reaktion auf das „unaufhörliche Vordringen der NATO an Russlands Grenzen“ dargestellt, und die Annexion der Krim sei unter anderem deswegen dringend geboten gewesen, um Sewastopol nicht in die Hände der westlichen Allianz fallen zu lassen.

Die Anwendung von Gewalt in der Außenpolitik Moskaus damals wie heute ist jedoch nicht als Abwehr äußerer militärischer Gefahren zu werten. Diese ist vielmehr eine Reaktion auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipationsbestrebungen in einem geographischen Bereich, den der Kreml als seine Einflussphäre betrachtet. In der Sowjetära wie heute sind es die Bestrebungen der betreffenden Länder, einen demokratisch, pluralistischen, marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Entwicklungsweg zu beschreiten, die dem Kreml widerstreben. Er fasst diese als Untergrabung seiner Kontroll- und Einflussmöglichkeiten nach außen und seiner Herrschaft im Inneren auf. Infolgedessen ist offensichtlich, dass es nicht die NATO-Osterweiterung ist, die die Moskauer Machtelite in Bedrängnis bringt, sondern die Erweiterung der EU.

FAZIT

Russland ist natürlich nicht eine territorial geschrumpfte Sowjetunion, nur unter einem anderen Namen. Der Marxismus-Leninismus als Ideologie ist und bleibt tot, und die UdSSR

mit seinen fünfzehn Republiken staatsrechtlich wiederherzustellen, ist praktisch unmöglich. Dies ist auch nicht erklärtes oder unerklärtes Ziel Moskaus. Dennoch sind wichtige Strukturelemente des Sowjetsystems in das „System Putin“ wieder eingeführt worden. Dies betrifft alle Dimensionen der Entwicklung Russlands seit dem Amtsantritt Putins als Präsident im Jahre 2000 und verstärkt nach dem Beginn seiner dritten Amtszeit 2012. Der Machtstellung des Generalsekretärs der KPdSU entspricht die Putins – dies eher in einer stalinistischen Variante als Alleinherrscher, denn in der begrenzten Form der Chruschtschow- oder Breschnjew-Ära mit formalisierter, kollektiver Entscheidungsfindung, Personenkult um den Chef im Kreml ist allerdings beiden Systemen gemeinsam.

Zwar ist das in der Verfassung der UdSSR verankerte Machtmonopol der KPdSU Geschichte, aber die Partei Einiges Russland ist de facto Einheitspartei. Da diese Partei wie Gerechtes Russland regierungskonform agiert, ist auch – wie in der Sowjetunion – die für demokratische Systeme typische Gewaltenteilung aus den Angeln gehoben. Die Exekutive schaltet und waltet wie es ihr passt und lässt ihr Vorgehen durch die Legislative absegnen. Die Judikative unterliegt ebenfalls der Kontrolle durch die Regierung. Die Rechtsorgane wie Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei werden politisch instrumentalisiert.

Die in der Jelzin-Ära entstandene Marktwirtschaft wird immer stärker seines „fairen“ Attributs beraubt und durch korrupte Verbindungen mit den Behörden deformiert. Freunde und Weggefährten des Präsidenten werden zu hochrangigen Behördenchefs, nehmen Filetstücke der Wirtschaft in Besitz und häufen Reichtümer an, von denen Sowjetfunktionäre nur träumen konnten. Der Staat greift immer weiter auf und tiefer in wirtschaftliche Abläufe ein und setzt auf zentrale Kontrolle. Sein Anteil an der Gesamtwirtschaft wächst. Der militärisch-industrielle Komplex soll als Motor gesamtwirtschaftlicher Modernisierung dienen.

Die Gesellschaft wird mit dem künstlichen Aufbau äußerer Bedrohungen, national-patriotischen Appellen und anti-westlichen Ressentiments auf Vordermann gebracht. Die russische Geschichte, nicht zuletzt der Große Vaterländi-

sche Krieg, wird heroisiert, Stalin als Staatsmann und großer Heerführer aufgewertet und der Molotow-Ribbentrop-Pakt als politisch notwendig und moralisch unproblematisch hingestellt. Die Vierte Gewalt in Form von einflussreichen unabhängigen Medien ist wieder praktisch ausgeschaltet. Das zentrale Fernsehen und die staatlichen Informationsapparate formen und verwalten die öffentliche Meinung. Nicht-Regierungsorganisationen, soweit diese auch im Entferntesten politisch aktiv sind oder aus dem Ausland Geld erhalten, werden diskreditiert und unter Druck gesetzt. Dadurch und durch das Fehlen einer unabhängigen Justiz wird verhindert, dass eine aktive Zivilgesellschaft entsteht.

Diesen fatalen Entwicklungen entgegen steht immer noch das Internet, das sich, wie das chinesische Beispiel zeigt, nur schwer kontrollieren lässt. Einer völligen Rückkehr zu einem System sowjetischer Prägung mit Abschottung von der Weltwirtschaft steht auch die Realität der Globalisierung entgegen. Letzten Endes führt jedoch das entstandene System Putin wie das Sowjet-system Breschnjews mit seinen steigenden Kosten und der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen neoimperialen Ambitionen und verfügbaren Ressourcen in die Stagnation und den Niedergang. Die Frage ist nur, ob das bereits verfestigte System noch veränderbar ist.

|| PROF. DR. HANNES ADOMEIT

Ehem. Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau) und davor Leiter der Forschungsgruppe Russland und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Putin-Interview im russländischen Fernsehen, Ria.ru, 17.10.2011; <http://ria.ru/politics/20111017/462204254.html>, Stand: 19.10.2015. Der Begriff „russländisch“ (rossijskij) wird hier, wo erforderlich, konsequent verwandt. Er ist von „russisch“ (russkij) zu trennen. Das erste Adjektiv hat eine politische und rechtliche Dimension und bezieht sich auf die Russländische Föderation (Rossijskaja Federatsija). Das zweite ist historische und ethnisch zu verstehen. Es bezieht sich auf das Russland unter den Zaren und ethnisch auf „Russen“, die der derzeitigen
- nationalpatriotischen Euphorie zufolge den Kern der Russischen Welt (russkij mir) bilden.
- ² Die Analyse der Zentralisierungstendenzen beruht auf Heinemann-Grüder, Andreas: Regionale Diskrepanzen in Russland: Politisch verursacht, in: Bpb.de, 11.4.2014, <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/182692/analyse-regionale-diskrepanzen-in-russland-politisch-verursacht>, Stand: 10.10.2015.
- ³ Im April 2012 verabschiedete die Duma ein Gesetz, das die Direktwahl der Gouverneure wieder einführt – dies allerdings mit einem „Präsidentenfilter“. Der Präsident erhielt das Recht, die Kandidaten zur Konsultation vorzuladen. Der Präsident verfügt auch über genügend „administrative Ressourcen“ und informelle Hebel, um seinen Wunschkandidaten durchzusetzen.
- ⁴ Chodorkowskij hätte dem zweiten Urteil nach vom Dezember 2010 bis 2017 im Gefängnis bleiben müssen. Im Dezember 2013 wurde er allerdings überraschend freigelassen. Auch dies ist ein Beweis für die politische Instrumentierung des Falls, denn dieser Schritt erfolgte kurz vor dem Beginn der Olympischen Winterspiele in Sotschi.
- ⁵ Laut Angaben des russländischen Wirtschaftsinstituts „Jegor Gaidar“, http://de.ria.ru/trade_and_finance/20121106/264878636.html, Stand: 3.3.2014.
- ⁶ Orlova, Natalya: Russia's Economy is Constrained by its Growth Model, <http://blogs.ft.com/beyondbrics/2013/04/23/guest-post-russias-economy-is-constrained-by-its-growth-model/>, Stand: 10.10.2015.
- ⁷ Grundlegend dazu Dawisha, Karen: Putin's Kleptocracy: Who Owns Russia?, New York 2014.
- ⁸ Umrechnungskurs von Anfang September 2015. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Programms im Dezember 2010 waren die 23 Billionen Rubel noch 755 Milliarden USD wert.
- ⁹ Putin, Vladimir: Being Strong: Why Russia Needs to Rebuild its Military, in: Foreignpolicy.com, 21.2.2012, <http://foreignpolicy.com/2012/02/21/being-strong/>, Stand: 11.10.2015.
- ¹⁰ Reuters, 31.8.2015.
- ¹¹ Putin auf einem Treffen des Valdai-Clubs am 19.9.2013, in: Kremlin.ru, 19.9.2013, <http://eng.kremlin.ru/news/6007>, Stand: 11.10.2015.
- ¹² Vladimir Putin: V osnove russkoj natsii i rossijskogo centralizovannogo gosudarstva ležat edinye dykhovnye cennosti, in: Regnum.ru, 23.7.2013, <http://www.regnum.ru/news/polit/1687151.html>, Stand: 19.10.2015.
- ¹³ Fernsehansprache am 4.9.2004, http://www.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752_type63374_76320.shtml. Mit dem „saftigen Stück Fleisch“ war im Zusammenhang mit Beslan offensichtlich der Nordkaukasus gemeint.
- ¹⁴ Diese Ausführungen machte Putin nicht in der Rede selbst, sondern im Verlauf der Diskussion.

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München;
er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

HERAUSGEBER

Dr. Gerhard Hirscher

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien

- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU
- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“
- Nr. 92 Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten
- Nr. 93 Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt

- Nr. 94 Alphabetisierung – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Nr. 95 Linksextremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven
- Nr. 96 Ländliche Kultur – unterschätzt!
- Nr. 97 Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema
- Nr. 98 Gegen das große Unbehagen –
Strategien für mehr Datensicherheit in Deutschland und der Europäischen Union
- Nr. 99 Wem gehört das Sterben? Sterbehilfe und assistierter Suizid
- Nr. 100 Frankreich im Umbruch – Innerer Reformdruck und außenpolitische Herausforderungen
- Nr. 101 Fachkräftesicherung im ländlichen Raum
- Nr. 102 Brexit und Grexit – Voraussetzungen eines Austritts
- Nr. 103 Energie- und Klimapolitik – Die Rolle der Kohle und der Energiemärkte
- Nr. 104 Wandel und Kontinuität – Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?